Ulrike Schiga

Schwarz-grüne Perspektiven vor den Bundestagswahlen 2017

Helge Meves/Marian Krüger

Modelle, Erfahrungen und Bedingungen
für Gelingen oder Scheitern von Koalitionen
zwischen CDU und Grünen
von Hamburg 2008 bis
Baden-Württemberg 2016

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Schwarz-grüne Perspektiven vor den Bundestagswahlen 2017

Helge Meves/Marian Krüger

Modelle, Erfahrungen und Bedingungen für Gelingen oder Scheitern von Koalitionen zwischen CDU und Grünen von Hamburg 2008 bis Baden-Württemberg 2016

Liebe Leserinnen und Leser,

einstmals als linke, pazifistische und ökologische Alternative gestartet, drängt es die Grünen immer weiter in die sogenannte Mitte. Schwarz-grüne Koalitionen in den Ländern sind keine Ausnahme mehr. Mit Blick auf die Bundestagswahlen 2017 häufen sich die Stimmen in der Partei, die sich für Schwarz-Grün im Bund einsetzen. Der grüne Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Winfried Kretschmann, gefällt sich in seiner Rolle als grün-konservativer Landesvater und hat zuletzt ganz offen angekündigt, die Grünen in die Mitte führen zu wollen.

Mit dieser Studie über »Schwarz-grüne Perspektiven vor den Bundestagswahlen 2017« liegt erstmals eine ausführliche linke Analyse zu dem Komplex vor. Sie widmet sich den Fragen innerparteilicher Zielsetzung der Beteiligten an Öffnungsdebatten innerhalb der Grünen und dem Umgang in der Union damit, der strategischen, politischen und gesellschaftlichen Bedeutung neuer Koalitionsoptionen und deren Akzeptanz in den jeweiligen Wähler*innengruppen.

Was auch immer man von der bürgerlichen Realopartei mit einem sich selbst links positionierenden Flügel halten mag – als LINKE kann uns der zukünftige Kurs der Grünen nicht egal sein, wenn es uns darum geht, politische und gesellschaftliche Mehrheiten für einen sozialen und demokratischen Aufbruch zu gewinnen. Ob die Grünen in progressiven Mitte-Links-Bündnissen mit dabei sind, oder ob sie zukünftig mit SPD und FDP darum kämpfen wollen, wer als Mehrheitsbeschafferin für die Konservativen dienen darf, ist nicht nur aus linker Perspektive von Relevanz. Ein solcher Wahlkampf der Mitte, mit Scheinkandidat*innen neben der Kanzlerin, wäre schädlich für die Demokratie insgesamt.

Obwohl die Grünen fast jede ihrer begründenden politischen Überzeugungen frisiert haben – »verdealt« nennen sie es selbst –, gibt es zwischen LINKEN und Grünen durchaus Schnittmengen. Wenn es um Bürgerrechte und Demokratie geht zum Beispiel: Die Ablehnung des Überwachungsstaates eint uns durchaus. Die

Zusammenarbeit etwa in großen Teilen der Innenpolitik klappt gut, auch vom Anliegen, gesellschaftlichen Reichtum umzuverteilen, haben sich die Grünen noch nicht ganz verabschiedet. Umso wichtiger ist es, genau bei solchen Themen ihre Debatte um die Entscheidung zwischen Mitte-Links und Mitte-Rechts von Links zu begleiten und zu beeinflussen: Wie sollten die Grünen Fragen von Datenschutz und einer Bändigung der Geheimdienste ausgerechnet mit der Union durchsetzen können? Die CDU/CSU war und ist die treibende Kraft beim Abbau der Grund- und Freiheitsrechte, meistens flankiert von einer hinterhertrottenden Sozialdemokratie. Und wie passt das größtenteils weltoffene Selbstverständnis der grünen Wähler*innenschaft dazu, dass man mit Schwarz-Grün zur Regierungsgarantie für Horst Seehofer würde, der sich mit der AfD einen Wettkampf um die plattesten, menschenverachtendsten Parolen liefert?

Diese Publikation hilft, die Diskussion bei den Grünen einzuordnen und die grundsätzliche Debatte um gesellschaftliche Alternativen für eine grundlegende soziale und demokratische Modernisierung voranzutreiben. Ich bin froh, mich auf die Expertise unserer Mitarbeiter wie Helge Meves und Marian Krüger verlassen zu können.

Mit solidarischen Grüßen

Jan Korte
Stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

DIE LINKE.
IM BUNDESTAG

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/22 75 11 70, Fax: 030/22 75 61 28
E-Mail: fraktion@linksfraktion.de
V.i.S.d.P. Heike Hänsel, MdB; Jan Korte, MdB
Layout/Druck: Fraktionsservice

Schlussredaktion: 23.5.2016

Zweite durchgesehene und korrigierte Auflage

Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de

160721

Inhalt

Vorwort 2

Kurzfassung der Ergebnisse und einige Schlussfolgerungen 7

1. Ausgangslage: Die schwarz-grüne Koalitionsoption nach den Landtagswahlen im März 2016 15

2. Rahmen der Untersuchung: Parteienlager in Mehrparteiensystemen 20
2.1. Gesellschaftliche und sozialökonomische Dimensionen 20
2.2. Der Wandel vom parlamentarischen Drei- zum Vierparteiensystem 20
2.3. Untersuchungsfelder 21

Teil I 22

3. Erfahrungen der Grünen mit der SPD 22

4. Die Grünen auf dem Absprung aus dem linken Lager? 24
4.1. Die Selbstverortung der Grünen innerhalb der politischen Lager 25
4.2. Wählerschaft und Wählerwanderungen 28
4.3. Wählerwanderungen und politische Lager 30
4.4. Koalitionsstrategien der Grünen im Verhältnis zur CDU 32
4.5. Interpretationsmodelle: Äquidistanz, bürgerliche und komplementäre Koalition 34
4.6. Ist der Absprung der Grünen aus dem linken Lager endgültig? 35

Teil II 37

5. Politische Differenzen und Übereinstimmungen 37

6. Wo sich Grüne und CDU annähern 39
6.1. Asylpolitik und Innenpolitik 39
6.2. »Staatsverwaltete Privatrente«: schwarz-grünes Signal erfreut die Finanzwirtschaft 41
6.3. Steuerpolitik: rechter Flügel gegen Umverteilung 43

Teil III **46**

7. Entwicklungen in den Ländern und in ausgewählten Großstädten **46**
7.1. Hamburg 2008-2015: ein Rollenwechsel und sein Preis 47
7.2. Hessen seit 2014: Schwarz-Grünes Crossover 53
7.3. Baden-Württemberg: der grüne Weg in eine große Koalition neuen Typs 56
7.4. Rheinland-Pfalz 2016: kleines grünes Licht in der Ampel 60
7.5. Sachsen-Anhalt 2016: die ungewollte Koalition 62
7.6. Mecklenburg-Vorpommern 2016: keine Option mangels Masse 64
7.7. Schwarz-Grün in Berlin: Erfahrungen einer wahltaktischen Liaison 65
7.7.1. Die Installierung von Schwarz-Grün im Macht-Kanon der Berliner Grünen 66
7.7.2. Die Tür zur CDU bleibt offen 67
7.8. Oberbürgermeisterwahlen in Köln 2015: Neuauflage von Schwarz-Grün 68
7.9. Frankfurt am Main 2016: Schwarz-Grün wird abgewählt 70

Teil IV **74**

8. Schwarz-Grüne Perspektiven auf Bundesebene **74**

9. Die politischen Konstellationen im Bundesrat **77**

10. Föderale Machtbilanzen im Ergebnis der Landtagswahlen **78**

11. Der linke Flügel der Grünen und die Annäherung an die CDU **80**

Über die Autoren **84**

Kurzfassung der Ergebnisse und einige Schlussfolgerungen

1. Das Thema einer Koalition zwischen der Union und den Grünen ist für den Bundestagswahlkampf 2017 gesetzt. Beide Parteien haben allerdings ein handfestes Interesse daran, mögliche Konsequenzen für ihre libertäre bzw. konservative Wählerschaft zu entthematisieren. Aus den Medien wird Schwarz-Grün deswegen nicht verschwinden. Mit dem Rückenwind der Baden-Württemberger Wahlen versuchen Winfried Kretschmann, Tarek Al-Wazir und der Parteivorsitzende Cem Özdemir den Kurs der Öko-Partei in Richtung eines Bündnisses mit den Christdemokraten zu trimmen. Mit Cem Özdemir hat erstmals ein grüner Parteivorsitzender drei Bedingungen für eine Koalition mit der CDU/CSU auf Bundesebene formuliert. Der Inhalt dieser Bedingungen (Kohleausstieg, längeres gemeinsames Lernen und Marshallplan für die Bekämpfung von Fluchtursachen) ist jedoch unseres Erachtens primär als Test zu verstehen, wie weit die Anhänger eines Bündnisses mit der Union innerhalb der Grünen gehen können, ohne mit ernsthaften innerparteilichen Widerständen rechnen zu müssen. Dass Özdemirs Forderungen keinerlei sozialpolitische und auch keine steuerpolitische Prämissen enthalten, ist ein außerdem ein Signal an die Union, dass es mit ihm als Spitzenkandidaten der Grüne keine Umverteilungsagenda mehr zu verhandeln gibt. Darüber hinaus ist hervorzuheben, dass Özdemir zwei andere Themen, die für Union und Grünen gleichermaßen wichtig sind, ausgeklammert hat: die Familien- und Geschlechterpolitik und die Frage des Freihandelsabkommens TTIP.

2. Ministerpräsident Winfried Kretschmann hat seinen Erfolg bei den Landtagswahlen genutzt, um weitere Ansprüche an die Veränderung des politischen Profils und der inneren Machtbalance der Grünen zu stellen. Sie müssten einen wirtschaftsfreundlichen Kurs einschlagen, Steuererhöhungen dürften programmatisch keine Rolle spielen, die Machtteilung zwischen Realos und Linken an der Spitze der Partei solle zur Disposition gestellt und Özdemir Spitzenkandidat für die Bundestagswahlen werden. Diese Entwicklung gibt all denjenigen bei den Grünen recht, die die Orientierung auf Schwarz-Grün als Instrument einer innerparteilichen Machtverschiebung zugunsten des rechten Parteiflügels einschätzen. Die Abkehr von der traditionellen koalitionspolitischen Bindung mit der SPD korrespondiert dabei mit der jahrelang betriebenen Selbstverortung der Grünen, politisch nicht links von der SPD zu stehen. Vor allem seit den Bundestagswahlen 2013 werden zudem die Argumente der »Eigenständigkeit« und der »Äquidistanz« bemüht, um der Parteibasis und Wählerschaft zu suggerieren, dass die politischen Bündnisoptionen Rot-Grün bzw. Rot-Rot-Grün und Schwarz-Grün gleichberechtigt nebeneinanderstehen. Tatsächlich betreibt die schwarz-grüne Fraktion und die Achse Kretschmann-Özdemir innerhalb der Partei eine Forcierung des Annäherungskurses an die Union. Die für Juni 2016 erwartete Entscheidung zum Steuerkonzept, das zwischen den Parteiflügeln nach wie vor umstritten ist, ist dabei eine wichtige Weichenstellung nicht nur für die kommenden Bundestagswahlen, sondern auch für die Standortbestimmung der Grünen insgesamt.

3. Auch in der SPD finden anderthalb Jahre vor den Bundestagswahlen Absetzbewegungen von dem traditionellen rot-grünen Koalitionsmodell statt. Doch die Fortsetzung der Großen Koalition ist sowohl der Parteimitgliedschaft als auch der eigenen Wählerschaft schwer zu vermitteln. Deswegen wird die SPD ebenso wie die Grünen die Koalitionsfrage mit dem Slogan der »Eigenständigkeit« verpacken. Der gravierende Unterschied zu den Grünen liegt dabei im Stellenwert der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Finanzpolitik für die Parteibasis und die Wählerschaft der Partei. Teile der Partei und der Wählerschaft erwarten nach wie vor eine Revision bzw. weiterreichende Korrekturen an der unter der Kanzlerschaft von Gerhard Schröder eingeleiteten Politik des Sozialstaatsabbaus. Dies betrifft insbesondere die Rentenpolitik (Abkehr von der Rente mit 67 und Senkung des Rentenniveaus durch die Riesterfaktoren), die Gesundheitspolitik (Ablehnung der Abkehr vom paritätischen Finanzierungsprinzip), die Forderung nach mehr öffentlichen Investitionsprogrammen (in Verbindung mit steuerlichen Umverteilungsforderungen). Eine politische Mehrheit dafür kann es nur unter Beteiligung der LINKEN geben, was für die SPD jedoch zugleich weitreichende Revisionen am Hartz-IV-System auf die Agenda setzten würde. Ob die gesamte SPD dazu in der Lage ist, wird sich in den nächsten zwölf Monaten bis hin zum Bundestagswahlprogramm zeigen.

4. Die CDU hält sich bislang aus den Koalitionsdebatten der SPD und der Grünen weitgehend heraus. In ihrem medialen Umfeld wird jedoch die Trommel für Schwarz-Grün gerührt. Zugleich mehren sich die Stimmen in Teilen der Wirtschaft, die diese Koalitionsoption präferieren. Dies ist jedoch nicht durchgängig der Fall, sondern branchenabhängig. Nach wie vor bestehen wegen der Energiepolitik der Grünen erhebliche Aversionen. Für die neue Offenheit steht jedoch exemplarisch die Automobilindustrie, nicht nur wegen der Erfahrungen mit der Politik Winfried Kretschmanns in Baden-Württemberg, sondern weil mit den Grünen insgesamt eine starke Subventionierung der neuen Geschäftssparte der E-Mobilität möglich ist. Dabei ist es bezeichnend, dass der grüne Fraktionsvorsitzende Anton Hofreiter für eine Subventionierung des privaten Erwerbs von E-Autos in einem Ausmaß eintritt, welches selbst der wirtschaftspolitische Sprecher der Union im Bundestag für »unsozial« hält. Die Bedeutung der Debatte um Schwarz-Grün ist angesichts der bestehenden demoskopischen Trends für die CDU/CSU eine eher wahltaktische Frage als eine realistische Machtoption im Bund. Derzeit käme Schwarz-Grün zwar auf etwa 45-47 Prozent der Wählerstimmen. Angesichts der Wahrscheinlichkeit, dass mit der AfD eine neue Partei in den Bundestag einzieht und mit der möglichen Revitalisierung der FDP, erscheint die Herstellung einer ausreichenden Machtbasis für eine schwarz-grüne Koalition damit fraglich. Vor allem würde Schwarz-Grün im Bundesrat keine hinreichende Basis haben, weil dann die SPD-Länder ihr Stimmengewicht gegen die Bundespolitik zur Geltung bringen könnten. Für die CDU ist die schwarz-grüne Debatte allerdings ein Instrument, um Druck auf die SPD auszuüben. Außerdem ist die Debatte um Schwarz-Grün gut als Element der bereits in den Wahlen zuvor praktizierten »asymetrischen

Demobilisierung« der SPD-Wählerschaft geeignet, da die SPD als Partei ohne Machtoption außerhalb eines Bündnisses mit der Union dargestellt werden kann. Die unübersehbaren schwarz-grünen Affinitäten, die innerhalb der CDU bestehen, begegnen jedoch einer immer schärfer werdenden Ablehnung in der CSU, die damit ihren Machtkampf mit Angela Merkel um ein weiteres Konfliktfeld erweitert hat. Die CDU verfolgt koalitionsstrategisch das Ziel, auch in der Zukunft die Kanzlerin bzw. den Kanzler zu stellen – wofür es hinreicht, stärkste Partei mit potentiell wechselnden Koalitionspartnern zu sein. Die CSU versucht parallel, ihre absolute Mehrheit in Bayern zu verteidigen – weshalb sie darauf zielt, den politischen Raum zwischen ihr und den Grünen sowie zur AfD weitgehend selbst zu besetzen. Daher die Auseinandersetzungen innerhalb der Unionsparteien bei Fragen etwa der Ökologie und Familienpolitik einerseits sowie der Flüchtlingspolitik und des Verhältnisses zum Islam andererseits.

5. Welche politische Substanz besteht für ein schwarz-grünes Bündnis auf Bundesebene? Betrachten wir diese Frage zunächst aus der Sicht der Union, dann spricht für die Grünen, dass sie im Unterschied zur SPD eine materiell saturierte Wählerschaft haben, die weniger sozialpolitische Rücksichten erfordert. Deswegen – und wegen der geringeren Verankerung der Grünen in den Gewerkschaften – fällt das Konfliktpotenzial insgesamt signifikant anders aus, als mit der SPD. Neben dieser bedeutsamen politischen Rollenfrage haben sich in den letzten Jahrzehnten eine Reihe von grundsätzlichen Konflikten, in denen CDU und Grüne als politische Antipoden agierten, erledigt bzw. abgeschliffen. Exemplarisch betrifft dies die Atompolitik und erst recht die Außen- und Sicherheitspolitik. In der Finanzpolitik treffen sich beide Parteien immer mehr unter dem Slogan der »Nachhaltigkeit« bei der betriebenen steuerlichen Schonung der vermögenden Teile ihrer Wählerschaft. Während also in sozio-ökonomischer Hinsicht und in außenpolitischer Hinsicht eine Annäherung der beiden Parteien stattgefunden hat, die substanziell geeignet ist, die sachliche Basis für eine Koalition abzugeben, bestehen in gesellschaftspolitischer Hinsicht nach wie vor erhebliche Interessenkonflikte und gegenseitige Aversionen, die eine offensive Orientierung auf ein schwarz-grünes Bündnis zu einem Risiko der Mobilisierung der Wählerschaft beider Parteien werden lassen. Aus Sicht der Grünen spricht für eine Koalition mit der Union, dass sie damit die Möglichkeit haben, wieder an die Regierung zu kommen, ohne nach Links Konzessionen machen zu müssen. Die zahlreichen vorhanden Differenzen zwischen den beiden Parteien sind als ein eher taktisches Problem anzusehen, da beide Parteien sich als Repräsentanten gesellschaftlicher Eliten erstehen, die ihre Wähler, wenn sich die Gelegenheit ergibt, vor vollendete Tatsachen stellen.

6. Die vorhandenen gesellschaftspolitischen Differenzen zwischen Union und Grünen sind dennoch nicht zu unterschätzen. In programmatischer Hinsicht betrifft dies vor allem die Bereiche Innen- und Bürgerrechtspolitik, Familien- und Geschlechterpolitik (mit der Ausnahme beim Ehegattensplitting), Migrationspolitik und die Bildungspolitik, die allerdings primär eine Länderangelegenheit ist.

Im Bundesrat, also der Institution, in der die Grünen einen unmittelbaren Einfluss auf die Regierungspolitik nehmen können, haben die Grünen sich jedoch immer stärker hinter den Annäherungskurs Winfried Kretschmanns an die Asylpolitik der Union gestellt. Es zeichnet sich ab, dass die Energie-, Umwelt- und Klimaschutzpolitik und die Bildungspolitik seitens der Grünen dafür ausgewählt wurden, die Kompromissfähigkeit der CDU/CSU zu testen. Da die Bildungspolitik Ländersache ist und die Grünen in Hessen darüber hinaus schon bewiesen haben, dass sie in einer Koalition mit der CDU ihre Pläne für eine umfassende Reform des Bildungssystems auch schnell auf Eis legen können, bleibt somit als eine herausgehobene Sollbruchstelle zunächst die Energiepolitik übrig.

Ein weiteres Konfliktthema ist die Perspektive der anstehenden Freihandelsabkommen, insbesondere TTIP, wo die Grünen sich gegenüber der gesellschaftspolitisch einflussreichen Protestbewegung als parlamentarischer Arm darstellen, der die Ratifizierung des Abkommens verhindern wird. Dies ist weniger eine Sollbruchstelle im Verhältnis zur Union, sondern gegenüber der Protestbewegung. Die Grünen stehen hier vor einer ähnlichen Entscheidung wie bei einigen umstrittenen Großprojekten: bei der Hochmoselbrücke in Rheinland-Pfalz, den Steinkohlekraftwerken in Hamburg-Moorburg und Datteln/Niedersachsen, der Elb- und Weservertiefung und nicht zuletzt bei Stuttgart 21 hatten sie vor einigen Jahren um Stimmen zur Verhinderung dieser Großprojekte geworben, die sie anschließend in den Koalitionen mit der CDU umzusetzen hatten.

7. Alle vorliegenden Umfragen und wahlstatistischen Erhebungen zeigen zwei Tendenzen: Eine wachsende Akzeptanz eines möglichen schwarz-grünen Bündnisses innerhalb des grünen Elektorates bei gleichzeitiger Polarisierung der grünen Wählerschaft in dieser Frage, die immer noch an dem traditionellen rot-grünen Modell hängt, und in Falle der Verletzung dieser Präferenz sich partiell von den Grünen ab- bzw. Alternativen links von den Grünen zuwendet. Für kommende Wahlkämpfe heißt dies: Ganz gleich, ob sich nun 40, 50 oder 60 Prozent ihrer Anhänger für ein Bündnis mit der CDU erwärmen können oder nicht, besteht für die Grünen das Risiko, dass in dieser Frage ein Riss in ihrer Wählerschaft entsteht. Die Grünen haben in den letzten zwei Jahrzehnten auf Bundes- und Landesebene alle Wahlkämpfe mit der traditionellen rot-grünen Koalitionspräferenz bestritten, weil sie sich davon eine höhere Mobilisierungswirkung auf ihre Wählerschaft versprochen haben (siehe Kapitel 6). Die Abgeordnetenhauswahlen in Berlin 2011 haben gezeigt, dass die Grünen bei einer Thematisierung eines Bündnisses mit der CDU im Wahlkampf Vermittlungs- und Mobilisierungsprobleme bekommen. Die Strategie in Hessen 2013 und Hamburg 2008, erst Rot-Grün zu blinken und dann zur CDU abzubiegen, wurde von den Grünen deswegen präferiert, weil sie damit das Risiko der Demobilisierung bzw. Abwanderung von linken Teilen ihrer Wählerschaft wirksam minimieren konnten. Das Agieren von Kretschmann und Özdemir zeigt, dass Teile der Grünen hier einen schrittweisen Wechsel zu einer offensiven Strategie für ein Bündnis mit der Union anstreben.

8. Die vorgelegte Analyse der Wählerwanderungen zeigt, dass der These von der Überwindung der politischen Lager in der Wählerschaft der Republik gerade auch mit Blick auf die Grünen empirisch widersprochen werden muss. Der größte Wähleraustausch findet nach wie vor mit der SPD statt, d.h. innerhalb des linken Lagers. Allerdings fruchtet auch die grüne Strategie, bürgerliche Wähler in Großstädten anzuziehen. Die Analyse der Wählerwanderung in Hamburg zeigt, dass die Grünen Stimmenverluste in Richtung SPD und der LINKEN durch Zugewinne von der CDU kompensieren konnten. Während die Grünen bei den Bundestagswahlen 2013 hunderttausende Stimmen an die CDU verloren haben, konnte Winfried Kretschmann mit seiner Strategie, die Grünen als bessere bürgerliche Partei darzustellen, zahlreiche christdemokratische Wähler gewinnen. Dieser historische Wahlsieg überdeckt jedoch, dass die Fukushima-Blase für die Grünen geplatzt ist. Nicht nur wegen der Verluste bei den Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz 2016, sondern auch bei den zurückliegenden Kommunalwahlen in NRW. Grüne Wähler wanderten nach links, vor allem zur SPD, zurück. Von dieser Tendenz hat in einem beschränkten Maße auch DIE LINKE profitiert.

9. Die von SPD und Grünen verfolgte Doppelstrategie, Rot-Grün gegen die CDU/CSU und DIE LINKE durchzusetzen, hat sich letztendlich gegen diese Parteien ausgewirkt. Rot-Grün hatte und hat ohne DIE LINKE keine eigene Mehrheit. Die Aussicht auf Rot-Grün konnte die Wählerschaft des linken Lagers immer weniger mobilisieren. Die machtpolitische Abgrenzung zur LINKEN ist von SPD und Grünen dabei immer wieder mit den »unrealistischen« bzw. »nicht regierungsfähigen«, Forderungen dieser Partei begründet worden. Im Kern geht es jedoch um das Verhältnis zu den gesellschaftspolitischen Ansprüchen der Wählerschaft der LINKEN, denen SPD und Grüne in sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischer Hinsicht kaum Konzessionen zu machen bereit waren und sind. Auf Bundesebene haben sich beide Parteien damit nur im politischen Gravitationsbereich der Union bewegt und beide können die Rolle eines Antipoden zur CDU nicht mehr wahrnehmen.

10. Obwohl die Machtoption Rot-Grün auf Bundesebene bei den letzten drei Bundestagswahlen nicht zu einer derartigen Koalition führte, konnten sich in den meisten Bundesländern rot-grüne Regierungen etablieren. Auf Landesebene ist die CDU/CSU eine geschwächte Partei, die in den letzten zehn Jahren immer weniger Ministerpräsidenten stellt. Außerhalb Bayerns hielt sie sich hauptsächlich in großen Koalitionen an der Macht, da ihr infolge der Erosion der FDP der traditionelle Koalitionspartner fehlte. Koalitionen mit den Grünen bilden für die CDU daher eine willkommene Alternative, ihre Machtpositionen auf Landesebene auf Kosten der SPD auszubauen, wobei aufgrund der Schwäche der Grünen im Osten primär die westlichen Bundesländer in Frage kommen. Dabei muss sie allerdings Rücksicht auf die traditionellen schwarz-gelben Präferenzen in Teilen ihrer konservativen Wählerschaft nehmen. Sie kann noch weniger als die Grünen die Möglichkeit eines schwarz-grünen Bündnisses offensiv im Wahlkampf themati-

sieren. Dies muss sie auch nicht, weil dies ihr publizistisches Umfeld besorgt. Nicht die Koalitionsfrage, sondern punktuelle thematische Annäherungsprozesse werden dabei im Vordergrund stehen. Nach der durch Kretschmann vollzogenen Annäherung in der Flüchtlingspolitik kommen dabei exemplarisch drei Bereiche in Frage: erstens der Bundesrat. Hier können die schwarz-grünen Länder Hessen und Baden-Württemberg elf Mandate einbringen und werden damit zum Zünglein an der Waage. Zweitens die Rentenpolitik. Hier hat zuletzt Horst Seehofer eine klare Ansage gegen die Riester-Rente gemacht, die durchaus mit dem schwarz-grünen Vorschlägen aus Hessen für eine Deutschland-Rente korrespondieren. Drittens sind in der steuerpolitischen Debatte der Grünen die Absetzbewegungen von den Umverteilungsforderungen, wie sie noch das Bundestagswahlprogramm 2013 geprägt haben, nicht zu übersehen.

11. Die Entwicklung der Grünen aus Sicht der LINKEN zu beurteilen, heißt das Verhältnis zu dieser Partei unter grundsätzlichen, kooperativen und konkurrenzorientierten Gesichtspunkten zu bestimmen:

Grundsätzlich sollten die Grünen als bürgerliche Partei mit einem linken Flügel betrachtet werden. Große Teile der Wählerschaft ordnen sich nach wie vor politisch und habituell dem linken Lager zu. Obwohl das Thema Gerechtigkeit einen anderen Stellenwert innerhalb der Wählerschaft der Grünen hat als bei der LINKEN, gibt es eine konzeptionell-weltanschauliche Achse, auf der sich die Gerechtigkeitsvorstellungen beider Parteien nach wie vor treffen. Dies betrifft vor allem die Bereiche Bildung (Gemeinsames Lernen, Kitaplätze), Gesundheit (Bürgerversicherung), Familien- und Geschlechterpolitik (Homo-Ehe, equal pay, Quote). In den Bereichen Außen- und Sicherheitspolitik sowie in wesentlichen sozio-ökonomischen Fragen stehen sich die beiden Parteien ferner denn je. In bürgerrechts- und demokratiepolitischen Fragen stehen sich die beiden Parteien nach wie vor näher als der SPD, doch betrachten die Grünen dies eher als Problem für ihr eigenes Profil anstatt als Ausgangspunkt für gemeinsame Initiativen. Ambivalent bleibt das Verhältnis in der Energie- und Umweltpolitik, die bei den Grünen immer stärker klientelistische und lobbyistische Züge annimmt, während DIE LINKE die Aufgabe hat, die Frage der sozialen Kosten der Energiewende zu thematisieren.

Unter **kooperativen Gesichtspunkten** eröffnen diese Gemeinsamkeiten vor allem auf Landesebene gemeinsame Reformperspektiven. Auch wenn die grüne Spitzenkandidatin Ramona Popp in Berlin eine Jamaika-Koalition mit CDU und FDP nicht ausschließt und Özdemir und Kretschmann die Annäherung an die CDU forcieren, sollten die rot-rot-grünen Koalitionsoptionen gerade auf Landesebene seitens der LINKEN nicht von der Agenda genommen werden. Für nicht wenige grüne Wählerinnen und Wähler hat eine Regierung ohne CDU einen eigenen Wert. Diese Sicherheit kann ihnen nur DIE LINKE bieten. Auf kommunaler Ebene ist eine Dreier-Koalition mit SPD und Grünen keine von vornherein gesetzte Koalitionsvari-

ante. Denn unter dem Gesichtspunkt des Erstarkens der AfD stellt sich dort auch für DIE LINKE die Frage nach lagerübergreifenden Kooperationen unter Einschluss der CDU neu. Die Frage der Kooperation mit den Grünen stellt sich nicht abstrakt, sondern auf drei unterschiedlichen Ebenen, mit entsprechend differierenden Antworten. Auf Landes- und Kommunalebene geht es nach wie vor um eine sich auf Vereinbarungen stützende Zusammenarbeit in Exekutive und Legislative, wenn die Bedingungen dafür stimmen. Auf Bundesebene geht es um politischen Dialog mit der Perspektive einer rot-rot-grünen Machtoption.

Unter dem **Gesichtspunkt der Konkurrenz** ist für DIE LINKE zunächst von Bedeutung, welche Teile der Wählerschaft der Grünen einen möglichen Schwenk der Öko-Partei zur CDU/CSU nicht mitmachen wollen. Die Alternative SPD steht für diese Gruppen nur bedingt zur Verfügung, da die Sozialdemokraten sich in der Großen Koalition einzurichten begonnen haben. In jedem Falle ist die Orientierung auf die CDU für beide Parteien ein Mobilisierungsrisiko. Daraus ergibt sich für DIE LINKE jedoch kein automatischer Gewinn, zumal Wechselwähler von den Grünen für DIE LINKE nur regional von Bedeutung waren. Wichtige Wahlerfolge für DIE LINKE speisten sich vor allem aus drei Quellen: einer hohen Mobilisierung der eigenen Stammwähler, der Gewinnung von unzufriedenen SPD-Wählern und der starken Aktivierung von Nichtwählern. Allerdings ergibt die Konjunktur für Schwarz-Grün für DIE LINKE einen neuen Ansatzpunkt, damit unzufriedene Wähler der Grünen anzusprechen. Hamburg und Köln zeigen: Da geht was. Auf gesellschaftspolitischer Ebene stellt sich die Konkurrenzfrage jedoch nicht nur im Wettbewerb um Wählerstimmen, sondern um Ideen und Konzepte. Das von den Grünen reklamierte Selbstverständnis als progressive Partei und der Fortschrittsdiskurs der Grünen, der letztlich um die Probleme der ökologischen Abfederung des technologischen Fortschritts und die Entfaltung eines libertären Lifestyles entfaltet wird, bildet hierbei einen Ansatzpunkt. Für DIE LINKE sollte es hierbei nicht darum gehen, die Grünen zu entlarven, sondern die Grünen als bürgerliche Partei beim Wort zu nehmen.

12. Die **Bedeutung der Koalitionsfrage im Wahlkampf** hat sich seit den Zeiten, in denen Geißler und Radunski den Lagerwahlkampf praktizierten, stark gewandelt. Die Ursache dafür liegt nicht in den subjektiven Unzulänglichkeiten der Parteien, sondern in der Erosion des sozialstaatlich vermittelten gesellschaftlichen Zusammenhalts. Zweifellos waren Koalitionen in der BRD auch immer Elitenbündnisse, die sich jedoch bis in die 80er Jahre auf breite soziale Allianzen stützen konnten, die die meisten Milieus der Gesellschaft erreichten, weil deren ökonomische Interessen in die Politik der Volksparteien integriert war. Dies ist heute für einen wachsenden Anteil der Bevölkerung immer weniger der Fall. Aus der Sicht der Abgehängten und Unzufriedenen werden Koalitionen mehr und mehr zu Repräsentanten der Eliten und der Zufriedenen. Dass Schwarz-Grün genau dafür steht, sollte mit Blick auf die übereinstimmende Reaktion der Kölner Parteispitzen von CDU und Grünen, die sich nach ihrer Wahlniederlage beharrlich weigerten, die

Ursachen in ihrer eigenen Politik zu suchen, nicht vorschnell als bloße Polemik abgetan werden. Diese »riskante Überbürgerlichkeit« der Grünen (Franz Walter) ist jedoch deren Problem und nicht das der LINKEN. Unter den Bedingungen des Erstarkens der AfD kommt es für DIE LINKE mehr denn je darauf an, zu einem politischen Bezugspunkt und Hoffnungsträger für die Unzufriedenen zu werden. Deswegen kann und muss sie ihre eigenen Projekte und ihre eigene Gestaltungskraft in den Vordergrund stellen und keinen Koalitionswahlkampf führen.

13. Die folgenden Untersuchungen über die Beziehungen zwischen den Grünen und der CDU sollen nicht einen vollständigen Abgleich der Positionen leisten, wie dies etwa mit einem synoptischen Vergleich der Wahlprogramme beider Parteien möglich wäre und auch schon vorgelegt wurde[1]. Im Unterschied zu derartigen Vergleichen werden von uns auch die Wählermilieus, Positionierungen der Spitzenpolitiker und weiteres untersucht, was für die Analyse der strategischen Bewegungen zwischen bzw. in beiden Parteien auf dem Weg zu gemeinsamen Koalitionen von Interesse ist. Die Gründe dafür, warum Koalitionen nicht erwogen werden, Sondierungen erfolglos bleiben oder Verhandlungen scheitern, sind in aller Regel vielfältiger und weniger umfänglich dokumentiert, als die Gründe für das Gelingen, die sich aus den dann zustande gekommenen gemeinsamen Verträgen und den Reaktionen aus den Parteien rekonstruieren lassen. Die Zielrichtung dieser Untersuchung ist insofern methodisch einseitig, weil die Prozesse der Entfernung zwischen beiden Parteien nur geringer gewichtet werden können. Weiter können Koalitionen mit starken inhaltlichen Schnittmengen kooperativ oder arbeitsteilig komplementär designt werden; im kooperativen Modell sind dafür programmatische Annäherungen auf den gleichen Politikfeldern erforderlich, im komplementären Modell genügen programmatische Ergänzungsmengen zwischen verschiedenen Politikfeldern.

[1] z. B. zuletzt Cornelia Hildebrandt/Jochen Weichold: Europawahl 2014. Wahlprogramme der Parteien im Vergleich. rls papers, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2014 und Cornelia Hildebrandt/Jochen Weichold: Bundestagswahl 2013. Wahlprogramme der Parteien im Vergleich. rls standpunkte 11/2013, Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2013

1. Ausgangslage: Die schwarz-grüne Koalitionsoption nach den Landtagswahlen im März 2016

Die Landtagswahlen im März 2016 waren in vieler Hinsicht Testwahlen für die Durchsetzungsfähigkeit alter und neuer Koalitionsmodelle. Mit den Gewinnen für die AfD wird insgesamt das rechte Lager in Deutschland gestärkt und zugleich das die alte Bundesrepublik prägende Modell der Zweier-Koalition der Parteien eines politischen Lagers (Schwarz-Gelb/Rot-Grün) ad acta gelegt. Dafür stehen sowohl die Verhandlungen um Dreier-Koalitionen in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt, als auch die Verhandlungen um eine grün-schwarze Koalition in Baden-Württemberg.

Der Blick auf die neueren Veränderungen sollte allerdings nicht verdecken, dass sich die koalitionsstrategischen Optionen aller Parteien zumindest in den fünf vorhergehenden Jahren verschoben hatten: die Wahl des ersten Ministerpräsidenten der Grünen 2011 in Baden-Württemberg und des ersten Ministerpräsidenten der LINKEN in Thüringen 2014 sind die prominentesten Belege dafür.

Vor allem aber spitzten die Märzwahlen 2016 die Richtungsfrage an die beiden Parteien des traditionellen rot-grünen Modells weiter zu. »Wie hältst Du es mit Merkel?« lautet für SPD und Grüne die Frage, die nicht ohne Risiko für die Mobilisierung eines Teils ihrer Wählerschaften zu beantworten ist. Zugleich ist die Flüchtlingspolitik ein weiterer politischer Erosionsfaktor im bürgerlichen Lager, der zu den bestehenden unionsinternen Konfliktpunkten – etwa in der Europa- und der Familienpolitik – hinzutritt.

Folgt man den Äußerungen einiger grüner Spitzenpolitiker, wie z.B. Cem Özdemir, Katrin Göring-Eckart und Robert Habeck, stehen drei von vier aussichtsreichen Anwärtern für die Spitzenkandidaten der Grünen zu den Bundestagswahlen 2017 für die Schwarz-Grüne Option. Winfried Kretschmann und Tarek Al-Wazir betreiben im Bundesrat massiv den Kurswechsel der Grünen in der Asylpolitik und verkaufen dies erfolgreich als Stützung der angeschlagenen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU). Der linke Flügel der Grünen hat diesem Annäherungskurs bislang wenig entgegenzusetzen. Führende Repräsentanten stellen sich auf Bündnisse mit der Union nach den Bundestagswahlen 2017 ein.

Durch das Erstarken der AfD sei »nicht nur rot-grün-rot, sondern auch schwarz-grün unwahrscheinlicher geworden«,[2] stellte auch Jürgen Trittin nach den Landtagswahlen im März 2016 fest. Für ihn sind nun Dreierbündnisse aus CDU, SPD und Grünen die neue Machtoption für die Partei, als Teil neuer, lagerübergreifender Koalitionen. Die in Sachsen-Anhalt denkbare Koalition in dieser Form könne »stilbildend für die ganze Republik« wirken, so Trittin. Eine Beteiligung der Grünen

[2] Zit. nach: Trittin warnt Union vor Schwarz-Grün. In: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 30. März 2016

an einem Dreierbündnis sei für die Grünen besser, als nicht zu regieren.[3] Auch für die SPD wird eine Abwendung von der klassischen rot-grünen Koalitionspräferenz registriert, die die Partei über zwei Jahrzehnte prägte. Hier geht es um die Frage, ob die SPD im bevorstehenden Bundestagswahlkampf überhaupt eine Koalitionsaussage machen sollte. »Aber in der Parteiführung wird auch eine andere Möglichkeit diskutiert: Die SPD könnte sich für eine Neuauflage der Großen Koalition aussprechen.«[4] SPD und Grüne bewegen sich mit diesen Überlegungen in einen Wettbewerb um die Rolle des besseren Koalitionspartners der Union.

Dieser Kurs ist in beiden Parteien nach wie vor umstritten. Wie ein gemeinsames Positionspapier (»Neue Solidarität und mehr Investitionen in die Zukunft«[5]) von zwanzig Politikern der linken Parteiflügel der SPD und der Grünen mit Bundes- und Landtagsabgeordneten der LINKEN zeigt, sehen Teile von SPD und Grünen substanzielle programmatische Schnittmengen, die im eigenen Interesse einer koalitionspolitischen Orientierung auf die Union nicht geopfert werden sollten. Sie markieren in dem Papier zehn Bereiche, in denen eine rot-rot-grüne Kooperation auch auf Bundesebene funktionieren könnte. Ein »solches Solidarprojekt« komme »nicht von allein« und wirft »die Frage nach einer solidarischen Umverteilung« auf. Damit setzen sie sich sowohl von Gabriel als auch der Grünen-Spitze ab, die eine Diskussion über Umverteilung und Steuererhöhungen vor den Bundestagswahlen vermeiden wollen.[6]

Bereits nach den Bundestagswahlen 2013 haben sich Union und Grüne auch auf Bundesebene einer Koalition geöffnet.[7] Mit Blick auf 2017 stellt sich die Spitze der CDU nun schnell auf neue Verhältnisse ein. Das rasche Einschwenken des baden-württembergischen CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobl, der zugleich einer der Stellvertreter Merkels im CDU-Bundesvorstand ist, auf Verhandlungen über eine Koalition unter Führung der Grünen in Baden-Württemberg demonstriert unmissverständlich, wie ernst es auch der CDU damit ist, ein Bündnis mit den Grünen auf Bundesebene vorzubereiten.

Insbesondere die wachsenden Konflikte und Risse im Verhältnis zwischen CDU und CSU werfen dabei die Frage auf, inwieweit ein neues Koalitionsmodell auf Bundesebene auch den Richtungsstreit innerhalb der Union weiter forcieren wird. Für die Grünen ist dies allerdings auch eine Chance, sich als der bessere bürger-

[3] Claudia Kade: Kretschmann als Spitzenkandidat 2017 – »Warum nicht?«. In: Die Welt vom 15. März 2016

[4] Zit. nach: Rot-Grün soll nicht mehr Wahlziel sein. In: BILD vom 30. März 2016

[5] http://www.wawzyniak.de/nc/start/aktuelles/detail/zurueck/aktuell-72954074a4/artikel/neue-solidaritaet-und-mehr-investitionen-in-die-zukunft/

[6] Christoph Hickmann: Gemeinsames Papier: Das linke Lager ist geschwächt. In: Süddeutsche Zeitung vom 31. März 2016

[7] Gemeinsam und solidarisch für eine starke grüne Zukunft. Beschluss der 36. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Die Grünen, Berlin, 18.–20. Oktober 2013

liche Koalitionspartner der CDU anzubieten. Seit über zehn Jahren gibt es innerhalb der Grünen einen Diskurs, die Partei insgesamt als Teil des sogenannten bürgerlichen Lagers zu positionieren.

Da jedoch viele Wähler der CDU, SPD und auch der Grünen an festen politischen Identifikationen der Parteien innerhalb des Links-Rechts-Schemas festhalten, wird die Frage der Koalitionsperspektive damit auch noch stärker zum Risiko der Wahlstrategien dieser Parteien.

Dazu ist das Koalitionsthema für Union und SPD zugleich eine Frage der Autorität, da sie innerhalb der tradierten politischen Lager eine Führungsrolle beanspruchen. Koalitionen außerhalb der Lagerlogik schwächen die Autorität und stellen somit ein Motivierungs- und Mobilisierungsproblem bei Wahlkämpfen dar.

Auch den Grünen ist dieses strukturelle Problem durchaus bewusst. Noch 2004 schätzte man eine offene Debatte um einen Wechsel des Koalitionsmodells als »lebensgefährlich« ein, im Berliner Abgeordnetenhauswahlkampf 2011 demobilisierte die Aussicht auf eine Koalition mit der Union erhebliche Teile des grünen Elektorats.

Unter koalitionspolitischen Gesichtspunkten ist es bemerkenswert, dass SPD und Grüne, die nach der von Heiner Geißler für sich reklamierten Lagertheorie, die linke Wählerschaft zu mobilisieren und zu binden haben, inzwischen mehr und mehr in den politischen Gravitationsbereich der Union geraten sind. Bei den Grünen vollzieht sich dieser Prozess auf Landesebene 2008 in Hamburg, im Saarland 2009 und Hessen 2014. In Baden-Württemberg folgt nun die nächste Absetzbewegung.

Wer unter dem Gesichtspunkt der Theorie der politischen Lager nach dem Links-Rechts-Schema die Politik der Grünen und der SPD analysiert, kann entweder zu dem Schluss kommen, dass die Theorie zur Erklärung der Verhältnisse zwischen Parteien, Wählern und Koalitionen nicht mehr viel taugt, oder dass SPD und Grüne ernste Probleme damit haben, das linke Lager zu mobilisieren. Dieser Frage gehen wir in Teil I der Studie nach.

Doch driften Union und Grüne nicht unter dem Druck der Flüchtlingskrise immer weiter auseinander? »Vergesst Schwarz-Grün und (Schwarz-Gelb sowieso)«, schreibt Frank Wilhelmy aus dem SPD-Parteivorstand. Die Flüchtlingskrise erhöhe die Hindernisse dafür »derart massiv, dass Schwarz-Grün zu einer Non-Option geworden ist.« Man stelle sich vor, so Wilhelmy, dass die grüne Parteispitze ihrer Basis Obergrenzen, eine Kürzung von Sozialleistungen für Flüchtlinge oder eine Ausweitung des Einsatzes der Bundeswehr vermitteln müsste. Damit wäre

Schwarz-Grün keine »Vision, sondern ein veritabler Albtraum. Die Grünen würde es zerreißen (...).«[8] Warum diese Konflikte für die SPD kein Albtraum sind, soll an dieser Stelle nicht erörtert werden.

Worum es uns geht, ist die widersprüchliche Annäherung der Grünen an die CDU zu zeigen, die sich auch unter den Bedingungen der Flüchtlingskrise weiter vollzieht. Für den stellvertretenden hessischen Ministerpräsidenten Tarek Al-Wazir hat Schwarz-Grün vor allen anderen Konstellationen das Potenzial, diese »historische Herausforderung« anzunehmen.[9] Das betrifft sowohl die Asylpakete I und II und die beiden Erweiterungen der Liste der sicheren Herkunftsstaaten. Stand die schwarz-grüne Debatte vor den zurückliegenden Bundestagswahlen eher im Zeichen der Erkenntnis, dass die einstigen Antipoden des deutschen Parteiensystems keine unüberwindbaren politischen Gräben mehr trennen, beginnen die Protagonisten dieses Projektes nach den Bundestagswahlen den Annäherungsprozess politisch-programmatisch weiter voranzutreiben. So haben im Dezember 2015 zwei CDU-Minister, Thomas Schäfer (Finanzen) und Stefan Grüttner (Soziales) der hessischen Landesregierung gemeinsam mit ihrem grünen Kollegen Tarek Al-Wazir (Wirtschaft), ein rentenpolitisches Papier vorlegt, in dem das Problem der Altersarmut mit Zusatzbeiträgen der Arbeitnehmerseite gelöst werden soll.[10] Die weiteren Tendenzen und Ambivalenzen des politischen-programmatischen Annäherungsprozesses untersuchen wir in Teil II.

Teil III widmet sich der Frage des schwarz-grünen Öffnungskurses auf Landesebene. Besondere Aufmerksamkeit gilt dabei den Ländern, in den 2016 gewählt wurde bzw. wird, sowie den Erfahrungen der schwarz-grünen Koalition in Hessen.

In Teil IV wenden wir uns den Chancen einer schwarz-grünen Koalition nach den Bundestagswahlen 2017 zu. Dabei besteht für die Union und für die Grünen ein gravierender Unterschied in der machtpolitischen Perspektive. Die CDU bewegt sich mit ihrer Strategie innerhalb des politischen Lagerdenkens, sie diskutiert das Bündnis mit den Grünen in einer hegemonialen Perspektive. Die Grünen wollen sich dagegen mit dieser Debatte aus dem als »unmodern« verbrämten Lagerdenken traditioneller Koalitionen entfernen. Sie stellen ihre politisch-programmatische Eigenständigkeit und Äquidistanz zu SPD und CDU in den Mittelpunkt.

Hier haben die Märzwahlen zwei neue Entwicklungen mit sich gebracht: Bislang hatten insbesondere die Grünen ein Interesse, das Thema eines Bündnisses mit

[8] Frank Wilhelmy: Konstellationen und Koalitionen: angesichts Rechtspopulismus und Flüchtlingskrise. In: Perspektiven ds, 32 Jg. 2015/Heft 2

[9] Tarek Al-Wazir: Schwarz-Grün ist eine Erfolgsgeschichte. In: Frankfurter Rundschau vom 17. Januar 2016

[10] CDU und Grüne schlagen »Deutschland-Rente« vor. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 23. Dezember 2015

der Union nicht offensiv zu diskutieren. Da sie eine Polarisierung ihres Elektorats fürchten, wollen sie die politischen Konsequenzen dieser Entscheidung weitgehend entthematisieren. Mit den Kriterien, die der grüne Parteivorsitzende Cem Özdemir in der Woche nach den Landtagswahlen im März 2016 für ein Bündnis mit der Union formulierte, deutet sich an, dass die Grünen die Linie, die sie zuvor in den meisten Wahlkämpfen praktiziert haben, verlassen könnten. Und auch für alle anderen Parteien gilt, dass mit den Märzwahlen das Thema einer Koalition von Grünen und CDU im Bundestagswahlkampf 2017 gesetzt ist. Deswegen ist eine Untersuchung der demoskopischen Akzeptanz von Schwarz-Grün und der Wählerwanderungen insbesondere mit Blick auf die Grünen auch für DIE LINKE von einiger Bedeutung für ihre künftige Wahlstrategie.

2. Rahmen der Untersuchung: Parteienlager in Mehrparteiensystemen

2.1. Gesellschaftliche und sozio-ökonomische Dimensionen

Die Entscheidungen zur Wahl oder Nichtwahl einer Partei wie auch über die Wahlteilnahme überhaupt sind letzten Endes abhängig von den in den alltäglichen Lebenszusammenhängen der Menschen entwickelten Meinungen und Deutungsmustern. Diese unterscheiden sich nach Klassen, Milieus, Tätigkeitsstatus, Religionszugehörigkeit und weiteren sozialstrukturellen Merkmalen und prägen das Wahlverhalten maßgeblich[11].

In Mehrparteiensystemen mit Koalitionsregierungen gehören die Parteien nach ihrem eigenen wie nach dem Verständnis der Wähler zu bestimmten Parteilagern. Diese können nach einer sozio-ökonomischen und einer gesellschaftspolitischen Dimension gruppiert und unterschieden werden. Der Platz der Parteien in den politischen Lagern kann auf der Ebene des Wahlverhaltens unterschieden werden. Auf Grund der föderalen Struktur der Bundesrepublik ist auch das Verhalten im Bundesrat und wegen der europäischen Verpflichtungen das im Europäischen Parlament zu berücksichtigen.

Ein knapper Rekurs auf die Entwicklung der Parteilagerdebatte in der Bundesrepublik seit den sozialliberalen Koalitionen soll den methodischen Ansatz deutlich machen.

2.2. Der Wandel vom parlamentarischen Drei- zum Vierparteiensystem

Bis Anfang der 80er Jahre bestand das Parteiensystem der Bundesrepublik aus der CDU/CSU, der SPD und der FDP. Regierungskoalitionen bildeten die Volksparteien CDU/CSU bzw. SPD seit 1961 mit der FDP, von deren Koalitionsverhalten als kleinerem Partner die Regierungsbildung abhängig war.

So koalierten SPD und FDP 1969 mit der gemeinsamen gesellschaftspolitischen Vorstellung einer neuen Ostpolitik, die in der Regierung die Voraussetzung u. a. für das Viermächteabkommen 1971 und den Grundlagenvertrag 1972 war. Die programmatische Idee dafür wurde 1963 unter dem Titel »Wandel durch Annäherung« von Egon Bahr und Willy Brandt an der Evangelischen Akademie Tutzing vorgestellt[12]. Sozio-Ökonomisch begleitet wurde der Wechsel der FDP von den reformliberalen Freiburger Thesen 1971[13]. Die FDP erreichte bei der Bundestagswahl nach diesem Wechsel des Koalitionspartners 5,8 Prozent bei Verlusten von 3,7 Prozent und verbesserte sich bei den drei folgenden Bundestagswahlen zwischen 7,9 und 10,6 Prozent.

---

[11] Paul F. Lazarsfeld: The People's Choice: How the Voters Makes Up His Mind in a Presidential Election. Columbia University Press, New York, 1968

[12] Egon Bahr: Wandel durch Annäherung. Tutzinger Rede vom 15. Juli 1963

[13] Karl-Hermann Flach/Werner Maihofer/Walter Scheel: Die Freiburger Thesen der Liberalen. Rowohlt, Reinbek, 1972

Vor dem Wechsel der FDP 1983 wieder zurück in eine Koalition mit CDU/CSU hatte Helmut Kohl 1980 eine »geistig-moralische Wende«, bzw. »geistig-moralische Erneuerung« angekündigt, mit der er sich von der »Kapitulation vor dem Zeitgeist« Helmut Schmidts sozio-ökonomisch absetzen wollte.[14] Dem vorangegangen war das Lambsdorff-Papier genannte Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit[15] 1982, mit dem die FDP sozio-ökonomisch auf neoliberale Positionen gewechselt war. Die FDP erreichte bei der Bundestagswahl nach diesem Wechsel des Koalitionspartners 7 Prozent bei 3,6 Prozent Verlust; bei den beiden folgenden Bundestagswahlen verbesserte sie sich auf 9,1 und 11 Prozent.

1969 und 1983 wurden die Lagerwechsel der FDP von den Wählern nur partiell honoriert. Sie erreichte jedoch die ausreichende Stärke im Bundestag, um in die neue Regierung wechseln zu können. Aber sie verlor dabei jeweils ein Drittel ihrer Stimmen und verbesserte ihre Ergebnisse erst wieder bei den darauffolgenden Bundestagswahlen, bei denen sie als kleinerer Koalitionspartner antrat und weil die Grünen und die PDS noch nicht als mögliche Koalitionspartner existierten bzw. akzeptiert wurden. Der Malus des »Umfallers« im Sinne eines unverbindlichen Schwankens zwischen dem linken und dem rechten Parteienlager haftet ihr seit dem bis heute an.

2.3. Untersuchungsfelder

Im Folgenden wird für die Untersuchung der Koalitionsfähigkeit von CDU/CSU und Grünen untereinander mit Blick auf die Bundestagswahl 2017 ein Vergleich vorgenommen

- der Wählermilieus,
- der Programmatik dieser Parteien in für einen Annäherungsprozess wichtigen Politikfeldern,
- der Äußerungen der Spitzenpolitiker und Pressekommentare,
- der Koalitionserfahrungen der Parteien auf der jeweils niedrigeren Ebene als Voraussetzung für Koalitionsbildungen auf der höheren Ebene,
- der Folgen für die Wahlergebnisse der Parteien bei den Koalitionen folgenden Wahlen, sowie der Positionierungen zur Parteilagertheorie bzw. im Rahmen der Parteilager.

[14] Klaus Stüwe: Die Rede des Kanzlers: Regierungserklärungen von Adenauer bis Schröder. Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2005, S. 320

[15] Otto Graf Lambsdorff: Konzept für eine Politik zur Überwindung der Wachstumsschwäche und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (mit dem weiteren Titel Sparkonzept von Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff vom 9. September 1982)

Teil I

3. Erfahrungen der Grünen mit der SPD

Schwarz-Grün ist auf kommunaler Ebene gewachsen, als Reaktion von Lokalpolitikern beider Parteien auf negative Erfahrungen in der Kooperation mit einer oft dominanten SPD. Bereits im Zeitraum von 1984-96, also auf dem Weg zur ersten Koalition der Grünen mit der SPD auf Bundesebene, gab es 36 schwarz-grüne Koalitionen auf kommunaler Ebene[16]. Die Konrad-Adenauer-Stiftung registriert für 2009 bereits 62 kommunale Bündnisse. In Nordrhein-Westfalen (NRW) kam es 1994 in Mühlheim an der Ruhr zur Bildung der ersten schwarz-grünen Koalition in einer Großstadt, 2003 in Köln zur ersten Koalition in einer Millionenmetropole. Die Anzahl schwarz-grüner Koalitionen in NRW entspricht seitdem in etwa der von rot-grün[17]. Die bundespolitische Bedeutung der schwarz-grünen Beziehungen auf kommunaler Ebene sollte jedoch schon deswegen nicht überschätzt werden, weil in dem Entstehungszeitraum dieser Bündnisse sowohl SPD als auch Grüne davon unbeeindruckt, rot-grüne Koalitionen auf Landes- und Bundesebene eingegangen sind. Da NRW mit 520 Einwohnern pro Quadratkilometer das am dichtesten besiedelte Bundesland ist und eine Bevölkerungsdichte hat, die doppelt so hoch wie der Bundesdurchschnitt (223 Einwohner pro qkm) ist, sollte der langfristige Gewöhnungseffekt dieser Bündnisse jedoch auch nicht unterschätzt werden.

Der hohe Anteil der kommunalen Bündnisse mit der CDU in NRW und Hessen und die erste Länderkoalition in Hamburg mag zunächst überraschen, da diese grünen Landesverbände schwierige Verhältnisse zur CDU hatten, was u. a. in den Auseinandersetzungen um die Startbahn West in Frankfurt am Main und die Hafenstraße in Hamburg begründet war.

Allerdings war in diesen Ländern das Verhältnis der Grünen zur SPD auch überdurchschnittlich angespannt und es gab kaum organisierte Absprachen und Personalvorschläge, beginnend bereits auf kommunaler Ebene. In Hessen hatte Holger Börner 1981 den Grünen im Landesparlament noch Dresche »mit der Dachlatte« angekündigt. In Hamburg koalierte Henning Voscherau 1993 statt mit den Grünen – und damit einer möglichen Mehrheit von 17 Sitzen – mit der kleineren STATT-Partei. In NRW schließlich war die Haltung der SPD gegenüber den Grünen geradezu sprichwörtlich seit Johannes Raus »Lieber ein Haus im Grünen,

[16] Fabian Blumberg: Schwarz-Grün als bürgerliches Projekt. Warum CDU und Grüne auf kommunaler Ebene koalieren. In: Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden, 2011, S. 193-210

[17] Volker Kronenberg: Innovatives Projekt einer neuen Bürgerlichkeit? Schwarz-Grün als Modell. In: Decker, Frank/Jesse, Eckhard: Die deutsche Koalitionsdemokratie vor der Bundestagswahl 2013. Nomos, Baden-Baden, 2013, S. 405-417

als einen Grünen im Haus«. Gerhard Schröders Rede von »Koch & Kellner« in der 1998er Koalition und die Ankündigung von Neuwahlen für den Bundestag 2005 ohne vorherige Konsultation des Koalitionspartners setzten das wenig abgemildert fort. Danach erklärte Gerhard Schröder, dass Rot-Grün das falsche Bündnis gewesen wäre.[18]

Das Verhältnis der SPD zu den Grünen war zunächst davon geprägt, dass die SPD die Grünen, wie auch später die PDS, als historischen Betriebsunfall einstufte. Es ging ihr dabei sowohl darum, sich gegen die mit dem Entstehen beider Parteien verbundenen gesellschaftspolitischen Veränderungen abzuschotten bzw. eine stärkere innerparteiliche Hinwendung zu den Themen der Grünen und der PDS abzuwehren. Während die Eigenständigkeit der CDU für die SPD nicht zur Debatte stand, wurden Koalitionen mit den Grünen und der PDS von den Sozialdemokraten auch stark unter der Fragestellung betrachtet, wie sie zu domestizieren und zu schwächen wären, um ihre Dominanz im linken Lager zu sichern. Das Verhältnis der SPD zu den Grünen war paternalistisch-bevormundend. Als »Fleisch vom Fleische« der SPD verstanden, wurde ihre Existenz lange Zeit nicht akzeptiert, was bis in die Gegenwart nachwirkt.

Dieser Umgang mit dem zunächst nicht regierungserfahrenen und innerparteilich um die eigene gesellschaftspolitische Rolle ringenden grünen Koalitionspartner mag der SPD einigen Erfolg beschert haben. Langfristig beförderte es jedoch eine Absetzbewegung, weil den Grünen allmählich klar wurde, dass die ideologisch imaginierte Klammer des »rot-grünen Reformprojektes« in der zweiten Koalition mit der Schröder-SPD (2002-2005) nicht mehr für eine Regierungsmehrheit würde sorgen können. Es ist daher keineswegs überraschend, dass sich die Grünen nach den Erfahrungen in der Koalition gerade zu einem Zeitpunkt Gedanken über das Regieren ohne die SPD und mit der CDU machten, als die Sozialdemokratie unter dem Druck der Anti-Hartz-Proteste zum Sinkflug ansetzte. Deswegen wurde, wie die im folgenden Teil analysierte Strategie-Debatte in der Heinrich-Böll-Stiftung (2004) zeigt, Schwarz-Grün nicht erst mit den Hamburger oder Baden-Württembergischen Landtagswahlen zu einer interessanten Machtoption. Der Niedergang des alten Koalitionspartners SPD führte schon in der Zeit, als Schröder und Fischer noch auf der Regierungsbank saßen, zu der Frage, ob man die grünen Interessen nicht auch mit der CDU ganz gut geregelt bekommen könnte.

[18] Zit. nach: Joachim Raschke: Schwarz ist die Hoffnung. Endlich mal ein Partner, der sich nicht aufspielt – warum ein Bündnis mit Hamburgs CDU für die Grünen so interessant ist. In: Süddeutsche Zeitung vom 26. März 2008

4. Die Grünen auf dem Absprung aus dem linken Lager?

SPD und Grüne repräsentieren nach Heiner Geißler das linke, CDU/CSU und FDP das bürgerliche Lager. Die »von der CDU bereits Ende 1985 entwickelte Lagertheorie«[19] zielte darauf ab, über eine starke Lager-Identifikation der Wähler die Bundestagswahlen politisch als Richtungswahlen zu inszenieren und damit auch die Koalitionsfrage zu einem wahlentscheidenden Mobilisierungselement zu machen. Dies ermöglicht zugleich, Verluste der Regierungsparteien untereinander abzufedern, so wie dies z.B. in den Bundestagswahlen der 80er und 90er Jahre geschah.[20] Diese These setzt zwei Prämissen voraus: eine relativ beständige ideologische und soziale Abgrenzung zwischen den Lagern und zweitens eine funktionale Arbeitsteilung zwischen den die Lager repräsentierenden politischen Parteien, auf deren Grundlage sich soziale und politische Allianzen zur Übernahme der Regierungsmacht bilden können.

Dabei stehen in funktionaler Hinsicht die »Volksparteien« SPD und CDU »für die mehrheitlich wahlentscheidenden Themen (Soziale Gerechtigkeit, Bildung, Arbeitsplätze, Wirtschaft)«, während Grünen, FDP und LINKE jeweils »Sonderinteressen« in den Bereichen wie Steuern, Umwelt, Energie, ostdeutsche Belange vertreten.[21]

Unseres Erachtens werden die Parteien dagegen entsprechend ihrer Positionierung auf einer sozio-ökonomischen und einer gesellschaftspolitischen Dimension unterschieden, in denen die sozialstrukturellen Konfliktlinien (Cleavages) der alten Bundesrepublik (Kapital vs. Arbeit, Kirche vs. Säkularisierung, städtische vs. ländliche Interessen, Region vs. Zentrum) zu verorten sind. Die spätere Etablierung der Grünen ist, ebenso wie die der PDS bzw. der LINKEN, Ausdruck für das Entstehen neuer Cleavages in der Gesellschaft, wobei bestimmte Positionen im Rahmen des bestehenden Parteiensystems nicht repräsentiert waren. Bei den Grünen betraf dies die gesellschaftspolitischen Konflikte Ökologie vs. Ökonomie sowie Autorität vs. Partizipation.

Die PDS verankerte sich im deutschen Parteiensystem aufgrund der Repräsentationslücke ostdeutscher Interessen in den Volksparteien CDU/CSU und SPD. Die Etablierung der LINKEN korrespondiert mit den sozialstrukturellen Umbrüchen, wie sie mit der Durchsetzung der Agenda 2010 durch alle anderen Bundestagsparteien verbunden war. Der Protest gegen den als Reformen ausgegebenen breit-

[19] Heiner Geißler/Peter Radunski: Die Wahlanalyse und ihre Folgerungen für die politische Arbeit der CDU in den nächsten Jahren, in: CDU EXTRA 21/1987

[20] Heiner Geißler/Peter Radunski: Die Wahlanalyse und ihre Folgerungen für die politische Arbeit der CDU in den nächsten Jahren, in: CDU EXTRA 21/1987

[21] Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs: Die Ergebnisse der Abgeordnetenhauswahl in Berlin am 18. September 2011 – Wahlnachtbericht und erste Analyse, S.9

angelegten Abbau sozialer Rechte kanalisierte sich zunächst im Wiedererstarken der nach den verlorenen Bundestagswahlen 2002 bereits bundespolitisch abgemeldeten PDS und schließlich in der Etablierung der gesamtdeutschen sozialistischen Partei DIE LINKE auch im Westen der Republik nach dem Zusammengehen von PDS und WASG im Jahr 2007.

Im bürgerlichen Lager ist die tradierte Arbeitsteilung ebenfalls erschüttert. Die CSU erhebt neue bundespolitische Ansprüche, die primär darauf zielen, die absolute Mehrheit in Bayern unter allen Umständen zu halten. Dieses regionalpolitische Interesse stellt sie gegen die Absicherung der Kanzlermehrheit der Union, für die ein Ergebnis über 30 Prozent reichen würde. Die Attacken der CSU-Spitze auf die umstrittene Flüchtlingspolitik der Kanzlerin bringt die Union derzeit aus der Balance und fördert die AfD. Wenn diese breiter werdenden Risse im Gebälk der Union zum Bruch führen, wie dies jüngste Äußerungen des CSU-Chefs Horst Seehofer im Hinblick auf eine bundesweite Ausdehnung der CSU nahelegen könnten[22], wäre dies aus Perspektive der Grünen eher einem Bündnis mit der CDU förderlich als hinderlich. Sie befördern zudem die Selbstverortung der Grünen als Partei bürgerlicher Eliten.

4.1. Die Selbstverortung der Grünen innerhalb der politischen Lager

Die schweren Wahlniederlagen, die die SPD 2004 auf dem Höhepunkt der sozialen Proteste gegen die Agenda-Reformen erlitt, bildeten den Hintergrund für eine Strategiediskussion über Lagertheorien und Lagerpolitik in der Heinrich-Böll-Stiftung[23], in der es um die künftige Rolle der Grünen im linken Lager und auch um die Möglichkeit eines Lagerwechsels in Richtung einer schwarz-grünen Koalition ging.

Nach den Umbrüchen innerhalb des linken Lagers, d.h. der Erosion der SPD und erstarkender Opposition von links, wurde mit wissenschaftlicher Expertise ein neues Modell diskutiert, das vier politisches Lager unterscheidet:[24]

1. Aus dieser Sicht repräsentieren die Grünen im Unterschied zu den 80er und 90er Jahren nun ein »Elitemilieu«, für das Fragen der Bürgerrechte und der Ökologie von größerer Bedeutung sind, als die traditionelle soziale Frage. Dieser Teil der Eliten bilde als »radikaldemokratisches Lager« den eigentlichen Antipoden zum traditionellen konservativen Lager und mache etwa 10 – 11 Prozent der Wähler aus.

[22] CSU bundesweit? Seehofer schließt das nicht aus. In: Die Welt vom 17. März 2016

[23] Dokumentiert in: Lagertheorie und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen. Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2004

[24] Rita Müller-Hilmer: Schnittmengen und Bruchstellen zwischen den Lagern. In: Lagertheorie und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen. Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2004, S. 12

2. Das »sozialintegrative Lager«, das »in den 90er Jahren das rot-grüne Lager darstellte. Neben Partizipation und Demokratie steht hier vor allem die soziale Sensibilität im Mittelpunkt.« In diesem Lager überwiegte ein »progressiv-solidarisches Gesellschaftsmodell«.

3. Das »skeptisch distanzierte Lager, das oft gewerkschaftlich organisiert ist und in der Distanz zu den Gruppierungen ›hier oben‹ schon anzeigt, dass in der gesellschaftlich-politischen Diskussion primär auf die soziale Frage gesetzt wird.«

4. Das eher traditionell an hierarchischen Strukturen orientierte gesellschaftlich-politische Lager: »das traditionell konservative Milieu«.

Dieses Modell ist auf die arrivierten und saturierten Milieus und die gesellschaftliche Mitte ihre Positionierung im (Partei)politischen Raum und die Frage ausgerichtet, wo die Grünen unter den von der Agenda 2010 gesetzten Rahmenbedingungen ihre Wähler finden. Dabei ist hervorhebenswert, wie die Agenda-Reformen in dieser grünen Debatte auf den schlüssigen Begriff des »Abbaus sozialer Rechte« gebracht wurden. Denn mit Blick auf die Kette von rot-grünen SPD-Wahlniederlagen im Jahre 2004 wird festgestellt: »Der Abbau sozialer Rechte« bedürfe eben auch »einer besonderen Legitimation. Unterbleibe eine solche Vermittlungsleistung durch die politischen Eliten, »muss man sich über die Wahlergebnisse der letzten Zeit nicht wundern.«[25] Die »sozial unterprivilegierten Milieus«, werden in dieser Gastanalyse also in die autoritäre Ecke abgemeldet.[26]

Dagegen wird die ideologische Schnittmenge zwischen den (grün)radikaldemokratischen und den traditionell-konservativen Eliten betont, die an Selbstbestimmung und Leistung orientiert seien. Diese Lageeinschätzung deckt sich auch mit späteren empirischen Befunden. Demnach neigten im Wahljahr 2013 in der Gruppe der oberen zehn Prozent der Einkommensskala ca. 17 Prozent den Grünen zu.[27]

Da die SPD und die Grünen infolge der Agenda 2010 ihre gesellschaftliche Mehrheitsfähigkeit verloren haben, stellte sich für die Grünen die Frage nach einer mehrheitsfähigen Machtoption. Da Zugeständnisse an eine erstarkenden PDS nicht in Betracht gezogen wurden, weil man 2002 mit Erfolg die Erfahrung mache

[25] Rita Müller-Hilmer: Schnittmengen und Bruchstellen zwischen den Lagern. In: Lagertheorie und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen. Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2004, S.13

[26] Rita Müller-Hilmer: Schnittmengen und Bruchstellen zwischen den Lagern. In: Lagertheorie und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen. Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2004, S. 12 – 13

[27] Stefan Bach/Markus M. Grabka: Parteianhänger: Wohlhabende neigen zu Union und FDP – und zu den Grünen. DIW Wochenbericht Nr. 37/2013, S.14

konnte, auf deren Wähler keine Rücksicht nehmen zu müssen, konnte es in dieser Logik nur darum gehen, den politischen Preis eines Lagerwechsels zur Union zu kalkulieren.

Eine Politik, die diesen Wechsel offensiv zugunsten der Union betreibt, wird jedoch aus taktischen, nicht aus prinzipiell-programmatischen Gründen verworfen. Die damit verbundene Polarisierung der eigenen Wählerschaft wurde damals als »lebensgefährlich« für die Grünen eingestuft:

> »Die in der rot-grünen Periode neu gewonnenen Wähler, »vor allem Frauen, Berufstätige, besser Gebildete und besser Verdienende« seien aufgrund »ihrer … Verbundenheit mit sozialdemokratischen Werten der linken Ideologie stark verhaftet. Einen Lagerwechsel werden sie nicht mitmachen. Offensiv einen Koalitionswechsel über eine ideologisch geführte Debatte zu betreiben, wäre für die Partei der Grünen (derzeit noch) lebensgefährlich: Ihr würden nicht nur die hinzugewonnenen Wähler … verloren gehen, auch ihre Kern-Wählerschaft würde es auseinanderreißen.«[28] Deswegen sei eine defensive Strategie zu präferieren, die die Wählerschaft durch eine pragmatische Zusammenarbeit in Ländern und Kommunen daran gewöhnt. Zugleich wird 2004 ein Lagerwechsel als ein hohes Risiko der Grünen betrachtet: »Es kann sein, dass etwa die Hälfte der Grünen-Wähler kein Problem mit Schwarz-Grün hätte – aber was macht die andere Hälfte? (…) Von daher: In fünf bis zehn Jahren werden wir vielleicht Antworten auf diese Fragen haben, die wir uns heute noch nicht vorstellen können.«[29]

Auch im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017 ist das Spaltungspotenzial gegeben: Zwar zeichnet sich demoskopisch eine steigende Akzeptanz der schwarz-grünen Option in der grünen Wählerschaft ab. Hatten im Oktober 2013 noch 45 Prozent der Anhänger der Öko-Partei in einer DeutschlandTrend-Umfrage ein Bündnis mit der Union abgelehnt, während 42 Prozent dafür waren, hat sich das Verhältnis nun mehr zugunsten von Schwarz-Grün gewandelt. Nach einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen vom November 2014 zogen bereits 57 Prozent der grünen Wähler eine Koalition mit der CDU einem rot-rot-grünen Bündnis vor. Allerdings zeigen diese Erhebungen auch, dass die Koalitionsfrage durchaus das Potenzial hat, die Wählerschaft der Grünen zu spalten.

Die Charakteristika des 2004 diskutierten Lagermodells stehen für machtpolitische Ambitionen und ein ideologisches Selbstverständnis, die auch für die weitere Entwicklung in der Partei belegt werden kann.

---

[28] Stefan Bach/Markus M. Grabka: Parteianhänger: Wohlhabende neigen zu Union und FDP – und zu den Grünen. DIW Wochenbericht Nr. 37/2013, S. 20

[29] Stefan Bach/Markus M. Grabka: Parteianhänger: Wohlhabende neigen zu Union und FDP – und zu den Grünen. DIW Wochenbericht Nr. 37/2013, S. 24

1. Alleinvertretungsanspruch: Die Grünen repräsentieren das »radikaldemokratische« Lager.

2. Die soziale Frage und ein »progressiv-solidarisches Gesellschaftsmodell« sind nicht mehr die politische Klammer für die Grünen.

3. Soziale Distinktion: Der Blick wird oben auf die Gesellschaft gerichtet, macht in der Mitte halt und klammert die »Unterprivilegierten« wegen ihrer (angeblichen) autoritären Vorlieben aus.

4. Den Kern der grünen Wählerschaft bilden Eliten, die sich eher kulturell als sozial von den traditionellen Konservativen unterscheiden (Klientelpolitik).

5. Die alte grüne Verortung links von der SPD zu stehen, soziale (Protest) Bewegungen zu repräsentieren, bildet keinen Handlungsrahmen für die Partei. Mit Rücksicht auf Teile der Wählerschaft können die Grünen jedoch nicht auf linke Inhalte, Persönlichkeiten, Positionen und Begriffe verzichten.

2004 konnten Tarek Al-Wazir und Peter Siller die Grünen noch als radikaldemokratischen Motor einer »erneuerten Linken« ausgeben. »Eine erneuerte Linke sieht sich nicht im Widerspruch zur Marktwirtschaft, sondern braucht sie, solange die sozialen und ökologischen Leitplanken eingehalten werden.«[30] Der Widerspruch zwischen Markt und Gesellschaft verliert allerdings nicht dadurch seine Wirkungsmacht, in dem er aus dem Selbstverständnis der Grünen exkommuniziert wird. Eine erneuerte Linke ist jedoch für die zitierten Grünen offenbar nicht anders als eine marktkonforme Linke denkbar. Ideologisch steht auch hier die Absetzbewegung von einer klassisch sozialreformerischen Gerechtigkeitsperspektive im Zentrum, die auf Umverteilung und der Beschränkung ökonomischer Macht beruht.

4.2. Wählerschaft und Wählerwanderungen

Die früher als links-ökologisch bzw. alternativ bezeichnete grüne Wählerschaft hat mittlerweile einen starken pragmatisch/unpolitischen und bürgerlich/wertkonservativen Anteil, was ein kurzer Blick auf ihre Entwicklung[31] verdeutlichen kann.

1987 hatten Heiner Geißler und Peter Radunski bei Gelegenheit ihrer Wahlanalyse für die CDU[32] analysiert, dass das Wechselverhalten durch »sozialen Wandel,

[30] Peter Siller, Tarek Al Wazir u.a.: Links Neu – Grün als Orientierungsfarbe einer erneuerten Linken. In: Lagertheorie und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen. Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2004, S. 53 ff.

[31] Franz Walter: Gelb oder Grün. Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland. Transcript Bielefeld, 2010, S. 71 – 114

[32] Alle Zitate nach: Heiner Geißler/Peter Radunski: Die Wahlanalyse und ihre Folgerungen für die politische Arbeit der CDU in den nächsten Jahren. CDU Extra 21/1987

Wertewandel, und stärkere Orientierung am persönlichen Lebensstil verursacht ist« und empfohlen, »nicht länger allein auf sozio-strukturelle Merkmale der Wähler abzuzielen«, sondern »Stimmungen, Lebensstile und aktuelle Haltungen zu wichtigen politischen Problemen ebenso mit einzubeziehen«. Belegt wurde dies damals mit einer Analyse des Wahlergebnisses der Grünen im Verhältnis zur CDU. Die CDU erreichte bei dieser Bundestagswahl 44,3 und die Grünen 8,3 Prozent. Bei den Erstwählern war das Verhältnis 38 zu 16,5 Prozent in den Großstädten mit über 200.000 Einwohnern 24,2 zu 26,5 Prozent.

Diese anfängliche Kernwählerschaft rekrutierte sich aus den Jahrgängen 1954–65, der Babyboomergeneration. Sie profitierte von der Nach-68er-Bildungsexpansion, war nach dem Studium aber beruflich blockiert, weil die Arbeitslosenquote ab Anfang der 80er-Jahre auf erstmals über fünf Prozent und in diesem Jahrzehnt auf bis zu zehn Prozent stieg. Sie engagierte sich in der links-alternativen Ökologie-, Frauen- und Friedensbewegung und war überdurchschnittlich politisiert, was aber zu einer politischen Ausgrenzung durch Extremismusbeschlüsse führte. Das bildete sich auch in der Partei- und Fraktionsführung ab, zur Bundestagswahl 1987 u.a. mit den Parteivorsitzenden Rainer Trampert und Jutta Dittfurth und dem dann zum Fraktionsvorsitzenden gewählten Thomas Ebermann.

In den Neunzigerjahren schafften viele die Anstellung in neu geschaffenen öffentlichen Bildungs-, Kultur- und Sozialdiensten oder aber bei den Grünen selbst. Mit dem Aufstieg der Partei – von 1991 bis 1998 verbesserte sie sich bei jeder Wahl gegenüber der jeweilig vorhergehenden Wahl – war eine wachsende Zahl von Parlamentsmandaten und weiteren Stellen verbunden.[33] Konstitutiv für die Grünen war ihr neues Milieu.[34]

Sie versöhnten sich mit den auch durch sie mit geschaffenen politischen Institutionen und bildeten einen unpolitisch-beliebigen Pragmatismus heraus. Das Rebellionsmilieu von 1983 mit zwei Drittel erwerbslosen Wählern hat sich seitdem sukzessive zum Eliten- und Statusmilieu gewandelt.[35]

Im Laufe der 90er-Jahre gewannen die Grünen neue Wähler, für die die Partei irgendwie beweglicher, kreativer, origineller erschien; politische Kampagnen oder ökologische Prinzipienfähigkeit spielte für diese keine Rolle mehr, eine Wahl der Grünen wurde mehr zu einer Attitüde, zu einem Ausdruck des Lifestyles. 1997

[33] Helmut Wiesenthal: Bündnisgrüne in der Lernkurve. In: Kommune 17 (1999), S. 35 – 50

[34] Hans-Joachim Veen: Die Grünen als Milieupartei. In: Hans Maier (Hrsg): Politik, Philosophie, Praxis. Festschrift für Wilhelm Hennis zum 65. Geburtstag. Stuttgart, 1988, S. 454-476; Schnieder, Frank: Von der sozialen Bewegung zur Institution? Die Entstehung der Partei DIE GRÜNEN in den Jahren 1978 bis 1980. Münster, 1980

[35] Nach Franz Walter: Gelb oder Grün. Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland. Transcript Bielefeld, 2010, S. 94

konnten Meinungsforscher erstmals feststellen, dass sich im Lager der Grünen die größte Anzahl politisch desinteressierter Menschen sammelt.[36] Seit Anfang der 2000er Jahre ist sie die Partei mit den am besten verdienenden Wählern und die – formal soziologisch – bürgerlichste Partei.[37] Ihre Wählerschaft hat unterdurchschnittlich viele Arbeiter und Gewerkschafter, aber den höchsten Anteil an Angestellten und Beamten. In keiner anderen Wählerschaft ist das Bewusstsein von sozialen Ungerechtigkeiten so gering ausgeprägt, wird Gerechtigkeit weniger als ausgleichende, mehr als eine der Chancen verstanden, als bei den Grünen.[38]

4.3. Wählerwanderungen und politische Lager

Die Frage, ob innerhalb oder über Lagergrenzen hinweg gewechselt wird, soll hier an Hand der Wählerwanderungsbilanzen bei Grünen und CDU untersucht werden; beschränkt wird sich dabei auf die hier zum Gegenstand gemachten Bundesländer und Wahlen. Gefragt wird bei den Wählerwanderungsbilanzen danach, mit welchen Parteien der höchste Austausch erfolgt, die höchste Volatilität vorliegt.

Bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 2011 und 2016, Hessen 2009 und 2013, Saarland 2009 und 2012, bei der Abgeordnetenhauswahl Berlin 2011 und den Wahlen zur Hamburgischen Bürgerschaft 2008, 2011 und 2015, traten die Grünen mit unterschiedlichen Koalitionsaussagen an bzw. traten sie dann in Regierungen sowohl mit der CDU aber auch mit der SPD ein. Außerordentlich bemerkenswert ist, dass die unterschiedlichen Koalitionsaussagen vorher bzw. Koalitionen im Ergebnis der Wahl zu keinen wesentlichen Veränderungen bei der Volatilität führten: bei allen Wahlen hatten die Grünen den mit Abstand höchsten gegenseitigen Wähleraustausch mit der SPD. Nicht anders bei der CDU: bei allen Wahlen hatte die CDU den mit Abstand höchsten gegenseitigen Wähleraustausch mit der FDP, seit 2016 mit der AfD und der SPD.

Allerdings zeigen Baden-Württemberg und Hamburg, dass auch die Grenzen zwischen den Elektoraten der CDU und der Grünen durchlässiger geworden sind und die Grünen unter bestimmten Bedingungen in regional bedeutsamen Umfang Stimmen von der CDU gewinnen können.

Bemerkenswert sind nicht zuletzt die Wahlen mit überdurchschnittlich hohen Verlusten bei einer der beiden Parteien, weil hier für überdurchschnittlich viele ehemalige Wähler die Frage einer Neuorientierung und damit auch zwischen den Lagern stand. Aber auch bei hohen Verlusten der Grünen, wie bei der Landtags-

---

[36] Franz Walter: Gelb oder Grün. Kleine Parteiengeschichte der besserverdienenden Mitte in Deutschland. Transcript Bielefeld, 2010, S. 80

[37] Thomas Poguntke: Die Bündnisgrünen nach der Bundestagswahl 2001. Auf dem Weg zur linken Fusionspartei? In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2002. Opladen, 2003, S. 91

[38] Franz Walter: Riskante Überbürgerlichkeit. In: Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden, 2011, S. 137, 141

wahl in Rheinland-Pfalz 2016, änderte sich an diesem Wechselverhalten nichts: Die Grünen verloren dabei drei Fünftel ihrer Wähler, von diesen wechselten netto 21.000 zur CDU, aber 90.000 zur SPD. Und auch bei hohen Verlusten der CDU gibt es einen vergleichbaren Befund: Bei der Wahl zur Hamburgischen Bürgerschaft verlor die CDU etwa die Hälfte ihrer Stimmen, davon wechselten 6.000 zu den Grünen, aber 20.000 zur FDP und 50.000 zur SPD.

Für DIE LINKE ist relevant, dass im Westen ein viel stärkerer Wähleraustausch mit den Grünen stattfindet als im Osten. Er kann sich wie in Hamburg zugunsten der LINKEN auswirken oder wie in Baden-Württemberg zugunsten der Grünen. Diese sich entwickelnden Durchlässigkeit zwischen grünen und linken Milieus im Westen wie auch bei den Kommunalwahlen in Hessen oder den Landtagswahlen zuletzt in Sachsen mit dem Direktmandat für Juliane Nagel in Leipzig 2014 und den relativ guten Ergebnissen der LINKEN in Halle und Magdeburg, nützt in Großstädten eher der LINKEN.

Im Vergleich mit diesen beiden Wählerwanderungsbilanzen war die Durchlässigkeit zwischen den Elektoraten von CDU und Grünen bei der Bundestagswahl 2013 und der Landtagswahl in Baden-Württemberg 2016 etwas höher.

Die Grünen verloren 2013 420.000 Stimmen an die Union. Mehr als die Hälfte der ca. 3,9 Millionen hinzugewonnenen CDU-Stimmen kamen dagegen von der FDP. Die grünen Stimmenverluste repräsentieren damit zwar nur ca. zehn Prozent der korrelierenden Stimmengewinne der Union. Die Union hat aber doppelt so viele Stimmen von den Grünen gewonnen wie von der SPD. Das Ergebnis der Grünen bei der Bundestagswahl war der Verquickung mehrerer Umstände, wie Pädophilie-, Veggie-Day-, und Steuer-Debatte geschuldet, was eine eindeutige Bestimmung der Wechselmotive der Wähler erschwert.

2013 wechselten jedoch mehr Grünen-Wähler zur SPD als zur CDU. Die Grünen verloren netto 550.000 Stimmen an die SPD; allerdings unterscheidet sich die Volatilität erheblich: Bei der SPD steht einem Zustrom von 440.000 ein Abstrom von 990.000 gegenüber, bei der CDU dagegen ein Zustrom von 140.000 einem Abstrom von 560.000. Die Motive für dieses Wechselverhalten lassen sich aufgrund der bereits dargestellten vielfältigen Gründe beim Bundestagswahlkampf nicht zu einem grundsätzlichen Wechsel bei der Lageridentifikation der Wähler verrechnen.

Bei der Wahl in Baden-Württemberg konnten die Grünen stark vom Amtsinhaberbonus Winfried Kretschmanns und der Schwäche des CDU-Kandidaten profitieren. Sie haben von der CDU 107.000 und von der SPD 157.000 Stimmen gewonnen und sie konnten 129.000 Nichtwähler mobilisieren, gleichzeitig haben sie auch 190.000 Stimmen an die AfD abgegeben. Das ist der Kretschmann-Effekt: Die Grünen haben lagerübergreifend Wähler gewinnen können. Angesichts der überaus dürftigen Ergebnisse im Nachbarland Rheinland-Pfalz ist jedoch zu konstatieren, dass für eine

bundesweite Übertragung der Kretschmann-Strategie, mit CDU und FDP um die Rolle als bürgerliche Referenzpartei zu kämpfen, die objektiven Voraussetzungen fehlen.

Diese Wählerwanderungsbilanzen können insgesamt bislang nicht belegen, dass innerhalb eines bürgerlichen Lagers Wähler der CDU und der Grünen überwiegend zwischen CDU und Grünen; sie belegen dagegen die Fortexistenz des Lagerdenkens nach dem Links-Rechts-Schema bei den Wählern: Die Wähler ordnen die Grünen mehrheitlich nach wie vor dem linken Lager zu, wie die CDU dem rechten Lager.

4.4. Koalitionsstrategien der Grünen im Verhältnis zur CDU

Der CDU drohte seit 1987, in die wenig später von Elmar Wiesendahl beschriebene Modernisierungsfalle zu geraten: Durch die Auflösung der alten Milieus wurde sie gezwungen, sich den neuen zuzuwenden, konnte die Verluste aber nicht kompensieren, zumal in den neuen Milieus bereits die Grünen Fuß gefasst hatten.[39] Allerdings ist deren im Vergleich mit der CDU »gemeinsame bürgerliche Position in der Einkommens- und Berufshierarchie lediglich eine formal identische soziologische Zuordnung. Sozialräumlich unterscheiden sich die Orte, an denen die Anhänger der Grünen wohnen und leben, beträchtlich von den Hochburgen des altbürgerlichen Lagers, genauso wie ihre Lebensweise. … Das altbürgerliche Lager der Union hat seine Stammquartiere im ländlichen Bereich, in kirchennahen Schichten, in Stadtvierteln mit vielen Eigenheimen und wenigen Ausländern. Die Grünen sind hingegen die urbane Partei schlechthin. Ihre Wähler arbeiten hauptsächlich im Dienstleistungssektor, sind überwiegend entkonfessionalisiert, haben ihre Wohnung in Straßenzügen mit großen Altbauhäusern bei durchaus hohen Ausländeranteilen.«[40]

Im Unterschied zu CDU und SPD verfangen sich die Grünen mit ihren Wählern aus den weitgehend neuen Milieus weniger in der Modernisierungsfalle: »Ihre relativ kleine Stammwählerschaft ist von den sozioökonomischen Veränderungen letzten Endes unbetroffen.«[41] Nach der von den Grünen in der Regierung mitverantworteten Agenda 2010 waren sie die einzige Partei, die in den Protestjahren 2003 – 2005 mit Montagsdemonstrationen und der Entstehung der WASG Mitglieder gewann.[42]

---

[39] Elmar Wiesendahl: Volksparteien im Abstieg. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Jg. 1992, Heft 34-35, S. 3-14

[40] Franz Walter: Schwarz-Grüne Kluft. In: Die Zeit 1/2008

[41] Heiko Gerling: Milieus und politische Lager im gesellschaftlichen Wandel. In: Lagertheorie und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen. Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2004, S. 10 und Rita Müller-Hilmer: Schnittmengen und Bruchstellen zwischen den Lagern. ebenda S. 16

[42] Oskar Niedermayer: Parteimitglieder in Deutschland: Version 2015. Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum, Nr. 25, Berlin, Freie Universität Berlin 2015

Auf der sozio-ökonomischen Dimension sind die Grünen bürgerlich – und damit näher bei der CDU als bei der SPD.

Darum wird die Debatte um Schwarz-Grün CDU-seitig auch gern mit Verweis auf ihr sogenanntes Großstadttrauma geführt. In Großstädten erreicht die CDU wesentlich schwächere Ergebnisse als in kleineren Städten oder im ländlichen Raum. Von den 25 einwohnerstärksten Großstädten haben lediglich Augsburg, Bonn, Essen und Münster einen CDU-Oberbürgermeister. Bei Landes- und Bundeswahlen erreicht die CDU in Großstädten ähnlich niedrigere Ergebnisse, weshalb in der medialen Berichterstattung regelmäßig, wie auch in der CDU selbst, von einem »Großstadttrauma«[43] gesprochen wird.

Dagegen wird hier Viola Neu gefolgt, die bei der Analyse der letzten Bürgerschaftswahl in Hamburg darauf hingewiesen hat, dass es »aus empirischer Perspektive schwer, wenn nicht gar unmöglich ist, von spezifischen Problemen der CDU in Großstädten zu sprechen«[44]. Großstädte liegen eher im nördlichen Gebiet der Bundesrepublik. Der Anteil der Arbeiter, der Dienstklasse, der Ledigen und das Bildungsniveau sind höher. Dagegen sind die Anteile der Katholiken und bei der Kirchgangshäufigkeit unterdurchschnittlich. Auf CDU-Wähler treffen diese Merkmale statistisch durchschnittlich eher nicht zu. »Großstadt« ist in diesem Sinne kein Merkmal. Was aber gelegentlich dieser Erwägungen und bei Auswertung der Bundestagswahlen seit 1990 festgestellt wurde ist, dass »die CDU umso besser abschneidet, je geringer die Bevölkerungsdichte ist. Bei der SPD und den Grünen verhält es sich umgekehrt.«[45]

CDU und Grüne können sich also bei Wahlen ergänzen, weil die Überschneidungen in der Wählerschaft geringer sind. Dieser komplementäre Effekt tritt generell in allen Regionen auf, in denen die Bevölkerungsdichte signifikant vom Durchschnitt abweicht, also sowohl in Großstädten als auch in dünn besiedelten Gebieten. Weil die Grünen aber eher in bevölkerungsdichten Regionen Wahlergebnisse erreichen, die eine solche Koalitionsoption für sie erst eröffnen, sind für schwarz-grüne Initiativen besonders Großstädte und Ballungszentren von Interesse. Aus diesem Grund soll im weiteren Verlauf dieser Darstellung ein Blick auf Koalitionen und Wahlabsprachen in Frankfurt am Main, Hamburg, Köln und Berlin geworfen werden.

---

[43] Z. B. Antworten auf das Großstadttrauma. Der neu gewählte Oberbürgermeister von Oberhausen über Wahlerfolge in Großstädten und die Perspektiven der CDU an Rhein und Ruhr. In: Die Politische Meinung Nr. 535, November/Dezember 2015, S. 94-97

[44] Viola Neu: Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15. Februar 2015. Wahlanalyse. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 2015, S. 12

[45] Viola Neu: Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15. Februar 2015. Wahlanalyse. Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin, 2015, S. 13 und vergleichenden Graphiken im Anhang

4.5. Interpretationsmodelle: Äquidistanz, bürgerliche und komplementäre Koalition

Dieser defensiven Strategie entspricht, dass die Grünen ihr Verhältnis zur CDU und SPD als **äquidistant** beschreiben. Für die Grünen ist eine Koalition mit der CDU in zwei politischen Ausprägungen denkbar, die sich allerdings nur graduell unterscheiden. Ausgegangen wird jeweils vom belasteten Verhältnis zur SPD, dem Wunsch nach einer weiteren Machtoption und der Verbürgerlichung der eigenen Wählerschaft.

Eine **politisch-bürgerliche** Koalition wird von denjenigen Grünen favorisiert, die stark inhaltliche Schnittmengen bei der Außen-, Finanz- bzw. Sozial- und Rentenpolitik sehen und insbesondere auf den Teil der grünen Wähler setzen, der besserverdienend oder verbeamtet ist. Diese Option wird insbesondere in der Konrad-Adenauer- und der Heinrich-Böll-Stiftung favorisiert und setzt programmatisch bei der Nähe in der sozio-ökonomischen Dimension an.

Eine **komplementäre** Koalition oder Patchworkkoalition, ein Wechsel »vom kooperativen zum arbeitsteiligen Bündnis«[46] wird insbesondere von den Grünen favorisiert, die eine Konkurrenzsituation zwischen Grünen und CDU in der bürgerlichen Wählerschaft vermeiden wollen. Für die CDU ist eine solche Konstellation von Vorteil, weil sie damit ihre wachsenden Nachteile ausgleichen kann: In den Großstädten stellt die CDU keinen Oberbürgermeister. Dazu kommen Defizite bei Jüngeren, Frauen, den Bildungseliten, generell das Schrumpfen ihrer traditionellen Stammwählerschaft. Gegenüber einem Bündnis mit der FDP gewinnt sie mit den Grünen Wähler über das klassische bürgerliche Elektorat hinaus.[47] Sie verfolgt darüber hinaus das staatshegemoniale Projekt, die Grünen mit einer Koalition aus dem linken Parteienlager zu lösen. Die Möglichkeiten für eine Koalition von SPD, LINKEN und Grünen sollen damit nachhaltig behindert und die SPD als Volkspartei soweit geschwächt werden, dass sie ihre Fähigkeit, als stärkste der kleineren Parteien Regierungen zu bilden, verlieren würde.[48]

Eine Koalition mit der CDU wird von den Grünen regelmäßig damit begründet, dass eine Vernunftehe erfolgversprechender sei, als eine Liebesheirat. Eine komplementäre Koalition wird von etlichen Parteienforschern[49] und in einem

---

[46] Joachim Raschke: Immobilismus und Scheinpolitik. Strategiefähigkeit im Fünf-Parteien-System. In Vorgänge 4/2007, S.32

[47] Joachim Raschke: Schwarz ist die Hoffnung. Endlich mal ein Partner, der sich nicht aufspielt – warum ein Bündnis mit Hamburgs CDU für die Grünen so interessant ist. In: Süddeutsche Zeitung vom 26. März 2008

[48] So in etlichen Publikationen aus dem Umfeld der Konrad-Adenauer-Stiftung, z. B. Dietzsche, Hans-Jürgen: Die gefühlte Volkspartei. Die Wahlerfolge von Bündnis90/Die Grünen und die Konsequenz für ihre weitere Bündnisstrategie. In: Baus, Ralf Thomas (Hrsg.): Parteiensystem im Wandel. Konrad-Adenauer-Stiftung, 2. Aufl. 2013, S. 100

[49] Z. B. Tilman Mayer, Joachim Raschke, Franz Walter

Großteil des Feuilletons goutiert, sofern die Unterscheidung zwischen einem linken und rechten Lager sowie entsprechende Lagerwahlkämpfe für überholt bzw. nicht mehr »modern« gehalten werden; 26,9 Prozent der Politikjournalisten neigen den Grünen zu – und damit fast genauso viel zu dieser Partei, wie zu allen anderen im Bundestag vertretenen Parteien insgesamt.[50] Sie wird aber auch von Anton Hofreiter angeregt, da eine solche Begründung eine gewisse Distanz zu einer bürgerlichen Koalition mit der CDU und die Differenzen in der gesellschaftspolitischen Dimension ausdrücken kann.[51]

Die Wählerschaft der Grünen akzeptiert Koalitionen mit der CDU und SPD etwa zu gleichen Teilen, zuletzt zunehmend für Schwarz-Grün. Eine Entscheidung für eine der beiden Optionen führt jedoch nicht automatisch zum Verlust der jeweils anderen Hälfte, da die Wählerschaft eher politisch desinteressiert, pragmatisch und statusorientiert ist. Bestätigt wird diese bereits entwickelte These durch die Ergebnisse der Grünen bei Wahlen, die den vorhergehenden schwarz-grünen Koalitionen in Hamburg und dem Saarland folgten. Problematisch wird es für die Grünen dagegen, wenn die Koalitionsmöglichkeit mit der CDU bereits vor dem Wahltag im Wahlkampf thematisiert wird. Das führte, wie im Saarland 2009, in Berlin 2011 mit der Spitzenkandidatin Renate Künast und in Rheinland-Pfalz 2016 mit Eveline Lemke, zu Verlusten für die Grünen; die Positionierung der Grünen in Baden-Württemberg spricht nicht dagegen, weil sie durch den Ministerpräsidentenwahlkampf eine derart starke Position hatten, dass Schwarz-Grün als Grün-Schwarz von ihren Wählern anders wahrgenommen werden konnte.

4.6. Ist der Absprung der Grünen aus dem linken Lager endgültig?

In sozialer Hinsicht sind die Grünen eine bürgerliche Partei. Ihre Wähler sind eher in den oberen Einkommens- und Vermögensgruppen zu Hause, die Partei repräsentiert mittlerweile ein Milieu gutverdienender Beamter und Selbstständiger. Dieses Milieu hat die zurückliegenden Sozialreformen ohne große Blessuren gut überstanden.

2004 wurde die Koalitionsdiskussion bei den Grünen aus der Perspektive eines kleineren Partners mit einem relativ eng begrenzten Elektorat geführt. Aus der Sicht des in den Volksparteistatus gekommenen Winfried Kretschmann repräsentieren die Grünen 2016 denjenigen Teil des Bürgertums, der sich ökologisch und sozial positioniert hat. Das Soziale wird hier entsprechend der Erwartungshaltungen an eine Volkspartei thematisiert; sein Gehalt soll hier nicht geprüft werden. Zumindest für Baden-Württemberg ist diese Rechnung nun aufgegangen

[50] Margreth Lünenborg/Simon Berghofer: Politikjournalistinnen und Politikjournalisten. Aktuelle Befunde zu Merkmalen und Einstellungen vor dem Hintergrund ökonomischer und technologischer Wandlungsprozesse im deutschen Journalismus. Eine Studie im Auftrag des Deutschen Fachjournalisten-Verbandes (DFJV), Mai 2010, S. 13

[51] Anton Hofreiter zitiert nach Matthias Meissner im Tagesspiegel vom 13. Oktober 2013

und die Prognose von Franz Walter hat sich erfüllt: »Der Tag scheint nicht mehr fern, an dem sich das alte bürgerliche Lager … um das grüne Neubürgertum … erweitert.«[52] Diese Einschätzung kann jedoch nicht einfach auf die Partei als Ganzes übertragen werden.

DIE LINKE sollte die Grünen als das nehmen was sie sind, als ökolibertäre Partei mit einem sozialliberalen Flügel, einer linken Geschichte und einer liberalen Perspektive als ein verlängerter Arm der »arrivierten Mitte der besser Gebildeten und besser Verdienenden«.

Im Unterschied zur CDU, FDP und erst recht der AfD bestehen mit den Grünen als Partei und auch auf der Ebene der Milieus jedoch gemeinsame Diskurse, die letztlich um zwei politische Kategorien gruppiert sind: Fortschritt und Emanzipation. Hier besteht nach wie vor ein politischer Rahmen für Kooperation und Konkurrenz.

Und wie das Thüringer Beispiel zeigt, hängt es nicht zuletzt auch von der Stärke der LINKEN selbst ab, welche Bündnisoption die Grünen künftig wählen werden.

[52] Franz Walter: Riskante Überbürgerlichkeit. In: Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden, 2011, S. 139

Teil II

5. Politische Differenzen und Übereinstimmungen

Noch 2010 bezeichnete Angela Merkel eine Koalition mit den »Berufsprotestierern« als »Hirngespinst«. Seitdem wurden mit dem spektakulären Wechsel von der Laufzeitverlängerung für AKW zum Atomausstieg der stärkste Hinderungsgrund abgeschafft und mit der kulturellen Modernisierung in der Familienpolitik Hürden verringert. »Die Trennlinie zwischen unseren Parteien wird immer schwächer«, stellte ein Vorsitzender einer CDU-Landtagsfraktion mit Blick auf die Grünen auf einer Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung bereits im Jahre 2009 in Bremen fest. Die Grünen sind der Teil des Bürgertums, der sich »ökologisch-sozial ... positioniert hat.«[53] Zweifellos wurde der Annäherungsprozess zwischen Union und Grünen mit den Koalitionen in Hamburg, im Saarland und Hessen forciert. Und mit Blick auf den Baden-Württemberger Landtagswahlkampf 2016 haben die Grünen es zumindest in einem Bundesland geschafft, ernsthaft mit der CDU um die Rolle als Interessenvertreterin des Bürgertums zu konkurrieren. Trotz dieses Annäherungsprozesses, der sich auch programmatisch nachvollziehen lässt, sind zunächst die unterschiedlichen Ausgangspositionen hervorzuheben, mit der CDU und Grüne eine Koalitionsoption diskutieren.

Die CDU bewegt sich innerhalb des klassischen politischen Lagerdenkens. Die CDU betreibt den schwarz-grünen Diskurs aus der Perspektive der Staatspartei mit hegemonialer Ambition. Mit den Worten Volker Bouffiers: »Die Union muss so stark sein, dass keine Koalition ohne sie gebildet werden kann [...] Wichtig ist für die Union, dass sie mit dem kleineren Koalitionspartner eine Alternative zur Großen Koalition bekommt.«[54] Es geht der CDU darüber hinaus um eine endgültige Herauslösung der Grünen aus dem linken Parteienlager, was die Regierungsmacht der CDU/CSU auf Bundesebene langfristig festigen würde. Machpolitisch bringt Nicolaus Blome die Zielrichtung des schwarz-grünen Projektes am deutlichsten auf den Punkt: »Damit fällt ein (weiterer) Vorhang für die Sozialdemokraten – sie haben es nur noch nicht recht gemerkt.«[55]

Dabei geht es nicht nur um die nächste Bundesregierung sondern auch um eine Bündnisoption, die der Union die Machtpositionen in den Großstädten und Metropolregionen zurück gewinnen hilft; die FDP kommt dafür kaum noch in Frage; bei der AfD bleibt das abzuwarten. Geführt wird diese Debatte auf den

[53] Zit. nach Ralf Altenhof/Maren Ötjes: Was heißt heute bürgerlich? Konrad-Adenauer-Stiftung, Bremen, 3. Februar 2009

[54] Schwarz-Grün ist eine Option für 2017. Interview mit Volker Bouffier. In: Rheinische Post online vom 11. Dezember 2014

[55] Nikolaus Blome: Schwarz-Grün die neue große Koalition, In: Volker Kronenberg/ Christoph Weckenbrock, (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden, 2011, S. 91

Ebenen der Programmatik, der Wählerschaft, als Machtoption und damit im Verhältnis zur SPD. Geworben wird für eine schwarz-grüne Koalition als einer politisch-bürgerlichen oder als einer komplementären, in der sich beide Parteien ergänzen. Auch für die Union ist ein Bündnis mit den Grünen nicht risikolos, da dies auf dem rechten Flügel von Partei und Wählerschaft als Aufgabe konservativer Prinzipien interpretiert wird. Die CDU hat nach der Bundestagswahl im September 2013 mit der formellen Einleitung von Sondierungsgesprächen über die Bildung einer Koalition mit den Grünen die Öffnung für Schwarz-Grün nach den nächsten Bundestagwahlen eingeleitet. Auf dem 27. CDU-Bundesparteitag in Köln vom 8. – 10. Dezember 2014 lobte die Parteivorsitzende Angela Merkel Schwarz-Grün in Hessen und unterstrich die grundsätzliche Bereitschaft, auch auf Bundesebene mit den Grünen eine Koalition einzugehen. Auch die CDU-Landesfürsten haben Schwarz-Grün in den Machtkanon der Union aufgenommen und geben in der Presse entsprechende Erklärungen ab, wie in den folgenden Darstellungen der Debatte in den wahlkämpfenden Ländern zu sehen ist. Die Union betreibt ebenso wie die Grünen eine Gewöhnungspolitik an die für ihre Wählerschaft immer noch neue Koalitionsoption. Dabei kann sie sich allerdings auf eine stärkere mediale Unterstützung, insbesondere durch Zeitungen des Springer-Konzerns stützen.

Für die Grünen geht es um etwas anderes. Die Grünen diskutieren Koalitionen mit der Union nicht in einer hegemonialen Perspektive, sondern stellen ihre politisch-programmatische Eigenständigkeit und Äquidistanz zu SPD und CDU in den Mittelpunkt. Formale Grundlage für diese Position ist der Beschluss der 36. Bundesdelegiertenkonferenz vom Oktober 2013:

> »Eigenständigkeit bedeutet, auf Grundlage unserer Werte mit allen demokratischen Parteien zusammenzuarbeiten, wenn die inhaltlichen Schnittmengen tragen – wie wir bei den Sondierungsgesprächen mit der Union gezeigt haben. Die SPD mag uns am nächsten stehen, jedoch sind wir nun zum dritten Mal in Folge mit unserem Wahlziel, eine rot-grüne Mehrheit herbeizuführen, gescheitert. Daraus gilt es, Konsequenzen zu ziehen. Es darf ebenso nicht wieder vorkommen, dass Gespräche mit den Linken an der Befindlichkeit einer in sich unklaren SPD scheitern. Andere Koalitionsoptionen müssen grundsätzlich möglich sein – sei es Rot-Grün-Rot oder Schwarz-Grün. [...] Die Möglichkeit für zukünftige Bündnisse muss gezielt erarbeitet werden ...«[56]

Diese Deutung erfährt auch eine andauernde publizistische Unterstützung insbesondere durch Medien des Springer-Konzerns, wie Schwarz-Grün ohnehin als Dauerthema des Feuilletons von taz bis FAZ präsent ist. Die Grünen haben mit den Koalitionen in Köln (2004), Hamburg (2008) und im Saarland 2009 die Erfahrung gemacht, dass ihnen ihre Wählerschaft, trotz der bestehenden rot-grünen Präferenzen, in diese Koalitionen folgt.

[56] Gemeinsam und solidarisch für eine starke grüne Zukunft. Beschluss der 36. Ordentlichen Bundesdelegiertenkonferenz Bündnis 90/Die Grünen, Berlin, 18.-20. Oktober 2013

6. Wo sich Grüne und CDU annähern

Die schwerwiegenden Gegensätze zwischen Grünen und CDU in der Atom- und Außenpolitik sowie beim Thema Bürgerbeteiligung sind in den letzten Jahren weitgehend eingeebnet worden: In der Außenpolitik mit der Kriegsbeteiligung der Grünen im Kosovo 1999, in der Atompolitik mit der Energiewende der CDU nach der Fukushima-Katastrophe 2011 und in der Bürgerbeteiligung mit der Etablierung marktkonformer Verfahren durch Behörden und Unternehmen, der sog. »Mitmachfalle«, mit Unterstützung aus dem Umfeld beider Parteien. Dabei werden die Bürger in Beteiligungsprozesse eingebunden, die aber von vornherein so strukturiert und limitiert sind, dass die Beteiligung nur noch die Frage der Umsetzung innerhalb eines vorab gesetzten Rahmens betrifft.[57] Von Interesse ist bei diesen drei Politikfeldern, dass hier frühere gravierende Differenzen zwischen CDU und Grünen auf gesellschaftspolitischer Ebene ausgetragen wurden.

Im Folgenden möchten wir zunächst aktuelle Annäherungsprozesse in drei Bereichen hervorheben, der Asyl-, Renten- und Steuerpolitik.

6.1. Asylpolitik und Innenpolitik

2004 schrieb Ralf Fücks, der Vorstandsvorsitzende der Heinrich-Böll-Stiftung, da »die These, dass es kaum noch grundlegende … Differenzen zwischen dem Grünen-Milieu und dem Unions-Milieu gibt«, auch deswegen nicht zutrifft, weil im Hinblick auf die »Einwanderungspolitik und bezüglich des Begriffs der Einwanderungsgesellschaft«[58] erhebliche Gegensätze fortbestehen.

Zwölf Jahre später fährt die inzwischen wegen ihrer Flüchtlingspolitik anderswo umstrittene Kanzlerin Angela Merkel bei den Anhängern der Grünen mit 79 Prozent die höchsten Zufriedenheitswerte ein.[59]

Ohne die Kooperation mit den grünen Landesfürsten hätte die Bundesregierung weder die erste Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten im September 2014, noch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz und das Asylpaket I im Herbst 2015 durch den Bundesrat bestätigen lassen können. Während die Mehrheit für die Asylrechtsnovelle zu den sicheren Herkunftsstaaten (2014) noch durch einen politischen Deal zwischen dem Baden-Württembergischen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann (Grüne) und dem Kanzleramt zustande kam, sprachen sich nach der Ministerpräsidentenkonferenz im September 2015 die Regierungsspitzen der Grünen in den Ländern sowie die Partei- und Fraktionsvor-

[57] Thomas Wagner: Die Mitmachfalle. Bürgerbeteiligung als Herrschaftsinstrument. PapyRossa, Köln, 2013

[58] Ralf Fücks: Differenzen und Konvergenzen. In: Lagertheorie und Lagerpolitik. Sozialwissenschaftliche Befunde und politische Argumente zur Strategie der Bündnis-Grünen. Schriften der Grünen Akademie in der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin 2004, S.38

[59] Infratest-dimap für ARD-DeutschlandTREND, März 2016

sitzenden der Grünen im Bund für die Annahme des Asylpaketes I aus. Es sei zwar »ein Paket, in dem auch Punkte enthalten sind, die grünen Vorstellungen zuwiderlaufen. So sind Leistungskürzungen für Ausreisepflichtige oder weitere sichere Herkunftsländer schwer tragbar. (...) Vor dem gesamten Hintergrund ist das Paket eine tragfähige Grundlage für das weitere Gesetzgebungsverfahren.«[60] Die Grünen halten sich dabei zu Gute:

> »Wir haben den legalen Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt, eine direkte Unterstützung der Minderheiten auf dem westlichen Balkan und eine regelmäßige Überprüfung der so genannten sicheren Herkunftsländer erkämpft. Wir haben damit faktisch den Einstieg in ein Einwanderungsgesetz geschafft. Die Öffnung und Finanzierung von Integrationskursen, Qualifizierungen für den Arbeitsmarkt, ein Wohnungsbauprogramm und eine dauerhafte, dynamische und strukturelle Beteiligung des Bundes an den Kosten wurden vereinbart. Die von Teilen der Union geplanten grundsätzlichen Verschärfungen des Asylrechts konnten in wichtigen Teilen abgewehrt werden. Vor allem wurden alle Angriffe auf das Grundrecht auf Asyl verhindert.«

Tatsächlich zielt das Gesetz jedoch darauf ab, auch den sozialpolitischen Druck auf die Flüchtlinge zu verschärfen, es instrumentalisiert die Sozialpolitik, die Gebühren für die Integrationskurse werden erhöht, und die Aufhebung der Arbeitsbeschränkungen betrifft die Masse der Flüchtlinge nicht.

Vor allem aber ist hervorzuheben, dass die Zustimmung der Grünen im Bundesrat ermöglicht hat, die Leistungen für Flüchtlinge, denen eine Verhinderung ihrer Abschiebung vorgeworfen wird, auf das »physische Existenzminimum« abzusenken. Dies soll auch für Flüchtlinge gelten, die bereits in einem anderen EU-Staat Schutz erhalten haben (dort als Flüchtlinge anerkannt wurden) oder die im Rahmen der künftigen Umverteilung auf EU-Ebene in ein anderes Land »umgesiedelt« wurden und sich entgegen dieser Verteilungsentscheidung in Deutschland aufhalten. (Diese Instrumentalisierung des Leistungsrechts für migrationspolitische Zielsetzungen ist nach dem Urteil des BVerfG vom 18. Juli 2012 zum AsylbLG aus Sicht der LINKEN offenkundig verfassungswidrig. Dass Innenminister Thomas de Maizière zum Schluss der Bundesratsdebatte am 16. Oktober 2015 lobende Worte für die Grünen in den Landesregierungen fand, die die breite Zustimmung für das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz in der Länderkammer überhaupt erst ermöglicht hätten, ist daher ein höchst verdientes Lob.

Mit diesem Kompromiss wird ein Muster grüner Problemlösung sichtbar: Eine Differenz zwischen den Grünen und der CDU auf gesellschaftspolitischer Ebene

[60] Erklärung des Ministerpräsidenten und der stellvertretenden Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, sowie die Partei- und Fraktionsvorsitzenden der Grünen im Bund zu den Beschlüssen der Ministerpräsidentenkonferenz vom 25. September 2015

(Flüchtlingspolitik) wird auf sozio-ökonomische Ebene verlagert und dann im Konsens mit der CDU gelöst, wobei die Grünen danach immer noch ihre Differenz zur CDU auf der gesellschaftlich-politischen Ebene (Flüchtlingsfrage) behaupten.

Im Hinblick auf die für 2016 im Bundesrat zur Entscheidung anstehende Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten haben Winfried Kretschmann und Tarek Al-Wazir bereits die Zustimmung ihrer Bundesländer angekündigt. Damit ist die erforderliche Mehrheit gesichert.

Da das Agieren aller Parteien, die an Landesregierungen beteiligt sind, immer eine gewisse Differenz zu dem politischen Abstimmungsverhalten ihrer Bundestagsfraktionen aufweist, ist zu fragen, ob hier wirklich von einem Annäherungstrend gesprochen werden kann. Geht man davon aus, dass die grünen Politiker noch im Jahr 2014 den Bundesrat zu einer Arena der politischen Auseinandersetzung mit der Bundesregierung erklärt haben, dann spricht ihr Agieren in der Asylfrage eine gegenteilige Sprache. Natürlich bleibt die Asyl- und Integrationspolitik für die grüne Partei und ihr Umfeld ein Bereich, in dem durchaus auf eine identitätsstiftende Differenz zur Union wert gelegt wird. Deswegen stehen Kretschmann, Al-Wazir und andere Exponenten einer asylpolitischen Annäherung an die Union auch innerparteilich in der Kritik.

Bestätigt wird die Richtung von Kretschmann und Al-Wazir übrigens durch einen Vorschlag von Robert Habeck, der als Spitzenkandidat zur Bundestagswahl kandidieren möchte. Habeck will zwar die Liste der sicheren Herkunftsstaaten ganz abschaffen. Stattdessen aber soll die Abschiebegeschwindigkeit über sogenannte »Schutzquoten« erhöht werden. Damit würde es »bei einer dauerhaft extrem geringen Schutzquote aus bestimmten Ländern« zu »beschleunigten Verfahren bei den Asylanträgen« kommen.[61] Damit wäre der für die Parteiseele negativ besetzte Begriff der sicheren Herkunftsstaaten entsorgt, während die damit verbundene Abweisungs- und Abschiebungspraxis erhalten bliebe.

6.2. »Staatsverwaltete Privatrente«: schwarz-grünes Signal erfreut die Finanzwirtschaft

Am 22. 12. 2015 haben die hessischen Landesminister Tarek Al-Wazir (Grüne), Stefan Grüttner und Thomas Schäfer (beide CDU) ein Positionspapier zur Einführung einer Deutschlandrente veröffentlicht.[62] Kern des Vorschlages ist es, dass die privaten Zusatzbeiträge der Arbeitnehmer, die bislang in die Riesterrente und ähnliche

[61] Zit. nach: Flüchtlingsdebatte: Grünen-Politiker Habeck will Liste der sicheren Herkunftsländer streichen. Auf: Spiegel Online vom 21. August 2015, URL: http://www.spiegel.de/politik/deutschland/robert-habeck-will-lste-sicherer-herkunftsstaaten-streichen-a-1049182.html

[62] Die Deutschlandrente – Staat soll zentralen Rentenfonds organisieren Vorschlag für einfache und sichere zusätzliche Altersvorsorge von den hessischen Staatsministern Al-Wazir, Grüttner und Schäfer vom 22. Dezember 2015, URL http://www.sozialpolitik-aktuell.de/tl_files/sozialpolitik-aktuell/_Politikfelder/Alter-Rente/Dokumente/2016_01_Deutschlandrente_Positionspapier.pdf

Anlagen fließen, in einen zentralen Rentenfonds eingezahlt werden sollen, der dies nach dem Vorbild des norwegischen Staatsfonds breit in Aktien (bis zu 60 Prozent) streut und damit eine Rendite von fünf Prozent erwirtschaftet. Angesichts der allgemeinen Kritik an der Unwirtschaftlichkeit vieler privater Vorsorgeangebote, betonen die Autoren, dass damit »das Geld, das Bürgerinnen und Bürger für ihre zusätzliche Altersvorsorge beiseitelegen, sicher vor überteuerten Angeboten« sei. Die Anlage der eingezahlten Beiträge obliege dann dem »Deutschlandfonds, einem eigenständigen zentralen Rentenfonds, der ohne eigenes Gewinninteresse auf Selbstkostenbasis arbeitet und geschützt vor politischem Zugriff« sei. Nach diesem Modell sollen die Arbeitgeber die Beiträge für diese Deutschlandrente an die Deutsche Rentenversicherung abführen, »ähnlich wie die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung«. Zugleich »sollte das bisherige ›Opt-in‹ durch ein ›Opt-out‹ ersetzt werden.« Der Arbeitnehmer muss also explizit widersprechen, dass die Beiträge bei seinem Arbeitgeber automatisch eingezogen werden.

Der Vorschlag reagiert auf das wachsende Altersarmutsrisiko und die mangelnde Attraktivität der 2001 eingeführten Riesterrente, also auf die gesellschaftspolitische Herausforderung durch die Altersarmut und wird wie in der Flüchtlingspolitik auf sozio-ökonomischer Ebene gelöst. Es ist hinlänglich belegt, dass die Riester-Rente zu einer Verschärfung der verteilungspolitischen Schieflage beiträgt: Geringverdienende können sich die zusätzliche Altersvorsorge nicht leisten. Besserverdienende hingegen nutzen die Riester-Rente vor allem als steuerliches Abschreibungsinstrument und sind auf diese gar nicht angewiesen. Mehr als ein Jahrzehnt nach der Einführung der Riester-Rente (2013) hatte weniger als die Hälfte der Förderberechtigten einen Vertrag abgeschlossen, wobei mehr als drei von 15,7 Millionen Verträge ruhend gestellt sind.[63] Der Vorschlag der schwarz-grünen Politiker ist in mehrfacher Hinsicht ein politisches Signal:

Erstens soll die soziale Schieflage der Rentenpolitik nicht beseitigt werden, der Vorschlag bekräftigt die strukturelle Absenkung des Rentenniveaus und tabuisiert höhere paritätische Beiträge. Auch die Deutschlandrente müsste ganz überwiegend von den Arbeitnehmern allein finanziert werden. Geringverdienende können sich die zusätzliche Altersvorsorge nicht leisten. Besserverdienende hingegen nutzen die Riester-Rente vor allem als steuerliches Abschreibungsinstrument und sind auf diese gar nicht angewiesen.

Zweitens würde die Alterssicherung noch stärker von den Risiken auf den Kapitalmärkten abhängig werden. Das wäre eine weitere Bluttransfusion für spekulative Anlagen. Die enthusiastische Begrüßung des schwarz-grünen Papiers von FAZ bis Wirtschaftswoche spricht dafür, dass diese Botschaft gut angekommen ist.

[63] Gerhard Bäcker/Ernst Kistler: Verbreitung und Nutzung der Riester-Rente. Auf: bpb vom 31. Januar 2014 URL: http://www.bpb.de/politik/innenpolitik/rentenpolitik/149343/verbreitung-und-nutzung

Drittens würde das gute Image der Deutschen Rentenversicherung (DRV) für private Anlageformen missbraucht. Eine Deutschlandrente über die DRV verwalten zu lassen, könnte sich als gefährlicher Bumerang erweisen, da die Beitragszahler kaum unterscheiden können, wie viel Geld sie in das vom Kapitalmarkt unabhängige Solidarsystem der gesetzlichen Rentenversicherung eingezahlt haben und mit welchem Teil ihrer Beiträge der »Deutschlandfonds« an der Börse spekuliert. Kommt es dann zu nicht erfüllten Renditeerwartungen oder gar Verlusten, fiele dies unweigerlich auf die DRV zurück und könnte deren Image massiv beschädigen.

Für die Bundestagswahlen 2017 wird eine klare Botschaft ausgesandt: Klientelpolitisch könnte sich Schwarz-Grün vor allem für diejenigen lohnen, die sich schon jetzt eine private Altersvorsorge leisten können, aber wegen der geringen Renditen und hohen Provisionen und Verwaltungskosten ein Problem haben. Es geht definitiv nicht um das Problem der Altersarmut. Die Lebensstandardsicherung im Alter soll in einem größeren Ausmaß als bisher auf private Vorsorge verlagert werden. Bereits in ihrem Bundestagwahlprogramm 2013 haben sich die Grünen im Unterschied zur SPD demonstrativ zur Rente mit 67 bekannt. Allerdings gab es auch Schnittmengen mit den Forderungen von SPD und LINKEN. Das betrifft vor allem die Einbeziehung der Selbstständigen in die Rentenversicherung nach dem Modell der Bürgerversicherung. Diese rot-rot-grüne Brücke würden Al-Wazir & Co gerne abbrechen.

6.3. Steuerpolitik: rechter Flügel gegen Umverteilung

Die Steuerpolitik ist sicherlich einer der Bereiche, der für künftige Koalitionen von herausgehobener Bedeutung ist. In der Auswertung der Wahlen von 2013 ist ihr eigenes Steuerkonzept vom Realo-Flügel der Partei als eine der Ursachen für die Niederlage identifiziert und damit die Positionierung auf der sozio-ökonomische Ebene links von der CDU im Bundestagswahlprogramm angegriffen worden.

Dabei geht es u. E. nicht primär um die Frage, inwieweit die Gestaltung des Spitzensteuersatzes oder die Forderung nach der Abschaffung des Ehegattensplittings die eigene Klientel verschreckt haben mag. Vielmehr haben die Grünen mit ihrem Bundestagswahlprogramm und personifiziert durch ihren Spitzenkandidaten Jürgen Trittin das Thema Umverteilung nach vorne gestellt. Und da soll es wieder weg. »Steuer- und Finanzpolitik ist zentral, aber sie ist nicht unser Markenkern«, heißt es dazu in einem Sechs-Punkte-Positionspapier aus dem Herbst 2014. Es ist von Antje Hajduk als Repräsentantin der Realos und Gerhard Schick vom linken Flügel verfasst. Zwar wird die Position künftiger Steuererhöhungen nicht geräumt. Aber nur, wenn sie zur Umsetzung grüner Projekte nötig ist.[64] Die Revision der steuerpolitischen Positionen des Bundes-

[64] Steuerstreit: Links-Rechts-Papier soll Grüne versöhnen. Auf: Spiegel Online vom 17. September 2014 URL http://www.spiegel.de/politik/deutschland/steuer-streit-gruene-planen-papier-von-realos-und-linken-a-991942.html

tagswahlprogramms von 2013 steht ganz oben auf der Agenda des rechten Parteiflügels, der in diesem Politikfeld einen beharrlichen Positionskampf mit der Parteilinken führt.

Im Juni 2015 hat der rechte Flügel ein eigenes sozial- und steuerpolitisches Positionspapier[65] vorgelegt, in dem eine Wiederbelebung der Vermögenssteuer und die Abschaffung des Ehegattensplittings nicht mehr gefordert werden. Stattdessen sollen sich die Ambitionen der grünen Sozialpolitiker in den Grenzen einer »moderaten« Erhöhung des Spitzensteuersatzes halten. Ekin Deligöz, eine der Autorinnen, bringt den Konflikt auf den Punkt. Es geht um eine Ausrichtung der grünen Steuerpolitik an Mittelstandsinteressen: »Wir haben Menschen als reich definiert, die es nicht sind. Das widersprach unseren Zielen als Grüne, nämlich dass wir die steuerliche Mittelschicht entlasten wollen.«[66]

Dieses Papier zeigt, dass die Realos den Konflikt forcieren wollen, da sie sich damit demonstrativ gegen ein bereits im Frühjahr 2015 verabschiedetes Konzept der Grünen-Landesverbände Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Niedersachsen gestellt haben. Darin nimmt die Vermögensteuer einen herausgehobenen Platz ein. Auch in der Bundestagsfraktion will man die Vermögensteuer nicht aufgeben. Ihr haushaltspolitischer Sprecher, Sven-Christian Kindler, sieht in ihr ein sozialpolitisches Instrument »im Kampf gegen materielle Ungleichheit« und für »ausreichende Transferleistungen.«[67] Im Vorfeld der für Juni 2016 erwarteten Grundsatzentscheidung zum steuerpolitischen Profil, mit dem die Grünen in den Bundestagswahlkampf ziehen wollen, prallen die Positionen der Linken und Rechten innerhalb den Grünen aufeinander. Nachdem Simone Peter als Parteivorsitzende und Anton Hofreiter als Fraktionsvorsitzender für die Vermögensteuer im Wahlprogramm plädierten, setzte sich die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Kerstin Andreae demonstrativ im »Handelsblatt« von dieser Forderung ab.[68]

Jedoch auch die Entwicklungen unterhalb dieser programmatischen Schwelle sind von Interesse, weil sie zeigen, wo sich Schwarz und Grün auch in steuerpolitischer Hinsicht recht unkompliziert die Hand reichen: In der Klientelpolitik. Ein Referenzbeispiel ist die hessische Bundesratsinitiative zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität. Nun will man eine Million E-Autos im Jahr 2020 – bei einer Flotte von über 50 Millionen Fahrzeugen sind das gerade mal 2 Prozent – als wegweisenden Beitrag zum Klimaschutz verkaufen. Das ist mehr als verlogen und nützt

[65] Ekin Deligöz, Dieter Janecek, Kerstin Andreae, Antje Hajduk, Kordula Schulz-Asche, Thomas Gambke, Kai Gehring: Gerechte Gesellschaft gestalten – Plädoyer für eine Sozialpolitik der Teilhabe URL http://gruene-reformer.de/2015/06/gerechte-gesellschaft-gestalten/

[66] Zit. nach Lisa Caspari: Realos brechen mit dem Robin-Hood-Prinzip. In: Die Zeit vom 15. Juni 2015

[67] Zit. nach Lisa Caspari: Realos brechen mit dem Robin-Hood-Prinzip. In: Die Zeit vom 15. Juni 2015

[68] Barbara Gillmann: Debatte um Vermögensteuer: Die Grünen eröffnen den Steuerstreit. In: Handelsblatt vom 17. Mai 2016

dem Klima fast nichts. Und dieses Gesetz wird daran auch nichts ändern. Das sehen übrigens auch die Verbände so, die die Elektromobilität auf deutschen Straßen voranbringen wollen. Die Grünen haben sich damit jedoch effektvoll als Lobby für die Autoindustrie positioniert, die sich von der staatlichen Förderung des Absatzes von E-Mobilen ein gutes Geschäft erhofft, weil damit vor allem eine betuchte Klientel angesprochen wird, die sich das Elektroauto als Zweit- oder Drittwagen zulegt. Für das Verhältnis von CDU und Grünen ist es bezeichnend, dass diese unverhohlene Klientelpolitik selbst Teilen der Union zu weit geht.

Als Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble unlängst signalisierte, seinen Widerstand gegen staatlich finanzierte Kaufprämien für Elektroautos aufzugeben, kam umgehend Lob vom Grünen-Fraktionsvorsitzenden Anton Hofreiter. »Wir schlagen schon lange eine Kaufprämie für Elektroautos von 5000 Euro vor.« Heftige Kritik kam dagegen vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzende der Union, Michael Fuchs. Sie sei »so ziemlich das Unsozialste, was ich mir vorstellen kann« (...). »Wer so viel Geld hat, um sich als Privatperson die Anschaffung eines Elektroautos leisten zu können, erhält obendrauf noch 5000 Euro. Und ökologisch sinnvoll ist das auch nicht.« [69]

[69] Maximilian Weingartner: Viel Lob und heftige Kritik für Elektro-Schäuble. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. März 2016

Teil III

7. Entwicklungen in den Ländern und in ausgewählten Großstädten

Die drei schwarz-grünen Koalitionen, die es bis 2016 auf Landesebene gab, Hamburg 2008, Saarland 2009 und Hessen 2014, bieten ein äußerst widersprüchliches Bild. Die Koalitionen in Hamburg und im Saarland wurden 2011 bzw. 2012 vorzeitig beendet. In Hamburg endete sie in einer für die CDU historischen Wahlniederlage, von der sie sich bis heute nicht erholt hat. Das Jamaika-Modell, d.h. die Koalition von CDU, FDP und Grünen, im Saarland steht ebenfalls für eine Koalition, die infolge der Zerfallserscheinungen in der Landes-FDP im Chaos endete.

In allen drei Ländern haben die Grünen im Wahlkampf das traditionelle rot-grüne Koalitionsmodell präferiert, um ihre Wähler zu mobilisieren. In allen drei Ländern bildete die Absage an mögliche rot-rot-grüne Regierungsmehrheiten eine der machtpolitischen Voraussetzungen für den Einstieg der Grünen in eine Koalition mit den Christdemokraten. Diese Weichenstellung ist in Hamburg und Hessen vor allem von den Sozialdemokraten betrieben worden. Im Saarland war die SPD unter ihrem damaligen Vorsitzenden Heiko Maas dagegen bereit, das erste Mal auch in einem westlichen Bundesland in eine Koalition mit der LINKEN einzutreten, während der grüne Landesvorsitzende Hubert Ulrich diesen Weg auf einem Landesparteitag im Oktober 2009 blockierte. Eine deutliche Mehrheit des Parteitages stimmte gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit SPD und der LINKEN, um eine Koalition mit CDU und FDP anzustreben.

Mit der Entscheidung, das Bündnis mit der CDU zu suchen, haben die Grünen in allen drei Ländern Weichenstellungen vollzogen, die zur Erosion der gesellschaftlichen Mehrheitsfähigkeit linker Koalitionsmodelle beigetragen haben. Hamburg 2008 ist dabei als der Impulsgeber anzusehen. »In der Folge sind sowohl die Grünen im Saarland als auch in Schleswig-Holstein ohne eindeutige Koalitionsaussage in den Wahlkampf gezogen und haben damit den Weg grüner Eigenständigkeit weiter verfolgt – ohne Wähler einzubüßen.« Zur Rechtfertigung dieses Herangehens wird seitens der Grünen das Argument bemüht, dass die Grünen damit das alte Lagerdenken überwinden und sich nunmehr »bei der Suche nach Koalitionspartnern ausschließlich an Inhalten«[70] orientieren würden. Dieser Einschätzung kann nur sehr eingeschränkt gefolgt werden. Mit ihrer Absage an rot-rot-grüne Bündnisse haben die Grünen sich zugleich um eine potenzielle Unterstützung für politische Projekte gebracht, die in Partei und Wählerschaft als identitätsstiftend hochgehalten werden. Exemplarisch sollen mit Blick auf die untersuchten Länder zwei Bereiche genannt werden: Die von den Grünen angestrebte Revision von Großprojekten wie etwa des

[70] Katharina Fegebank: Schwarz-Grün in Hamburg. Ein Wagnis, das vorzeitig beendet wurde. In: Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden, 2011, S. 243

Kraftwerks in Hamburg-Moorburg und der Ausbau des internationalen Großflughafens Frankfurt. In beiden Fällen hätten die politischen Schnittmengen, die jeweils mit der LINKEN bestanden, eine erhebliche Stärkung der grünen Verhandlungsposition bedeutet. Ähnliches ließe sich zur Frage der Schulreform sagen, die für die Grünen nicht nur aus bildungspolitischen Gründen wichtig, sondern auch zentral für ihren gesellschaftspolitischen Gerechtigkeitsanspruch ist. Im Saarland und in Hamburg hatten die Grünen diesen Anspruch, das Bildungssystem im Sinne eines längeren gemeinsamen Lernens auch in den Koalitionsvereinbarungen mit der CDU unterbringen können. Im Saarland mit der Gemeinschaftsschule ab Klasse 6 und in Hamburg mit der Primarschule. Die Bereitschaft der Grünen, mit der bildungspolitisch konservativen CDU, die das sozial selektive dreigliedrigen Schulsystem verteidigt, in den Konflikt zu gehen, ist jedoch höchst unterschiedlich ausgeprägt, wie ein Blick auf Hessen zeigt. Hier haben die Grünen mit dem Euphemismus des »Schulfriedens« die Überwindung des dreigliedrigen Schulsystems ad acta gelegt.

7.1. Hamburg 2008-2015: ein Rollenwechsel und sein Preis

Der schwarz-grünen Koalition auf Landesebene ging eine Koalition von CDU und Grünen in der Bezirksversammlung in der einstmals roten Arbeiterhochburg Hamburg-Altona 2004 voraus, deren Zustandekommen auch die Regierungsbildung 2008 verstehen helfen kann. Die CDU hatte zuvor die Bürgerschaftswahl 2004 mit absoluter Mehrheit gewonnen, doch bereits damals wollte der Erste Bürgermeister Ole von Beust (CDU) die möglichen Koalitionsoptionen seiner Partei erweitern. Eine mittel- bis langfristige Alternative für den bisherigen Koalitionspartner Schill-Partei musste her, der aber wie dieser nicht direkt an die SPD gebundene Wähler für eine von der CDU geführte Koalition mitbringen konnte.[71] Deswegen müssen die Zusagen für klassisch grüne Projekte, wie der Finanzierung einer Kommunaltrasse für den Busverkehr, die Sicherung des Stadtarchivs und die finanzielle Sicherung eines Drogenraums, die die CDU auf bezirklicher Ebene einging, in diese Strategie eingeordnet werden. Die Botschaft ist bei den Grünen gut angekommen. Mit Blick auf Altona konnten sie darauf verweisen, dass mit der CDU mehr möglich war, als mit der SPD.[72]

---

[71] »Sie sind noch Kommunist? Jetzt noch?« Herrmann L. Gremliza im Gespräch mit Ole von Beust. In: konkret 1/2014, S. 16-18

[72] Bei den die Bürgerschaftswahlen 2004 begleitenden Bezirksversammlungswahlen erreichte die GAL 10, die SPD 12 und die CDU 19 Sitze. Alle weiteren Parteien verfehlten den Sprung in die Bezirksversammlung, womit sie die Möglichkeit hatten, untereinander Zweier-Koalitionen zu bilden. Die Grünen brachten dafür die Erfahrung der ersten Koalition in einer Hamburger Bezirksversammlung mit der SPD 1993 bis 1997 mit, die allerdings von inhaltlichen und persönlichen Differenzen überschattet war. In der folgenden Wahlperiode spaltete sich 1999 mit »Regenbogen – Für eine neue Linke« ein Teil der GAL-Fraktion samt Fraktionsvorsitzendem ab. Die verbliebene Fraktion der GAL begann 2001 mit der punktuellen Zusammenarbeit mit der CDU; dennoch hieß es weiter, dass Rot-Grün die natürliche Option sei. Die CDU war 2001 bis 2004 in einer Koalition mit FDP und Schill. Nachdem beide dann 2004 aus der Bezirksversammlung ausgeschieden waren, änderten sich die rechnerischen Koalitionsmöglichkeiten gravierend. Die Grünen führten Verhandlungen mit der SPD und CDU und entschieden sich dann für letztere. Maßgeblich für diese Entscheidung war die Ernsthaftigkeit des Angebots der CDU und deren inhaltliche Kompromissbereitschaft.

Im Vorfeld der Hamburger Bürgerschaftswahl 2008 haben die Grünen bereits die Möglichkeit eines Zusammengehens mit der CDU öffentlich in Erwägung gezogen. Die damalige stellvertretende Vorsitzende der grünen Bundestagsfraktion Krista Sager brachte Schwarz-Grün angesichts einer schwächelnden SPD[73] und des dem Amtsinhaber Ole von Beust (CDU) demoskopisch stark unterlegenen SPD-Herausforderers Michael Naumann ins Spiel. »Ich gehe fest von Rot-Grün aus. Sollten in Hamburg aber entgegen meiner Erwartung ähnlich wie jetzt in Hessen keine klaren politischen Verhältnisse herrschen, dann darf es keinen Automatismus hin zu einer großen Koalition geben.«[74] Die Bildung einer Regierungsmehrheit mit der LINKEN schlossen SPD und Grüne dagegen vehement aus, da diese nicht regierungsfähig sei. Diese Einschätzung folgte jedoch vor allem dem Interesse, DIE LINKE im Westen einzudämmen, ohne die landespolitischen Chancen eines solchen Bündnisses überhaupt auszuloten.

Auch in der CDU, die im Wahlkampf ebenfalls ihre klassische Koalitionspräferenz, Schwarz-Gelb, in den Vordergrund stellte, öffnete sich die Hintertür zu einem Bündnis mit den Grünen. »CDU und Grüne traten im Wahlkampf doch so auf, dass im Falle eines Falles nach dem Wahltag die Hürden für die Aufnahme von Gesprächen so niedrig wie möglich liegen würden.«[75] Vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg 2008 hatte die Landesmitgliederversammlung der Grünen beschlossen: Das Ziel ist, den CDU-Senat im Februar 2008 abzulösen. Wir kämpfen für eine rot-grüne Mehrheit in unserer Stadt. Rot-Grün-Rot ist keine Option.[76] Vor dem Hintergrund der folgenden Ereignisse kann dies nur als eine der wichtigen Weichenstellungen für Schwarz-Grün gewertet werden.

Die Grünen konnten wegen der starken Präferenz der Hamburger Wählerschaft für das tradierte rot-grüne Koalitionsmodell mit der SPD die Logik des Lagerwahlkampfes offen nicht verlassen. Und sie konnten wegen der starken Polarisierung ihrer eigenen Wählerschaft, die entgegen der politischen Stimmung in der Stadt eine Koalition mit der LINKEN einem Bündnis mit der CDU vorzog, dass Zusammengehen mit der Union nicht offensiv betreiben. Nach Erhebung von Infratest dimap präferierten zwar 30 Prozent der Bevölkerung eine klassische rot-grüne Koalition vor einem rot-rot-grünen Bündnis, dass nur 7 Prozent gefiel. In der

[73] Drei Wochen vor der Bürgerschaftswahl am 24. Februar 2008 zeichnete sich demoskopisch keine rot-grüne Mehrheit ab. Die CDU lag bei 41 Prozent, die SPD bei 33, die Grünen bei 10, DIE LINKE bei 7 und die FDP bei 5. Schwarz-Grün hatte zu diesem Zeitpunkt eine Mehrheit, Rot-Grün jedoch nicht. Rot-Rot-Grün wurde von SPD und Grünen vehement ausgeschlossen.

[74] Jörg Michel: Die Hamburger Grünen-Politikerin Krista Sager will ihre Partei für neue Bündnisse öffnen. : In: Berliner Zeitung, 2. Februar 2008

[75] Dr. Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs: Die Ergebnisse der Wahlen zur Bürgerschaft und den Bezirksversammlungen in Hamburg am 24. Februar 2008 – Wahlnachtbericht und erste Analyse, S. 6

[76] Klares Ziel für die Bürgerschaft. Beschluss der Landesmitgliederversammlung der GAL Hamburg vom 6./7. Oktober 2007

eigenen Wählerschaft der Grünen zogen jedoch 50 Prozent eine rot-rot-grüne Koalition, einem Bündnis mit der CDU vor, die immerhin 45 Prozent zu akzeptieren bereit waren. Die schwarz-grüne Koalition in Hamburg, die »lange Zeit für die Mehrheit der grünen Mitgliedschaft aber auch für unsere Wählerschaft undenkbar« war, wie die damalige Landesvorsitzende Katharina Fegebank feststellen konnte, als alternativlose Option der Regierungsbeteiligung durchgesetzt worden. In den Koalitionsverhandlungen setzten die Grünen den detailliert formulierten Kompromiss zur Schulreform für längeres gemeinsames Lernen bzw. zur Einführung der Primarschule, die Einführung einer Stadtbahn, die Schaffung großer Behörden mit grünaffinen Zuschnitten durch. Vereinbart wurde auch, dass das Kohlekraftwerk Moorburg nicht gebaut wird, zusammen »deutlich mehr grüne Inhalte, als es zu damaliger Zeit mit der SPD möglich gewesen wäre«[77], schätzten die Grünen ein. Diese grünen Kernforderungen aus dem Koalitionsvertrag wurden allerdings später nicht umgesetzt.

Für den Ersten Bürgermeister Ole von Beust war dieses Bündnis in zweierlei Hinsicht von Vorteil. Erstens konnte er damit die Sozialdemokraten aus dem Rathaus halten und die Hamburger Union als moderne Großstadtpartei präsentieren, zweitens konnte er die Grünen so dazu zwingen, dass von ihnen vor den Wahlen leidenschaftlich bekämpfte Kohlekraftwerk Moorburg zu akzeptieren. Die grüne Stadtentwicklungssenatorin Anja Hajduk persönlich musste Moorburg genehmigen und den Konflikt mit der Parteibasis und den Bürgerinitiativen führen. Zugleich zwang von Beust auch seiner Partei die Zumutung auf, in der Bildungspolitik dem grünen Projekt der Primarschule zuzustimmen. Nachdem sich dagegen massiver bürgerlicher Protest formierte, dem es gelang, durch einen Volksentscheid im Juli 2010 die Primarschule in Hamburg zu verhindern, trat Ole von Beust zurück, noch bevor das Ergebnis des Entscheids feststand.

Während von Beust die Koalition mit Fingerspitzengefühl zu führen verstand, attackierte sein Amtsnachfolger Christoph Ahlhaus den kleineren Koalitionspartner in der Manier rabiater Konservativer: »Die Grünen sind die Partei der Ideologen, Blockierer und Nein-Sager.«[78] Während von Beust als »Inbegriff des unideologischen, urbanen und liberalen Christdemokraten«[79] bestens geeignet war, politischen Kredit und Sympathien in breiten Teilen der Stadtgesellschaft zu erzeugen, mit denen er auch die Erschütterung durch den HSH-Nordbank-Skandal und den damit verbundenen Rücktritt des CDU-Finanzsenators Michael Freytag einigermaßen verkraftete, konnte der Hardliner Ahlhaus keine Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

---

[77] Katharina Fegebank: Schwarz-Grün in Hamburg. Ein Wagnis, das vorzeitig beendet wurde. In: Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden, 2011, S. 243

[78] Florian Gathmann: Schwarz-Grün in Hamburg. Zweckgemeinschaft ohne Herz. In: Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden, 2011, S. 256

[79] Florian Gathmann: Schwarz-Grün in Hamburg. Zweckgemeinschaft ohne Herz. In: Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden, 2011, S. 258

Der Rücktritt von Beust war zweifellos der Todesstoß für Schwarz-Grün in Hamburg. Er kann nicht getrennt werden von dem wachsenden Gegenwind für das schwarz-grüne Modernisierungsprojekt innerhalb der Union selbst. Das betrifft nicht nur Sabotage des Koalitionsvertrages durch die Teile der Partei, die sich an der Mobilisierung gegen die Primarschule beteiligten und ihren Ersten Bürgermeister, der sich hier koalitionstreu verhielt, gnadenlos ins Messer laufen ließen, obwohl der Landesparteitag die Koalitionsvereinbarung ohne Gegenstimme gebilligt hatte. Es betrifft zugleich das bundespolitische Umfeld in der Union, für das die von Beust betriebene begrenzte politische Lockerungsübung schon für viele zu weit ging. Die CDU hätte sich, so ein Kommentar, »unter ihrem Freiherren von Beust charmant und so konsequent um ihre Identität regiert [...], dass man heute zwar weiß, was die CDU alles nicht mehr ist, aber keine Ahnung hatte, was sie noch ist.«[80] Es ging allerdings um mehr als um den identitätsstiftenden bürgerlich-konservativen Abscheu gegen längeres gemeinsames Lernen, sondern auch um eine inzwischen weithin vergessene Weichenstellung in der Bundespolitik, die unionsinternen Gegnern von Schwarz-Grün stark Oberwasser gab.

Mit der umwelt- und energiepolitischen Kampfansage der damaligen schwarz-gelben Koalition von 2010, die Laufzeiten der deutschen Atomkraftwerke zu verlängern, passte ein Bündnis mit den Grünen nicht mehr in die politische Landschaft, was sich wenige Wochen nach der Hamburger Bürgerschaftswahl mit der Atomkatastrophe von Fukushima am 11. März 2011 und der Abkehr der Kanzlerin Angela Merkel von der alten Atompolitik wieder ändern sollte.

Hundert Tage nach dem Rücktritt von Beust, kündigten die Grünen die Koalition. Anlass für den Ausstieg war der Rücktritt des CDU-Finanzsenators Carsten Frigge, gegen den die Staatsanwaltschaft Mainz im Zusammenhang mit der unzulässigen Verwendung von Mitteln der CDU-Landtagsfraktion in Rheinland-Pfalz ermittelte.[81] Während der Rücktritt von Ole von Beust zweifellos die wichtigste, wenn nicht einzige Stütze der Koalition erschütterte, erwies sich sein Amtsnachfolger Ahlhaus letztendlich als Glücksfall für die Grünen.

Ahlhaus gab den Blick frei auf eine derangierte Landes-CDU, die nun praktischerweise für alle Probleme in der Stadt verantwortlich gemacht wurde. Die Misere der CDU, die bei den vorgezogen Neuwahlen 2011 von 42,6 auf 21,9 Prozent abstürzte, war der willkommene Schatten, mit dem sich die Grünen von ihrer eigenen Misere absetzen konnten. Ihr zentrales Projekt, die Primarschule war gescheitert, und die von ihnen bekämpften Großprojekte wie die Moorburg und die Elbvertiefung florierten. Dafür haben die Grünen am Ende im Jahr 2011 mit 11,2 Prozent ein optisch besseres Wahlergebnis bekommen als 2008, dank der

[80] Deutscher Alltag. In: Süddeutsche Zeitung vom 21. Februar 2011

[81] Frank Pergande: Das endgültige Ende der Ära von Beust. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. November 2010

breiten Schultern des Unsympathen Ahlhaus, hinter dem sie in Deckung gehen konnten. Aus Sicht der Union mag Schwarz-Grün in Hamburg ein Desaster sein. Dies lag aber vor allem an der schlechten Performance ihres Personals und der Unfähigkeit, das in der Bevölkerung der Stadt wichtigste Problem, die Qualität des Bildungswesens, auch im Interesse derjenigen anzugehen, die ihre Kinder nicht aufs Gymnasium schicken. Der bürgerliche Sieg beim Volksentscheid gegen die Primarschule hat sich somit als Pyrrhus-Sieg erwiesen.

Für die Grünen gilt der Wahlausgang vom Februar 2011 als Niederlage. »Die Enttäuschung war groß ... , als am Wahlabend ... der Balken bei den Hochrechnungen nicht höher gehen wollte«, kommentiert Fegebank die Stimmung in einer Partei, die gerade in ihren selbsterklärten Kernprojekten in der Bildungspolitik und der Umweltpolitik gescheitert war. Angesichts des »durch die Decke gehenden Bundestrends der Partei« rechnete man offenbar nicht damit, für das eigene Versagen einen Denkzettel vom Wähler zu bekommen. Der Rollenwechsel der Grünen – von der parlamentarischen Repräsentantin der mit den Großprojekte Unzufriedenen zur Vertreterin der Zufriedenen – hatte eben seinen Preis. Der Phantomschmerz über das Wahlergebnis wirft ein bezeichnendes Licht auf die Haltung der Grünen zur Belastbarkeit ihrer Wählerschaft. Wollten sie für ihren umweltpolitischen Kurswechsel noch belohnt werden? Das Wahlergebnis von Schwarz-Grün und der damit verbundene Rollenwechsel der Grünen stellt eine Sollbruchstelle innerhalb des eigenen Elektorates dar, so wie dies 2004 in der Böll-Stiftung richtig prognostiziert worden ist. Allerdings gilt dies auch für Teile der CDU und das bürgerliche Spektrum insgesamt, für die die Grünen in ihrer Kooperation mit der CDU und im Vergleich mit deren strauchelnden Personal als Alternative erschienen war. »Auch wenn sich Stammwähler bzw. die klassischen rot-grün-Wähler von uns abgewendet haben, konnten wir gerade im bürgerlichen Spektrum neue Sympathisanten gewinnen«,[82] resümiert Fegebank.« Die Analyse der Wählerwanderungen[83] bestätigt diese Einschätzung, dass die Grünen infolge ihrer Rolle im Bündnis mit der CDU massiv alte Wähler verloren haben, doch auch neue hinzugewinnen konnten. Im Vergleich zu 2008 wandten sich 27.000 Wählerinnen und Wähler anderen Parteien zu. Da die Grünen jedoch zugleich 24.000 Stimmen von anderen Parteien gewinnen konnten, fallen die Verluste insgesamt nicht so hoch aus, vor allem, weil hinsichtlich der Wählerwanderungen im bürgerlichen Spektrum, sich ca. 7000 Wähler der Union und der FDP für die Grünen entschieden haben. Die zweite Besonderheit besteht in der großen Anzahl der grünen Wähler, die ins Nichtwählerspektrum abgewandert sind, was aber durch den Zuzug neuer Wähler kompensiert worden ist.

[82] Katharina Fegebank: Schwarz-Grün in Hamburg. Ein Wagnis, das vorzeitig beendet wurde. In: Kronenberg, Volker/Weckenbrock, Christoph (Hrsg.): Schwarz-Grün. Die Debatte. Wiesbaden, 2011, S. 245

[83] Viola Neu: Bürgerschaftswahl in Hamburg am 20. Februar 2011. Konrad-Adenauer-Stiftung, Wahlanalyse Tabellenanhang, Berlin 2011, S.10

Wählerstromkonto Grüne Bürgerschaftswahl Hamburg 2011

Austausch mit	Zustrom	Abstrom	Saldo
CDU	7.000	1.000	**+ 6.000**
SPD	12.000	19.000	**- 7.000**
Linke	2000	4.000	**- 2.000**
FDP	1.000	0	**+ 1.000**
Andere	1.000	3.000	**- 2.000**
Summe ü. Parteien	23.000	27.000	**- 4.000**
Nichtwähler	8.000	14.000	**- 6.000**
Erstwähler/Verstorbene	3.000	1.000	**+1.000**
Zu-/Fortgezogene	14.000	3.000	**+11.000**
Wählerströme insg.	48.000	45.000	**+ 3.000**
Wählerstamm	29.000	29.000	
Wählerbilanz 2011 – 2008	77.000	74.000	**+ 3.000**

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung 2011

Aus Sicht der Grünen, die die Partei auf keinen Fall links von der SPD positioniert sehen wollen, haben die Grünen 2011 in Hamburg 10.000 Wähler nach links verloren. Aus Sicht der LINKEN hat sich dieser Trend 2015 noch verstärkt und auf die Wählerschaft der SPD ausgedehnt. Eine Kernfrage ist dabei, dass es DIE LINKE in Hamburg verstanden hat, das Thema der sozialen Gerechtigkeit mit der Stadtentwicklungspolitik und den damit verbundenen Großprojekten zu verbinden. Damit wurde DIE LINKE auch nach dem Regierungsantritt des rot-grünen Senates nach den Bürgerschaftswahlen 2015 zum Partner für stadtentwicklungspolitische Initiativen, die sich nicht zuletzt durch die Unterstützung der umstrittenen Olympia-Bewerbung Hamburgs weiter von der einstmals präferierten Partei entfremdeten. Die Niederlage des rot-grünen Senats beim Olympia-Referendum am 29. November 2015 verweist erneut auf den Rollenwechsel der Grünen, die als Regierungspartei auf der anderen Seite der Barrikade standen.

Schwarz-Grün selbst mag von der grünen Wählerschaft mehr oder weniger geduldet sein. Es ist aber vor allem ein Symbol für einen gesellschaftspolitischen Rollenwechsel der Grünen, der zur Sollbruchstelle für sie wird. Solange die Grünen den Verlust linker Teile ihrer Wählerschaft anderweitig kompensieren können, ist dies für eine machtpolitisch kühl kalkulierende Partei wie die Grünen ein nachrangiges Problem.

Die Hamburger CDU ist der eigentliche Looser dieser Entwicklung, weil sie mit dem unter Ahlhaus eingeleiteten Schwenk zum konservativen »back to the roots« in die Isolation abgetrieben ist und bei den Bürgerschaftswahlen 2015 ihr desaströses Ergebnis von 2011 nochmals unterbot. Sie gab ca. 6 Prozent an die AfD ab, und landete bei 15 Prozent.

Für DIE LINKE hingegen ist dies, wie nicht nur das Hamburger Beispiel zeigt, eine strategische Frage. Die Hamburger LINKE konnte 2011 einen positiven Wählersaldo gegenüber den Grünen in Hamburg verzeichnen. Dieser Trend setzte sich mit den Bürgerschaftswahlen vom Februar 2015 fort. DIE LINKE gewinnt »sowohl von der SPD als auch von den Grünen jeweils 4.000 Stimmen (...) Gegen den Trend konnte sie 3.000 Nichtwähler aus dem Nichtwählerlager mobilisieren, wie die Adenauer-Stiftung aufmerksam registrierte.[84] Das Hamburger Bespiel zeigt, dass Schwarz-Grün in den Großstädten Erosionsprozesse innerhalb der Wählerschaft beider Parteien auslöst, von denen primär zunächst die SPD profitiert. In geringerem, aber für die Partei relevantem Maße, kann auch DIE LINKE davon profitieren, wenn die Grünen ihre Rolle als bevorzugter Partner der gegen umstrittene Großprojekte gerichteten Bürgerinitiativen einbüßen.

7.2. Hessen seit 2014: schwarz-grünes Crossover

Die Aufnahme von Koalitionsgesprächen von Grünen und CDU in Hessen lösten zwar medial eine Sensation aus, für die Grünen, die bereits in Hamburg deutlich gemacht hatten, dass sie nicht mehr geneigt sind, bei mangelnden rot-grünen Mehrheiten der SPD den Vortritt in eine Regierung mit den Christdemokraten zu lassen, war dies für sie im Grunde genommen »business as usual«.

Den Weg in diese Konstellation hatte allerdings die SPD geöffnet, die zwar nach den Landtagswahlen im Herbst 2013 formal Sondierungsgespräche mit LINKEN und Grünen begonnen hatte, jedoch kein wirkliches Interesse an dieser Dreier-Koalition mit der ungeliebten LINKEN zeigte. Der taktische Umgang mit der LINKEN war dem Umstand geschuldet, dass SPD und Grüne im Wahlkampf erneut darauf gesetzt hatten, DIE LINKE aus dem Parlament zu halten und damit zum dritten Mal gescheitert waren. Beide hatten in ihrem Wahlkampf das alte rot-grüne Modell aus Mobilisierungsgründen propagiert, und kamen nicht umhin, zumindest Sondierungsgespräche mit der LINKEN aufzunehmen, waren aber ansonsten zu keinen politischen Konzessionen bereit. Die SPD verhandelte dabei auf Scheitern, um dann als starker Partner in eine große Koalition mit der hessischen CDU einzusteigen. Dabei unterschätzte der Architekt dieses durchsichtigen Manövers, SPD-Fraktionschef Thorsten Schäfer-Gümbel, die handfeste Abneigung von CDU und Grünen gegen genau diese Aussicht krass.

[84] Viola Neu: Bürgerschaftswahl in Hamburg am 15. Februar 2015. Wahlanalyse Konrad-Adenauer-Stiftung, Berlin 2015, S.10

Die Interessen der CDU und der Grünen ergänzten sich in mehr als einem Punkt. Zunächst wäre die Verteilungsbilanz der ministeriellen Ressorts für beide Parteien im Falle einer Großen Koalition ungünstig ausgegangen. Während die CDU deutlich mehr Ministerien an die relativ starke SPD hätte abtreten müssen, wären die Grünen komplett leer ausgegangen. Diese einleuchtende Rechnung vor Augen, besannen sich beide schnell eines Besseren und ließen die SPD lieber komplett leer ausgehen. Aus Sicht der CDU wäre die gewerkschaftlich gut verankerte hessische SPD für die CDU kein pflegeleichter Partner für die Sparpolitik im öffentlichen Dienst gewesen, während die Grünen-Fraktion den unschlagbaren Vorteil aufbieten konnte, keine engen personellen Bindungen an die Gewerkschaften zu haben. Mit der SPD wäre für die CDU zweifellos die Erweiterung des internationalen Großflughafens Frankfurt am Main problemlos zu managen gewesen, die Grünen hatten jedoch bereits in Hamburg ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, ihre Grundsatzpositionen in dieser Frage sehr flexibel zu revidieren.

Vor allem stellten die Grünen einen Koalitionspartner dar, in dessen Rollenverständnis keine störende sozialpolitische Konfliktbereitschaft vorgesehen war und ist. Das ist ein gravierender Unterschied zur SPD. Zudem hatten die Grünen in ihrem Landtagswahlprogramm für Hessen eine klassische Konfliktlinie in der Bildungspolitik geräumt, die Forderung nach der Überwindung des gegliederten Schulsystems. »Wir werden diesen Schulkampf nicht fortsetzen«, heißt es dazu im Programm. Da es in Deutschland, anders als in anderen Ländern, »keinen breiten Konsens über die Schulstruktur« gebe, sollte dieser Konflikt nicht »mittels knapper parlamentarischer Mehrheiten« entschieden werden. Eine Landesregierung mit grüner Beteiligung wird der Opposition die Hand zu einem Schulfrieden reichen.«[85] Die Schulentwicklung in Hessen soll für die nächsten zehn Jahre verbindlich in einer Vereinbarung festgeschrieben werden. In der Koalitionsvereinbarung wird diese Rücknahme des grünen Gestaltungsanspruches fundamentiert: »Wir werden keine Schulform abschaffen, die von den Eltern vor Ort akzeptiert wird. Daher werden wir sowohl einem gegliederten Schulwesen als auch Schulen, in denen länger gemeinsam gelernt wird, verlässlich ausstatten und ihnen pädagogische Weiterentwicklungen ermöglichen.«[86] CDU und Grüne haben sich jedoch auch auf bestimmte materielle Gestaltungsspielräume verständigt, so sollen die infolge des Rückgangs der Schülerzahlen bis 2019 frei werdenden Lehrerstellen für »Verbesserungen« genutzt werden, das betrifft jedoch nicht nur die öffentlichen Schulen, sondern auch die Privatschulen. Der »Schulfrieden« ist zwar als Deal gut geeignet, die schwarz-grünen Klientelinteressen zu befriedigen, sorgt aber keineswegs für sozialen Frieden. So kritisiert der Vorsitzende des Landeselternbeirats Reiner Pilz,

[85] Hessen will den Wechsel. Das Grüne Regierungsprogramm 2014-2019 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Hessen. Beschluss der Landesmitgliederversammlung vom 25. Mai 2013, S. 31

[86] Verlässlich gestalten – Perspektiven eröffnen. Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU Hessen und Bündnis 90/Die Grünen Hessen für die 19. Legislaturperiode des hessischen Landtages 2014-2019 vom 23. Dezember 2013 S.30

das für die Bildung in Hessen keine zusätzlichen Mittel bereitgestellt werden, sondern durch »Kürzungen von Lehrerstellen in der Grundschule und gymnasialen Oberstufe nur Schulformen und Bildungswege gegeneinander ausgespielt werden.«[87] Zugleich steht Schwarz-Grün für eine restriktive Besoldungspolitik im öffentlichen Dienst. Für 2015 wurde den Landesbeamten eine Nullrunde verordnet, die Tariferhöhungen für Landebeschäftigten für 2016 (2,4 Prozent) wurden noch nicht einmal zur Hälfte (1 Prozent) an die Landesbeamten weiter gegeben.

Schwarz-Grün in Hessen ist zugleich auch an der Auswirkung der Regierungsbeteiligung auf die von der Partei langjährig bekämpften Großprojekte zu messen. Auch hier wiederholt sich die Rollenverteilung nach dem Hamburger Modell. Die Grünen bekommen unverbindliche Kompromisse im Koalitionsvertrag und die Zuständigkeit für den Konflikt mit den Bürgerinitiativen.

In diesem Falle hieß das, dass der Bedarf für das umstrittene dritte Terminal des Frankfurter Flughafens nochmals geprüft werden sollte. Wenig überraschend ist dennoch seit Herbst 2015 mit dem Bau begonnen worden. Angesichts der inzwischen 50-jährigen Protestgeschichte gegen den Flughafenausbau ist der Rollenwechsel der Grünen von prominenten Repräsentanten des Protestes zum Vertreter von Fraport eine gesellschaftspolitische Zäsur, die sie permanenten Angriffen nicht nur der Bürgerinitiativen, sondern auch der LINKEN aussetzt. Das betrifft nicht nur das Thema Ausbau, sondern auch den Lärmschutz und das Nachtflugverbot, welche die Grünen als politische Rückzugspositionen bezogen hatten. In der Landtagsdebatte zur Zweijahresbilanz der Koalition warf die Fraktionsvorsitzende der LINKEN den Grünen vor, in der Flughafenpolitik ihr Programm »komplett in die Tonne getreten« zuhaben. Terminal 3 werde gebaut, statt eines achtstündigen Nachtflugverbots gebe es nur eine »Lärmverschiebung.«[88]

Allerdings verkennt auch die Opposition nicht, dass Schwarz-Grün in Hessen eigene Akzente in der Flüchtlingspolitik setzt. »Die hessische CDU setzt sich bewusst von der Konfrontationspolitik Seehofers ab, was für den ausgesprochen rechten Landesverband beachtlich ist«, stellt Jeanine Wissler fest. Das geschähe durchaus mit Blick auf die Bundestagwahlen 2017. Durch dieses Agieren falle es den Hessischen Grünen zugleich leichter, ihre Kompromissbereitschaft bei weiteren Einschränkungen des Asylrechts im Bundesrat politisch zu vertreten.[89] SPD-Fraktionschef Schäfer-Gümbel lobt die Bereitschaft der Koalition, bei der Flüchtlingspolitik mit der Opposition zusammenzuarbeiten.[90] Ansonsten mag

[87] Wir bleiben dran! Aktionstag am 3. März 2016. Presseinformation der GEW vom 4. März 2016

[88] Jutta Rippegather: Opposition rechnet mit Schwarz-Grün ab. In: Frankfurter Rundschau vom 19. Januar 2016

[89] Interview mit Janine Wissler im Februar 2016

[90] Jutta Rippegather: Opposition rechnet mit Schwarz-Grün ab. In: Frankfurter Rundschau vom 19. Januar 2016

Schäfer-Gümbel wenig Gutes an der Koalition erkennen, die für »Stillstand« im Lande sorge, deren offenkundiges Hauptmanko wohl aber darin bestehe, dass die SPD in ihr fehle.

Die Grünen haben dagegen nicht nur aus landespolitischen Gründen ein Interesse, das Bündnis mit der CDU als Erfolgsgeschichte zu verkaufen. Ebenso wie Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) hat auch der Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) ein mögliches Bündnis nach den Bundestagswahlen fest im Blick. Dafür spricht auch, dass sie Hessen zu einem Labor des schwarz-grünen Crossovers machen. Dafür steht nicht nur das gemeinsame Positions-Papier von CDU-Ministern und Al-Wazir zur Rentenpolitik, sondern die zahlreichen Bundesratsinitiativen in bundespolitisch relevanten Bereichen, wie der Steuerpolitik und der Innenpolitik.

Hessen habe gezeigt, dass man mit der CDU »eine neue, eine andere, eine grüne Politik machen« könne. Dafür sprechen nach seiner Ansicht 123 neue Windenergieanlagen und 45 Millionen Euro zur Steigerung der Energieeffizienz sowie eine kostenlose Energieberatung für kleine und mittlere Unternehmen. Beim Frankfurter Flughafen habe die Bekämpfung des Fluglärms »endlich den Stellenwert, den sie verdient.« Und »ganz besonders stolz« könnten die Grünen »auf Erfolge in der Sozialpolitik sein: Wir haben die Kürzungen der CDU-Regierung Koch für Frauenhäuser, Schuldnerberatungsstellen und andere Projekte zurückgenommen«. Natürlich hätten die Grünen auch Kröten schlucken müssen, beim Autobahnbau und beim Flughafen. Wobei er hier den »hochdefizitären Regionalflughafen Kassel-Calden« meint, den die Grünen schließen wollten und jetzt erst einmal weiterbezahlen. Aber mal ehrlich, fährt Al-Wazir fort, »wäre das mit der SPD anders gewesen?« Dieser selbstgenügsamen Auflistung landespolitischer Aspekte der Koalition stellt Al-Wazir die aus seiner Sicht bundespolitisch beispielhafte Meisterung der Flüchtlingskrise durch die Hessische Regierung gegenüber. »Schwarz-Grün nahm die historische Herausforderung an. [...] Kein einziger Flüchtling musste in Hessen auf der Straße schlafen. Wie ein Blick nach Berlin zeigt, war das nicht überall selbstverständlich.« Darüber hinaus verweist er auf einen »umfassenden Plan zur Integration« nach dem mit über einer Milliarde Euro mehr für Sprachförderung und Lehrer, Wohnungsbau, mehr Polizei, zusätzliche Prävention, mehr Unterstützung der Kommunen getan werde.[91] Der politische Subtext zielt auch hier auf 2017: Schwarz-Grün ist handlungsfähig, wo Schwarz-Rot zerstritten ist.

7.3. Baden-Württemberg: Der grüne Weg in eine große Koalition neuen Typs

Als 1984 Rezzo Schlauch bemerkte, dass die Grünen auch »schwarze Kröten schlucken müssen«, führte diese Beschreibung einer künftigen politischen Rolle zu erheblichem Widerspruch in der Bundespartei bis in die Gegenwart. Der Baden-Württembergische Landesverband der CDU war traditionell konservativ wenn nicht

[91] Tarek Al-Wazir: Schwarz-Grün ist eine Erfolgsgeschichte. In: Frankfurter Rundschau vom 17. Januar 2016

noch mehr rechts, pars pro toto: Als Ministerpräsident Günther Oettinger seinem Vorgänger im Amt attestierte »Hans Filbinger war kein Nationalsozialist. Im Gegenteil: Er war ein Gegner des NS-Regimes. Allerdings konnte er sich den Zwängen des Regimes ebenso wenig entziehen wie Millionen andere« warf ihm der Historiker Paul Nolte Geschichtsfälschung vor und forderte von Angela Merkel eine Entschuldigung bei den Opfern des Nationalsozialismus, die Oettinger erst dann auch leistete.

Mit dem Wahlsieg ihres Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann ist es jetzt die CDU, die die Kröte der Niederlage in ihrem Stammland zu schlucken hat. Die Grünen haben sich in Baden-Württemberg als eine Partei mit einem Führungsanspruch im bürgerlichen Lager etabliert. Sie gewannen mehr als 109.000 Stimmen von der CDU[92], zwei Drittel der Bevölkerung präferierten Kretschmann als Ministerpräsidenten, 87 Prozent der Anhänger der CDU zeigten sich mit seiner Arbeit zufrieden. Der Abgrenzungskurs des CDU-Spitzenkandidaten Wolf gegen die Asylpolitik der Kanzlerin mit der mehr als die Hälfte der Unionsanhänger (54 Prozent)[93] einverstanden war, verschärfte die Spaltung des CDU-Elektorates und konnte von den Grünen geschickt für die eigene Wahlstrategie genutzt werden, in der Kretschmann als der modernere und bessere Konservative sowie Landesvater inszeniert wurde.

Die von CSU-Chef Horst Seehofer vorangetriebenen permanenten Konflikte in der Unionspitze und in der Koalition bildeten für diese Strategie der Grünen die große Projektionsfläche, auf der Kretschmann als politische Alternative für verunsicherte Merkelanhänger präsentiert werden konnte. Auch thematisch haben die Grünen im Wahlkampf massiv um konservative und liberale Wähler geworben. Mit Slogans wie »Wir bauen auf Familien«, grünes Wachstum (»Unser Erfolg ist erneuerbar«) und wirtschaftlicher Liberalismus (»Wissen ist unser Kapital«, »Innovation ist unsere Natur«) konnten diese Milieus erfolgreich angesprochen werden.[94] Über viele Jahre hinweg hat sich die CDU als »die Baden-Württemberg-Partei« inszeniert, bei der Präsentation ihres Wahlprogramms im Herbst 2015 haben sich die Grünen genau diesen Slogan gekapert. Die Grünen haben in Baden-Württemberg langfristig auf die Konkurrenz um konservative Milieus gesetzt und auf das Eindringen in CDU-Hochburgen auch außerhalb des urbanen Milieus der Grünen. Die CDU-Konkurrenz wurde dabei immer als wieder als orientierungs- und konturlos attackiert. Bereits auf dem kleinen Landesparteitag im Mai 2014 sagte Kretschmann über die christdemokratische Konkurrenz: »Sie weiß nicht, was sie will, wofür sie steht, was ihre Werte sind.«[95]

[92] tagesschau.de/Infratest.dimap. Stand 23:30

[93] Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs/Andreas Stahl: Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016. Wahlnachtbericht und erste Analyse, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2016, S. 12

[94] Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs/Andreas Stahl: Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016. Wahlnachtbericht und erste Analyse, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2016, S.39

[95] Zitiert nach Reiner Ruf: Parteitag der Südwest-Grünen: Immer feste druff auf die CDU. In: Stuttgarter Zeitung vom 10. Mai 2014

Diese Polarisierung in Richtung CDU war weniger auf eine programmatische Differenz, als auf das machttaktische Kalkül zurückzuführen, die Union als Staatspartei in Baden-Württemberg abzulösen. Baden-Württemberg steht exemplarisch für den Annäherungsprozess zwischen beiden Parteien. Zusammen mit den weiteren baden-württembergischen Grünen Fritz Kuhn (OB Stuttgart), Reinhard Bütikofer, Boris Palmer (OB Tübingen) und Cem Özdemir wurde diese Machtoption seit Jahren gefördert. Auch die Landes-CDU hat viele Protagonisten dafür: der Stuttgarter OB Manfred Rommel bemerkte auf Grund der Erfolge der Grünen Anfang der 80er, dass in den Familien der CDU-Wähler und Politiker »mindestens Eine oder Einer sei, der die Grünen gewählt habe«. Die Ministerpräsidenten Lothar Späth, Fritz Teufel und Günther Oettinger setzten diesen Kurs – gegen die Bundespartei – fort. 1992 gab es erstmals auf Länderebene Sondierungsgespräche zwischen den Grünen und der CDU, 2006 ebenfalls. Stefan Mappus brach mit dieser Modernisierer-Tradition, erklärte die Landtagswahl 2011 zur Abstimmung über Stuttgart 21 – und verlor auf Kosten der Grünen. Auch nach der für die CDU verlorenen Landtagswahl signalisierte der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende im Stuttgarter Landtag, Peter Hauk, seine Bereitschaft zu Sondierungsgesprächen mit den Grünen. Bereits zu dieser Zeit favorisierte Kretschmann eine Koalition mit der SPD, gegebenenfalls mit der FDP, aber auf keinen Fall mit den LINKEN. Für eine Positionierung der Grünen »zwischen der SPD und der LINKEN« sieht der Ministerpräsident »keinen Platz«.

Das im Mai 2016 geschlossene Bündnis zwischen CDU und Grünen in Baden-Württemberg ist eine große Koalition neuen Typs. Nicht nur weil die beiden stärksten Parteien über eine Mehrheit von ca. 57 Prozent der Stimmen verfügen, sondern weil zwei bürgerliche Parteien die Mehrheit der Stimmen der Arbeitnehmer und der Rentner auf sich vereinen.[96] So sehr die Grünen sich dies auch wünschen, ist es höchst unwahrscheinlich, dass es der Partei gelingt, diese Breitenwirkung auf andere Bundesländer und den Bund zu übertragen. Vor allem aber, weil die Union unter Kretschmann einen machtvollen Ressortzuschnitt erreichen konnte, der in einer vergleichbaren Konstellation mit der SPD kaum möglich gewesen wäre. Dieser für die Politik der CDU so günstige Umstand sei »machtpolitisch« für die CDU in Baden-Württemberg »eine schöne Fügung.«[97]

Die grün-schwarze Koalition hat ihre Basis in den sozialen Verhältnissen des südwestdeutschen Bundeslandes. »Was in Baden-Württemberg passiert, ist keine Revolution und auch kein politisches Projekt. Es ist vor allem die gesellschaftliche Manifestation eines gewissen Wohlstands, den es ja in vielen Ecken Deutschlands

[96] Arbeiter: 27 Prozent CDU, 24 Prozent Grüne, Angestellte 25 Prozent CDU, 36 Prozent Grüne (Nach Angaben der Forschungsgruppe Wahlen), Rentner: 32 Prozent CDU, 29 Prozent Grüne (Nach Angaben von Infratest dimap)

[97] Jochen Arntz: Eine Koalition des Wohlstands. In: Frankfurter Rundschau vom 31. März 2016

immer noch gibt. Und zwar im Westen eher als im Osten der Republik.«[98] Auf dieser Basis ist der Koalitionsvertrag ein Dokument ausbalancierter Interessen. Die CDU, die sich in Baden-Württemberg für eine traditionelle konservative Bildungspolitik stark gemacht hat, erhält zwar das Bildungsressort, muss aber den Ausbau der Gemeinschaftsschulen schlucken. Außerdem sollen junge Familien, die ihre Kinder im letzten Jahr vor der Grundschule in den Kindergarten schicken, monatlich mit 75 Euro gefördert werden. Für die technische Ausrüstung der Polizei sollen 100 Millionen Euro eingesetzt werden, außerdem wird die Schaffung von 1.500 zusätzlichen Stellen bei der Polizei in Aussicht gestellt. Damit wird das von der CDU übernommene Innenresort in einem erheblichen Maße aus der Haushaltskonsolidierung herausgelöst. Das Innenministerium soll auch für Migrations- und Asylpolitik und Digitalisierung zuständig sein. Das einstmals SPD-geleitete Integrationsministerium wird abgeschafft. Die CDU hat sich neben dem Bildungs- und Kulturressort und dem Innenressort auch das Wirtschaftsministerium gesichert, das zu einem Superministerium erweitert wird, das die Bereiche Städtebau, Arbeit, Wohnen und Baupolitik umfasst. Hinzu kommt das Justizministerium. Damit hat sich die CDU über den Ressortzuschnitt nicht nur den Zugriff auf einen großen Teil des Investitionsetats und der Wirtschafts- und Arbeitsmarktfördermittel gesichert, mit den Bereichen Inneres und Bildung kontrollieren ihre Ministerien auch die beiden größten Personalkörper der Landesverwaltung. Darüber hinaus geben die Grünen das Landwirtschaftsministerium an die CDU ab, die damit in ihrer traditionellen Rolle als Interessenvertreterin des ländlichen Raumes gestärkt wird und worauf die Grünen selbst als kleinerer Partner in Regierungen sehr selten verzichtet haben.

Die Grünen haben mit dem Finanzministerium die personelle Verantwortung für die Haushaltssanierung und einen harten Sparkurs übernommen, der Einsparungen im Volumen von 1,8 Milliarden Euro vorsieht. Ansonsten haben sie in der Koalition eher die Ressorts mit »weichen« Themen übernommen: Soziales, Wissenschaft und Kunst. Darüber hinaus besetzen sie die Ressorts, die für ihre Kernthemen wichtig sind: Umwelt- und Energiepolitik sowie Verkehr. Sie setzen in der öffentlichen Wahrnehmung mehr auf den Kretschmann-Faktor, als auf ihr institutionelles Gewicht in der Regierung. Dies ist jedoch nicht zu unterschätzen, da sich Kretschmann mit dem Thema Digitalisierung der Wirtschaft zugleich auch ein wichtiges Zukunftsthema gesichert hat. Auch die SPD hatte in Baden-Württemberg einen für sie durchaus vorteilhaften Ressortzuschnitt, konnte sich aber gegen den omnipräsenten Kretschmann kaum profilieren.

Das politische Gewicht von Baden-Württemberg in der Bundespolitik der Grünen wird dagegen weiter gestärkt. Das betrifft insbesondere den abweichenden Kurs in der Innen- und Asylpolitik. Im Koalitionsvertrag ist nunmehr die Unterstützung

[98] Jochen Arntz: Eine Koalition des Wohlstands. In: Frankfurter Rundschau vom 31. März 2016

der »Vernetzung von nationalen und europäischen Sicherheitsdatenbanken bei der Terrorismusbekämpfung« ebenso festgelegt, wie das Votum für Strafrechtsverschärfungen bei Angriffen auf Polizeibeamte und andere Amtsträger.[99] Exemplarisch ist in dem Vertrag auch die Annäherung beim Thema »sichere Herkunftsstaaten« fixiert:

> »Die im Bundesrat anstehende Entscheidung über die Erweiterung des Kreises der sicheren Herkunftsstaaten um die Maghreb-Staaten Algerien, Tunesien und Marokko werden wir unterstützen, falls die entsprechenden hohen verfassungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen.«[100]

Noch im Jahr 2014 hatte der damalige grüne Landesvorsitzende Oliver Hildenbrand, die Forderung der baden-württembergischen CDU zurückgewiesen, der Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten im Bundesrat zuzustimmen. Dabei ging er auch mit dem CDU-Landesvorsitzenden Thomas Strobl hart ins Gericht: »CDU-Landeschef Thomas Strobl ist ein populistischer Zyniker. Er spielt unterschiedliche Flüchtlingsgruppen schamlos gegeneinander aus. (...) Um sich als konservativer Hardliner darzustellen, schreckt er auch vor einer kaltherzigen Politik auf dem Rücken von Schutzsuchenden nicht zurück.«[101] Heute ist Strobl einer der Architekten der Koalition mit den Grünen.

7.4. Rheinland-Pfalz 2016: kleines grünes Licht in der Ampel

Konnten die Grünen in Baden-Württemberg ihren Wahlkampf von einer Position der Stärke aus führen, waren die Grünen in Rheinland-Pfalz auf ihre Rolle als Juniorpartner reduziert, der in dem Zweikampf zwischen der amtierenden Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) und ihrer CDU-Herausforderin Julia Klöckner zerrieben wurde. Sie beschränkten sich auf grüne Kernthemen wie Umweltschutz, Bildungspolitik und Demokratie.[102] Die Grünen hatten zwar formal eine Koalitionsaussage zugunsten der SPD getroffen, sich aber die Exit-Option zur CDU offen gelassen.

Die Landevorsitzende Katharina Binz erklärte dazu, dass »Ausschließeritis uncool ist«. Der Fraktionsvorsitzende Daniel Köbler betonte, dass die Grünen »keine Bindestrich-Partei sind«. Die stellvertretende Ministerpräsidentin und Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, Eveline Lemke, erklärte zuletzt zwar im Vorfeld der Wahlen, dass sie eine Koalition mit der CDU nach der

---

[99] Baden-Württemberg gestalten: Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ. Koalitionsvertrag zwischen Bündnis90/Die Grünen Baden-Württemberg und der CDU Baden-Württemberg, 2016-2021, S. 60/61

[100] Baden-Württemberg gestalten: Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ. Koalitionsvertrag zwischen Bündnis90/Die Grünen Baden-Württemberg und der CDU Baden-Württemberg, 2016-2021, Entwurf, S. 65

[101] Oliver Hildenbrand/Bettina Jehne: Strobl spielt Flüchtlinge schamlos gegeneinander aus. Pressemitteilung vom 17. Juli 2014

[102] Benjamin-Immanuel Hoff/Horst Kahrs/Andreas Stahl: Die Ergebnisse der Landtagswahlen am 13. März 2016. Wahlnachtbericht und erste Analyse, Rosa-Luxemburg-Stiftung 2016, S.12

Landtagswahl ausschließen würde, band das allerdings lediglich daran, dass aktuell noch keine politischen Positionen für die 2016 stattfindenden Landtagswahlen vorlägen.[103] Die CDU-Landesvorsitzende und Spitzenkandidatin Julia Klöckner hat seit der »Pizza-Connection« ein sehr aufgeschlossenes Verhältnis zu den Grünen und kann sich eine Koalition mit ihnen genauso vorstellen, wie eine Koalition mit der SPD.

Die machtpolitische Sogwirkung des SPD-Erfolgs bei den Landtagswahlen im März 2013 und die Bereitschaft der FDP, als Mehrheitsbeschafferin für die Regierung Dreyer zur Verfügung zu stehen, hält die Grünen nun weiter an der Seite der Sieger. Dennoch sollte nicht übersehen werden, dass sich die Grünen auch in Rheinland-Pfalz gerade bei ihrem politischen Kernthema, der Umwelt- und Energiepolitik, durchaus auf die CDU zubewegt haben. Das betrifft z.B. ihre Position zum Fracking, das außer in Wasserschutzgebieten, Heilquellenschutzgebieten und Mineralwassergewinnungsgebieten erlaubt wurde.

Die Tür zu einer Koalition mit der CDU ist für die nächsten Jahre verschlossen, die SPD hat mit Malu Dreyer ihre dominierende Position überzeugend verteidigt. Der einzige Weg für die Grünen an der Regierungsmacht zu bleiben war, in den Koalitionsverhandlungen erhebliche Konzessionen zu machen, die vor allem der zweiten Kraft in der Ampel, der FDP zugutekamen. Das betrifft vor allem den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und den Umgang mit Windkraftanlagen. Die FDP wollte ein Windkraftmoratorium, die Grünen den Ausbau. In allen diesen Fragen hat man sich in der Mitte getroffen, während die SPD ihre Kernprojekte in den Bereichen Kita und Schule relativ unbeschadet durch die Verhandlungen gebracht hat. Nun ist im Koalitionsvertrag der Bau von gleich drei neuen Brücken, wenn auch unter Finanzierungsvorbehalt, vorgesehen.[104] Auch der Windkraftausbau wird weitergehen, wenn auch verlangsamt mit mehr Ausnahmen. Allerdings findet sich das Ziel aus dem rot-grünen Koalitionsvertrag von 2011, bis 2030 solle der in Rheinland-Pfalz verbrauchte Strom bilanziell zu 100 Prozent aus Erneuerbaren Energien gewonnen werden, im neuen Vertrag nicht mehr.

Die Grünen müssen ein Ressort abgeben und stellen die Ministerinnen für Umwelt, Ökolandwirtschaft und Energie sowie für Integration. Damit ist das Landwirtschaftsressort praktisch geteilt, weil die konventionelle Landwirtschaft künftig beim FDP-geführten Wirtschaftsministerium ressortiert, das auch für Weinbau und Verkehr zuständig ist. Durch diese Kompetenzverteilung ist ein Dauerkonflikt zwischen den beiden kleineren Koalitionspartnern programmiert, in dem der SPD eine Schiedsrichterrolle zufällt.

---

[103] SWR-Sommerinterview am 31. August 2015 URL: http://www.swr.de/landesschau-aktuell/rp/sommerinterviews-in-der-landesschau-aktuell-lemke-kritisiert-bearbeitung-von-asylantraegen/-/id=1682/did=16080028/nid=1682/1dso46r/

[104] Koalitionsvertrag Sozial gerecht – wirtschaftlich stark – ökologisch verantwortlich Rheinland-Pfalz auf dem Weg ins nächste Jahrzehnt, Rheinland-Pfalz 2016-2021, Entwurf, S.48 ff.

7.5. Sachsen-Anhalt 2016: die ungewollte Koalition

In Sachsen-Anhalt sind die Grünen das erste Mal in einem ostdeutschen Bundesland in eine Koalition unter Führung der CDU eingetreten. Während sich auf dem Landesparteitag der CDU eine deutliche Skepsis gegen diese Koalitionsvariante artikulierte, votierten die Grünen nahezu einstimmig für den Koalitionsvertrag. Für die Annahme des Vertrages stimmten bei der CDU lediglich 83,6 Prozent, bei der SPD 94 Prozent, bei den Grünen 98,4 Prozent.

Für die Landes-Grünen stellt dies eine gravierende Verschiebung ihres politischen Koordinatensystems dar. Die Opposition zur CDU und die Orientierung auf Rot-Rot-Grün hatten bislang ihre Politik geprägt. »Nach 24 Jahren CDU-Regierung … ist es gut für das Land, jetzt kräftig durchzulüften«, sagte die grüne Landeschefin Cornelia Lüddemann nach den Landtagswahlen in Thüringen 2014. Sie »hoffe auf die Chance zum politischen Wechsel mit Rot-Rot-Grün. […] Wir brauchen ein belastbares Beispiel für diese Koalitionskonstellation, als ein Beispiel funktionierender Politik.«[105]

CDU und Grüne haben diese Koalition ohne vorbereitende Kooperationen begonnen. Zwar haben auch die Grünen in Sachsen-Anhalt vor den Wahlen eine formale Kompatibilitätserklärung für eine Koalition mit der CDU abgegeben.[106] Dies stieß in der Presse allerdings auf Skepsis. Zwischen den Grünen und der Union bestehe in Sachsen-Anhalt »ein Graben voller Bosheiten.« Das betrifft nicht nur das Verhältnis zu Reiner Haseloff, den Claudia Dalbert in einer Presseerklärung als »Totengräber für unser Land« bezeichnet hatte, sondern auch namentlich den CDU-Landeschef und Verkehrsminister Thomas Webel, dem die Grünen »Missachtung des Parlaments« vorwarfen.[107] Auf dem grünen Landesparteitag Anfang Juli 2015 wurde zwar formal die grundsätzliche Offenheit für ein Bündnis mit der Union betont, inhaltlich wurde jedoch auf Abgrenzung gesetzt. Ein Beschluss, der eine bestimmte Koalitionskonstellation präferiert, wurde nicht gefasst. Dies liegt auch an Vorbehalten, die es im Landesverband gegen ein Dreierbündnis aufgrund der Erfahrungen mit dem Magdeburger Modell gibt.

Auch die CDU hat das Thema Schwarz-Grün eher formal abgehandelt. So betonte der damalige CDU-Fraktionsvorsitzende André Schröder im Interview mit der Magdeburger Volksstimme, dass die Öffnung für die schwarz-grüne Option für die Union eine politische Grundsatzfrage darstellt: »Grundsätzlich ist es für die Union wichtig, sich zu öffnen und sich nicht auf eine Dauerpartnerschaft mit FDP oder SPD festzulegen.« Ein Grund bestehe auch darin, dass sich die SPD in Sachsen-Anhalt einem Bündnis

[105] Cornelia Lüddemann: Landtagswahlen Brandenburg und Thüringen: GRÜN macht den Unterschied. Pressemitteilung vom 15. September 2014

[106] Schwarz-grün in Sachsen-Anhalt?: Dalbert würde auch Haseloff wählen. In: Mitteldeutsche Zeitung vom 15. Februar 2015

[107] Kai Gauselmann: Schwarz und Grün: In Sachsen-Anhalt ein Graben voller Bosheiten. In: Mitteldeutsche Zeitung vom 17. Oktober 2013

mit den LINKEN öffne. Inhaltliche Berührungspunkte sehe er bei »Haushaltsfragen und der Schuldenbremse«, Differenzen gebe es bei »den Themen Energie, Landwirtschaft und Infrastruktur.«[108] Praktisch gab es jedoch bislang kaum Ansatzpunkte für eine politische Zusammenarbeit. Auf Landesebene stehen die Grünen in einer CDU-oppositionellen Tradition. Allerdings gibt es auf kommunaler Ebene auch ein neues schwarz-grünes Projekt. CDU und Grüne haben am 30. Juni 2014 im Bitterfeld-Wolfener Stadtrat eine gemeinsame Fraktion gebildet.[109]

Mit dem zwischen CDU, Grünen und SPD ausgehandelten Koalitionsvertrag sind eine Reihe von Konflikten programmiert:

- Die von der CDU im Wahlkampf vertretene Obergrenze taucht jetzt sogar in verschärfter Formulierung im Koalitionsvertrag als »Integrationsobergrenze«[110] auf, wird jedoch als Einzelposition der Christdemokraten fixiert. Daneben steht ein von den Grünen gefordertes Integrationsgesetz.

- Der Ausbau der Elbe ist auf Betreiben der Grünen vom Tisch. Die CDU wollte bis zu 1,60 Meter tief ausbaggern. Dafür akzeptierten die Grünen den Ausbau der Autobahn A14. Etwa 30 Millionen Euro sollen in den Straßenbau fließen.

- Die Übergabe des ehemals CDU-geführten Landwirtschaftsministeriums wird von vielen Landwirten als Provokation empfunden, da sie neue Auflagen befürchten. Das Ziel, den Anteil des Öko-Landbaus auf 20 Prozent der Landwirtschaft zu erhöhen, löste Proteste der Bauernverbände aus.

- Die CDU-Basis stört zudem die Absage an neue Braunkohle-Tagebaue und neue Kohlekraftwerke und die Prüfung eines Exportverbots von Braunkohle.

Die CDU ist insbesondere beim Thema Migrations- und Asylpolitik auf Konfrontation mit den Grünen aus. Mit der Integrationsobergrenze will die CDU, so ihr Landesvorsitzender Thomas Webel, deutlich machen: »Multikulti ist nicht mehr, es lebe die deutsche Leitkultur!«[111] Webel ließ zugleich auch durchblicken, dass die mit den Grünen geschlossenen Vereinbarungen keinen dauerhaften Bestand haben müssen, da sie nur bis 2021 gelten. Deutlicher kann man einem Koalitionspartner nicht zu verstehen geben, dass er nicht gewollt ist und das man ihn bald wieder loswerden will.

---

[108] »Wir haben die SPD nie wie einen Verlierer... » Interview mit CDU-Fraktionschef André Schröder. In: Volksstimme vom 27. September 2013

[109] CDU und GRÜNE bilden gemeinsame Stadtratsfraktion. Pressemitteilung des Kreisverbandes Anhalt-Bitterfeld Bündnis 90/Die Grünen vom 1. Juli 2014

[110] Zukunftschancen für Sachsen-Anhalt – verlässlich, gerecht und nachhaltig, Koalitionsvertrag von CDU, SPD und Bündnis 90/Sachsen-Anhalt, 2016-2021, S. 13

[111] Cornelius Pollmer: Die Koalition, die sich selbst toleriert. In: Süddeutsche Zeitung vom 24. April 2016

Das schlechte Wahlergebnis für Ministerpräsident Reiner Haseloff bei der Konstituierung der Landesregierung Ende April 2014, der erst im zweiten Wahlgang die erforderliche Stimmenmehrheit der Koalition erreichte, ist nicht nur darauf zurückzuführen, dass Teile der Partei unzufrieden mit den aus ihrer Sicht zu großen Zugeständnissen an die Grünen sind. Es geht vielmehr darum, dass diese Teile der CDU eine politische Akzentverschiebung zur AfD anstreben und auch entsprechende ideologische Signale aussenden wollen. Die Grünen passen nicht in diese Politik.

7.6. Mecklenburg-Vorpommern 2016: keine Option mangels Masse

Im Hinblick auf die Landtagswahlen am 4. September 2016 ist Schwarz-Grün mangels Masse keine Regierungsoption und verfügt auch nicht über eine kommunale oder soziale Erfahrungsbasis, auf die in anderen Bundesländern aufgebaut werden konnte. Auf der Ebene der kommunalpolitischen Mehrheitsbildung tendieren die Grünen eher zu Bündnissen gegen die Union, die der klassischen rechts-links Lagerformierung folgen. Dafür spricht nicht zuletzt die Oberbürgermeisterwahl in Greifswald, wo es einem Bündnis aus LINKEN, SPD, Grünen und Piraten gelang, die 25-Jährige Herrschaft der CDU zu beenden. Die Grünen stellen mit Stefan Fassbinder nun den Oberbürgermeister der fünftgrößten Stadt Mecklenburgs. Das schlechte Abschneiden der CDU in ihrer traditionellen Hochburg und der Verlust des langjährigen Oberbürgermeisteramtes in Neubrandenburg haben die Zweifel an der Führungsrolle von Landeschef Lorenz Caffier befördert.

Auch in Mecklenburg-Vorpommern fällt die SPD aufgrund des Einflussgewinnes der AfD erheblich zurück. Demoskopisch kämen SPD, DIE LINKE und Grüne Ende April 2016 auf 46 Prozent der Stimmen, eine Koalition von SPD und CDU käme ebenfalls auf diese Stimmenzahl.

Obwohl CDU und Grüne in Mecklenburg-Vorpommern wenig miteinander zu tun haben, zwingt sich die schwarz-grüne Debatte auf, weil sie auf Bundesebene geführt wird. Und es gibt auch in diesem Bundesland übereinstimmende Grundmuster wie in den anderen Bundesländern: Während die Union den Wert von Schwarz-Grün als Machtoption hervorhebt, und keine öffentlichen Kontroversen darüber austrägt, brechen bei den Grünen Streitigkeiten über Richtungsfragen und Grundwerte aus.

Schon 2010 signalisierte CDU-Landeschef Lorenz Caffier seine prinzipielle Offenheit für Schwarz-Grün auch im Bund. Voraussetzungen seien entsprechende Koalitionen auf Landesebene. »Wenn die Zahnräder dieser Koalitionen auf Länderebene problemlos ineinandergreifen, werden sie natürlich auch irgendwann eine Option für den Bund.«[112] Zwar sind die Grünen seit 2011 erstmals seit 1994 und mit dem besten Ergebnis in den neuen Bundesländern von 8,7 Prozent im Schweriner Landtag vertreten. Aber diese Option spielt realpolitisch keine Rolle, da SPD und LINKE zu

[112] Thomas Vitzthum: Das Zukunftsmodell Schwarz-Grün hat ausgedient. In: Die Welt vom 20. Juli 2010

stark und die CDU zu schwach sind. Dennoch brachte die Landesvorsitzende der Grünen, Claudia Müller, im September 2014 eine Koalition mit der CDU nach den Landtagswahlen 2016 ins Gespräch. Es gebe politische Schnittmengen bei den Themen Privatschulen und Theaterfusion, sagte Müller im Interview mit dem NDR-Nordmagazin.[113] Der CDU-Fraktionsvorsitzende Vincent Kokert nahm diese Avance dankbar zum Anlass, um die Berührungspunkte in noch weiteren Politikfeldern hervorzuheben: »Auch in der Finanz- und Hochschulpolitik gebe es zu seiner Überraschung Gemeinsamkeiten. Ebenso könne man über das Thema Generationsgerechtigkeit reden. Das sei eine gute Basis«, so Kokert. Er würde Gesprächsangebote nicht ausschlagen und werde jetzt in der Partei beraten, ob man diesen »Gesprächsball« nicht aufgreifen sollte.«[114] Dagegen erregte Müllers Position prompt Distanzierungsbedürfnisse aus den eigenen Reihen: Die Grüne Jugend sieht die CDU als »reaktionäre Kraft«, die Grünen müssten »weiterhin für eine Mehrheit jenseits der CDU streiten, die für einen echten gesellschaftlichen Wandel eintritt.« Auch wenn es tatsächlich sachliche Übereinstimmungen in einigen Punkten gebe, wiegen die Differenzen in den Bereichen der Innen-, Bildungs-, Umwelt- und Energiepolitik und bei der Demokratisierung der Gesellschaft schwerer. Dabei sei das Festhalten der mecklenburgischen CDU am dreigliedrigen Schulsystem Ausdruck eines »von den meisten CDUlern geteilten Sozialchauvinismus und Elitarismus.« CDU-Landeschef Caffier stehe für eine repressive Flüchtlingspolitik und Rassismus. Die Einschätzung korrespondiert mit der harten Kritik der Grünen-Landtagsfraktion an Caffier.

Die Grünen legen jedoch großen Wert auf den außenpolitischen Schulterschluss mit der CDU. So forderte der grüne Fraktionsvorsitzende Jürgen Suhr, ebenso wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Georg Wellmann, dass die Landesregierung den »Russlandtag«, ein hochkarätiges deutsch-russischen Unternehmertreffen Ende September 2014 in Rostock, absagen müsse, weil dies der Sanktionspolitik des Westens zuwiderlaufe. Die Landes-CDU verzichtete allerdings auf jede öffentliche Kritik an Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD), der an der Veranstaltung festhielt.[115]

7.7. Schwarz-Grün in Berlin: Erfahrungen einer wahltaktischen Liaison

Schwarz-Grün ist wegen der Schwäche der Berliner CDU derzeit keine realpolitische Option. Die schwarz-grüne Debatte in Berlin hat jedoch einen langen Vorlauf. Die Nominierung und der Wahlkampf der grünen Spitzenkandidatin Renate Künast 2010/2011 war begleitet von einer monatelangen Debatte der schwarz-grünen Option, mit der die Grünen offensiv die SPD unter Druck zu setzen versuchten. Ihre eigenen Wähler mochten diesem Lagerwechsel mit Ankündigung jedoch nicht folgen. Und weder die politischen Attacken der
Berliner CDU auf die Flüchtlingspolitik der grünen Bezirksbürgermeisterin Monika

[113] NDR-Nordmagazin 8. September 2014

[114] NDR-Nordmagazin September 2014

[115] Enormer Zuspruch zu Russlandtag in Rostock. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28. September 2015

Herrmann, noch die vehemente Ablehnung der Homo-Ehe durch die Mehrheit des CDU-Landesverbandes führten dazu, dass die Grünen die Tür zur Union zumachten. Regelmäßig wird CDU-Generalsekretär Kai Wegener in auflagenstarken Zeitungen des Springerkonzerns viel Platz zur Werbung für eine schwarz-grüne Koalition eingeräumt.

In der Zeit der Krise des Wowereit-Senates infolge des BER-Flughafen-Skandals konnten Grüne und CDU demoskopisch in den Umfragen (2013-14) bis zu 48 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. Während die Grünen mit einem Misstrauensvotum gegen den Senat im Januar 2013 Bereitschaft unterstrichen, diese Mehrheit zu nutzen, zauderte die Union. Infolge der sich in der Folgezeit weiter ausformenden Führungsschwäche ihres Personals fällt die CDU in den Umfragen klar zurück und ist derzeit kaum 20 Prozent stark.

7.7.1. Die Installierung von Schwarz-Grün im Macht-Kanon der Berliner Grünen

Die Nominierung und der Wahlkampf der grünen Spitzenkandidatin Renate Künast 2010/2011 stand wie kaum ein anderer für eine monatelange Debatte der schwarz-grünen Option. Im Oktober 2010, also im unmittelbaren zeitlichen Umfeld der Nominierung Künasts, lagen die Grünen demoskopisch bei 30 Prozent, die CDU bei 20 Prozent. In dieser Situation versuchten die Grünen mit der Drohung ggf. auch mit der Union zu koalieren, die SPD zur symbolischen Anerkennung ihres Führungsanspruches zu drängen. Der damalige Fraktionschef Volker Ratzmann forderte: »Genau wie die SPD in Baden-Württemberg muss Klaus Wowereit [...] sagen, dass er die demokratischen Spielregeln akzeptiert. Schon allein weil er ausschließt, Juniorpartner der Grünen zu werden, wäre es falsch, wenn wir jetzt eine Koalition mit der CDU ausschließen würden.« Noch vor ihrer Nominierung brachte auch Künast immer wieder diese Variante ins Spiel: »Die Grünen werden in Berlin keinen Wahlkampf machen, der dazu führt, dass die CDU als denkbarer Partner von vornherein ausfällt.«[116] Die schwächelnde Berliner Union, die im Wahlkampf ohne Machtoption dastand, griff das Manöver dankbar auf. Die stellvertretende CDU-Landesvorsitzende, Monika Grütters, bekannte, dass sie »schon immer« mit schwarz-grünen Bündnissen geliebäugelt hätte. Eine Alternative zur bestehenden Regierung sei »auch nur mit diesen Farben verbunden.« Auch der frühere Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen (CDU) signalisierte prompt seine Offenheit, betonte zugleich aber auch propagandistisch die Gegensätze: Der CDU gehe es um »Arbeitsplätze für alle« und dazu gehöre auch der Bau »leistungsfähiger Stadtautobahnen.« Damit waren über mehrere Monate schwarz-grüne Schlagzeilen gesetzt.

Während der linke Flügel der Partei mit der Öffnung für die Bündnis-Option nach rechts aus wahltaktischen Gründen eingebunden werden konnte, machten die eigenen Wähler diesen Schwenk nicht mit. Zwei Monate vor der Wahl im September 2011 präferierten

[116] Zit. nach Interview. In: Leipziger Volkszeitung vom 18. Oktober 2010

lediglich 17 Prozent der grünen Wähler ein Bündnis mit der Union, dagegen hielten 66 Prozent am traditionellen rot-grünen Bündnis fest. Auch in der Gesamtwählerschaft Berlins war Schwarz-Grün mit 13 Prozent die unbeliebteste aller in Frage kommenden Konstellationen.[117] In der Partei artikulierte sich offener Unmut, da die neue Bündnisoption den Wählern schwer zu vermitteln war. »An jedem Stand werden die Grünen jetzt gefragt, ob sie womöglich mit der CDU koalieren. Immer sagen sie dann, dass sie sich Grün-Schwarz offen halten, schon um bei Koalitionsverhandlungen mit der SPD eine stärkere Position zu haben.«[118] Unter dem Druck der sinkenden Umfragewerte brachen einzelne linke Grüne ihr Schweigen und stellten sich offen gegen die rechte Bündnisoption. Am Ende liefen die Grünen mit 17,4 Prozent ins Ziel; die Künast-Kampagne hatte somit das grüne Wählerpotenzial verglichen mit den Ausgangswerten fast halbiert. Schwarz-Grün wurde wegen des damit verbundenen Identifikationsproblems durch den Wegfall der Lagerorientierung zu einer Sollbruchstelle in der Wählermobilisierung. Zwar konnten die Grünen insgesamt zulegen, gaben jedoch auch 16.000 Stimmen an die links von ihnen positionierten Piraten ab. Mit dem Wahlkampf 2011 wurde Schwarz-Grün dennoch im machtpolitischen Kanon des Berliner Landesverbandes der Grünen fest installiert, bevor noch die Bundespartei 2014 offiziell die Öffnung für Bündnisse mit der Union beschloss.

7.7.2. Die Tür zur CDU bleibt offen

Schwarz-Grün sorgt seit den verlorenen Wahlen 2011 für Konflikte zwischen den Parteiflügeln bei den Grünen, während die Berliner Union hier keine öffentlichen Konflikte austrägt.

Die Landesvorsitzende der Grünen, Bettina Jarasch betonte ein Jahr nach der Wahl im Gespräch mit der Berliner Morgenpost[119], die Notwendigkeit, »sich auf Bundes- und Landesebene nicht einseitig an die SPD koppeln, auch wenn wir Rot-Grün bevorzugen.« Die Grünen hätten sich 2011 von der SPD in der Koalitionsfrage »treiben lassen«. Diese habe »versucht, uns die Wähler zu vergraulen, indem sie uns ständig vorwarfen, wir wollten mit der CDU ins Boot. Das Ende vom Lied war dann, dass die SPD, ohne auch nur mit der Wimper zu zucken, selbst eine Koalition mit der CDU einging.« Jaraschs Co-Vorsitzender Daniel Wesener sah sich nunmehr zum Widerspruch genötigt: »Wer das grüne Programm kennt, weiß, dass Schwarz-Grün de facto ausgeschlossen ist. Energiewende, soziale Gerechtigkeit und eine offene Gesellschaft gehen nicht mit CDU und CSU.«[120] Der Abgeordnete Dirk Behrendt erklärte: »Bettina Jarasch ist offenbar von allen guten Geistern

[117] Regine Zylka: Grüne in Berlin verlieren in Umfrage an Zustimmung/Grün-Schwarz büßt Mehrheit ein SPD bleibt stärkste Kraft/Auftakt der heißen Wahlkampfphase für Abgeordnetenhauswahl: Künasts Chancen schwinden. In: Berliner Zeitung vom 1. August 2016

[118] Constanze von Bullion: Nervös im Schlussspurt. In: Süddeutsche Zeitung vom 12. September 2011

[119] Zit. nach Interview. In: Berliner Morgenpost vom 21. November 2012

[120] Zit. nach Berliner Grüne streiten erneut über Schwarz-Grün im Bund. In: Märkische Oderzeitung vom 21. November 2012

verlassen.« Auch die jetzige grüne Fraktionsvorsitzende Ramona Pop mochte im Sommerinterview mit dem rbb im August 2015 die Tür zur CDU nicht zumachen.[121] Mit der Formierung des Spitzenteams der Grünen zu den Abgeordnetenhauswahlen 2016 wurde dagegen eine deutlichere Präferenz zugunsten einer künftigen Koalition mit der SPD ausgesprochen. Die Berliner Grünen werden vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen aus dem Wahlkampf 2011 eine eher distanzierte Position zu der gegenwärtigen Debatte um Schwarz-Grün im Bund einnehmen und auf die traditionelle rot-grüne Präferenz ihrer Wählerschaft setzen.

Das Erstarken der AfD lässt im Frühjahr 2016 die Aussicht auf eine eigene Mehrheit der Großen Koalition schwinden. Die Öffentlichkeit beginnt sich auf die Möglichkeit einer rot-rot-grünen Koalition einzustellen. Die Kooperation mit zwei ambitionierten Partnern, die ihr zugleich in nicht wenigen Themen der Stadtpolitik zwar nahe stehen, aber auch eigene Interessen verfolgen, löst bei der SPD wenig Begeisterung aus. »Alle reden immer von Rot-Rot-Grün, als wäre das so selbstverständlich, dass das kommt«, sagte der Regierende Bürgermeister Michael Müller (SPD). »Was ist denn, wenn es nicht klappt, wenn sich Linke und Grüne streiten?«[122] Die SPD in Berlin hält sich die Hintertür zur Fortsetzung der Koalition mit der CDU weiter offen. Ähnliches gilt auch für die grüne Spitzenkandidatin Ramona Pop, die die Tür zu einer Koalition mit der CDU nicht schließen will. Im Interview mit der Berliner Zeitung wollte sie auch ein Zusammengehen mit FDP und CDU nicht ausschließen, schließlich habe die SPD »kein Dauer-Abo für die Senatsbank.«[123] Mit anderen Worten: Popp bleibt ihren Neigungen treu und schließt nicht aus, der Berliner CDU zum Amt des Regierenden Bürgermeisters zu verhelfen.

7.8. Oberbürgermeisterwahlen in Köln 2015: Neuauflage von Schwarz-Grün

In Nordrhein-Westfalens einziger Millionenstadt Köln verzichtete die CDU auf einen eigenen Oberbürgermeisterkandidaten, und unterstützte die Favoritin der Grünen, Henriette Reker. Die parteilose Reker war zu diesem Zeitpunkt Sozialdezernentin und wurde von den Grünen für dieses Amt vorgeschlagen. Bei den vorhergehenden OB-Wahlen 2009 hatten die Grünen noch mit Jürgen Roters einen gemeinsamen Kandidaten zusammen mit der SPD aufgestellt. Roters konnte die Wahlen mit 54,67 Prozent auch infolge dieser Unterstützung gewinnen. Mit der Nominierung Rekers unterstrichen die Grünen nun ihren eigenen Führungsanspruch, wobei sie den Bruch mit der SPD und einen politischen Lagerwechsel einkalkulierten, da Reker nur mit einer bürgerlichen Koalition im Rathaus regieren kann. Derzeit verfügen

[121] Ohne eigenen Bürgermeisterkandidaten in die nächste Wahl. rbb Sommerinterview mit Ramona Popp vom 9. August 2015

[122] »Ich werde dafür kämpfen, dass die AfD nicht gewählt wird«. Interview mit Michael Müller. In: Berliner Zeitung, 22. April 2016

[123] Regine Zylka: Grüne Ramona Pop kritisiert CDU heftig, schließt Koalition mit ihr aber nicht aus. In: Berliner Zeitung vom 13. April 2016

CDU (25), Grüne (18) und FDP (5) über 53 der 90 Stadtratsmandate. Die Landesspitzen von CDU, Grünen und FDP suchten die Nähe zu Rekers Wahlkampf und reizten damit Spekulationen über ein künftiges Bündnis auf Landesebene an.

Die Kandidatur Rekers wurde von einem Bündnis aus CDU, Grünen, FDP und Freien Wählern getragen. Medial wurde dieses Bündnis seitdem auch als Referenzprojekt für Land und Bund kommentiert: »Das könnte Signalcharakter für die Regierungsbildung in zwei Jahren haben.«[124] Reker stellte bei der Eröffnung ihres Wahlkampfquartiers auch die Ablösung der SPD-Herrschaft in Köln als kleinsten gemeinsamen Nenner in den Mittelpunkt: »Diese Stadt muss wieder geführt werden. Nicht im Parteijargon, nicht im Kommandoton, [...] Wir wollen der SPD ... eine längere Entwöhnungskur gönnen. Die Entwöhnung von der jahrzehntelang eingeführten Überzeugung, diese Stadt gehöre den Sozialdemokraten.«[125]

Der Ausgang der Kölner Oberbürgermeisterwahl vom 18. Oktober 2015 war dann jedoch von dem rechtsextremistisch motivierten Attentat auf die schwarz-grüne Spitzenkandidatin Henriette Reker geprägt. Das eindeutige Votum für Reker, die sich bereits im ersten Wahlgang mit fast 55 Prozent der Stimmen gegen den amtierenden OB Jochen Ott (SPD) durchsetzte, muss zugleich als Zeichen verstanden werden, das viele Kölnerinnen und Kölner gegen Gewalt und Rechtsextremismus setzen wollten. Die Wahl Rekers ist jedoch auch unter diesen Bedingungen als erfolgreicher Testlauf für Schwarz-Grün zu werten, weil CDU und Grüne ihre Milieus mehrheitlich für die gemeinsame OB-Kandidatin mobilisieren konnten.

Dies belegt auch ein Vergleich mit den Kommunalwahlergebnissen vom Mai 2014.[126] Gemessen daran, konnte Reker die Wählerschaft von CDU, Grünen und FDP voll mobilisieren.

Mobilisierung von CDU und Grünen

Kommunalwahl 2014	Oberbürgermeisterwahl 2015
Reker-Bündnis 54,7% 215.625	52,7% 169.919
Jochen Ott 29,4% 115.931	32,0% 103.341

Im Wahlkampf wurde das ohnehin angespannte Verhältnis zwischen SPD und Grünen weiter zerrüttet. So warf Grünen-Fraktionsgeschäftsführer Jörg Frank dem

[124] Detlev Hüwel/Birgit Marschall/Thomas Reisener: Schwarz-grüne Gedankenspiele in NRW. In: RP-Online, 9. Januar 2015

[125] Eröffnung des Wahlbüros: Henriette Reker attackiert die SPD. In: Kölnische Rundschau vom 26. Juli 2015

[126] Die Grünen fielen von 21,7 auf 19,5 Prozent. Auf Wahlkreisebene wird dies noch deutlicher. Die SPD gewann in 24 der 45 Wahlkreise; zuvor waren es sechs. Die Grünen holten ebenfalls sechs Wahlkreise. Die SPD erreichte 29,4 Prozent. Das sind 1,4 Prozent mehr als 2009. Die CDU kam auf nur 27,2 Prozent und holte 15 Wahlkreise, drei weniger als zuvor. Neue viertstärkste Kraft ist mit fast sieben Prozent DIE LINKE. Die FDP verlor deutlich: Aus 9,4 Prozent wurden 5,1. Die AfD erhielt 3,6 Prozent, die rechtsextreme Partei »Pro Köln« verlor.

SPD-Kandidaten vor, »wie die Stasi zu agieren« und sich »informelle Mitarbeiter« zu suchen, die sogar Personen in perfider Weise abqualifizieren«[127]. So geht auch Ott seine Herausforderin persönlich an: »Frau Reker, stoppen Sie diese Art von Schmutzwahlkampf…!«[128] Der Hintergrund dieser Auseinandersetzung bestand übrigens darin, dass Ott sich offenbar der Unterstützung von Akteuren des Kölner Lesben- und Schwulentags im Umfeld des CSD versichern konnte. Und im August wurde ruchbar, dass ein Mitarbeiter aus Rekers Wahlkampfteam mit CDU-Parteibuch den amtierenden OB Roters wegen Untreue angezeigt hatte. Reker ging auf Distanz: »Ich kenne den Mann überhaupt nicht. Der war nie Mitarbeiter meines Teams. Ich würde solche Aktionen auch nicht dulden.«[129]

Im Vergleich zu 2004, als der CDU-OB Fritz Schramma mit einer schwarz-grünen Koalition regieren musste, haben sich 2016 die Rollen umgekehrt. Nun hat die Kandidatin der Grünen zwar den OB-Posten, ist aber in der kommunalen Mehrheitsbildung von CDU und FDP abhängig, die ihren Preis für die Unterstützung Rekers fordern.

Am 26. Februar 2016 haben die Spitzen von CDU und Grünen eine Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit im Rat bis 2020 abgeschlossen. Diese Koalition verfügt im Rat über 43 von 90 Stimmen und ist daher auf die Unterstützung anderer Fraktionen angewiesen. CDU und Grünen haben sich auf einen Kurs der Haushaltssanierung verständigt. Die Reduzierung der Beitragsfreiheit der Kita um sechs Monate ist dabei eine der kontroversesten Entscheidungen. Weiterhin werden Entgelt- und Gebührenerhöhungen für kommunale Dienstleistungen in Aussicht gestellt. Von 5000 beabsichtigten Wohnungsneubauten sollen lediglich 1000 Sozialwohnungen sein.[130]

7.9. Frankfurt am Main 2016: Schwarz-Grün wird abgewählt

Frankfurt am Main ist von 2006 – 2016 von einer schwarz-grünen Koalition regiert worden. Der Verzicht der Grünen, 2007 eine eigene Kandidatin aufzustellen, trug zu dem deutlichen Wahlsieg der amtierenden CDU-Oberbürgermeisterin Petra Roth bei, die sich mit über 60 Prozent der Stimmen gegen ihren SPD-Konkurrenten Franz Frey, der lediglich 27,5 Prozent erhielt, durchsetzte.

Mit der Wahlniederlage des CDU OB-Kandidaten Boris Rhein gegen den SPD-Politiker Peter Feldmann 2012 und dem Einbruch der Grünen bei den Kommunalwahlen

[127] Zit. nach Robert Baumanns: Riesen-Wirbel kurz vor dem CSD.: Schwule und Lesben pushen SPD-Chef Jochen Ott. In: Express Köln vom 4. Juli 2015

[128] Zit. nach Robert Baumanns: Jochen Ott und Henriette Reker: Kölner OB-Wahlkampf wird zur Schlammschlacht im Netz. In: Express Köln vom 6. Juli 2015

[129] Nina Stampflmeier: Aus Henriette Reker wird Henriette Schwindler. In: BILD Köln vom 11. August 2015

[130] Kooperationsvereinbarung zwischen Christlich Demokratische Union (CDU), Kreisverband Köln/ CDU-Fraktion im Rat der Stadt Köln und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kreisverband Köln/GRÜNE-Fraktion im Kölner Rat für die laufende Wahlperiode bis 2020, S.5 bzw. 8

vom März 2016 ist Frankfurt am Main interessant als Beispiel für Erosions- und Entfremdungsprozesse, die schwarz-grüne Politik innerhalb des Wählerschaft der Grünen auslösen kann.

Während es der CDU und den Grünen in Köln gelungen war, ihre Elektorate hinter ihrer gemeinsamen Kandidatin zu versammeln, haben die Grünen 2012 mit der Umwelt-Dezernentin Rosemarie Heilig eine eigene Kandidatin aufgestellt, die im ersten Wahlgang etwa 14 Prozent der Stimmen erreichen konnte. Sie lag damit übrigens um ca. zehn Prozent unter dem Grünen-Ergebnis der Kommunalwahlen von 2011, als sie nach der CDU zweitstärkste Partei in Frankfurt wurden. Während die grüne Spitzenkandidatin Heilig und der Kreisvorstandssprecher Omid Nouripour dafür plädierten, keine Empfehlung für den zweiten Wahlgang abzugeben, brachte sich die Mehrheit der Frankfurter Grünen-Spitze als Unterstützer des CDU-Kandidaten in Stellung.

Für sie hatte vor allem die Verhinderung eines linken SPD-OB die politische Priorität. »Peter Feldmann ist eine Gefahr für die grüne Regierungsbeteiligung«, sagte der damalige Fraktionsvorsitzende der Grünen, Olaf Cunitz. Die Co-Vorstandssprecherin Martina Feldmayer (MdL), sprach sich zwar formal auch gegen eine Stichwahl-Empfehlung aus, betonte aber zugleich: »Uns ist natürlich daran gelegen, dass die schwarz-grüne Regierung in Frankfurt fortbesteht. Den Koalitionsvertrag mit unseren schönen grünen Punkten hat Boris Rhein mit ausgehandelt. Daran ist er gebunden. Feldmann nicht.« Der SPD-Kandidat habe die Devise ausgegeben, dass er die schwarz-grüne Regierung torpedieren will. »Der Wähler muss nun selbst entscheiden, ob er will, dass die Koalition fortgesetzt wird oder dass Feldmann als Oberbürgermeister versucht, die Koalition zu sprengen.« Der Landtagsabgeordnete Marcus Bocklet bemühte in seiner Abneigung gegen einen sozialdemokratischen Oberbürgermeister ein Vorurteil, das zuvor oft gegen die Grünen in Stellung gebracht worden ist. Mit Feldmann drohe das »Chaos« im Rathaus. Als einziger prominenter Frankfurter Grüner sprach sich Daniel Cohn-Bendit (MdEP) für den SPD-Mann aus. »Boris Rhein kommt überhaupt nicht in Frage«, sagte Cohn-Bendit. Eine drohende Handlungsunfähigkeit sehe er nicht.« »Petra Roth war zunächst auch Oberbürgermeisterin einer rot-grünen Mehrheit«, sagte Cohn-Bendit weiter und prophezeite einen Konflikt zwischen Parteiführung und -basis: »Viele Grüne, mit denen ich am Wahlabend gesprochen habe, wollen auch Feldmann wählen. Ich schätze zwei Drittel der Grünen hat er hinter sich.« [131]

Der Ausgang der OB-Wahl gab Cohn-Bendits Einschätzung recht. Nachdem Feldmann im ersten Wahlgang mit 33 Prozent hinter dem CDU-Mann landete, der auf ca. 39 Prozent kam, setzte er sich im zweiten Wahlgang mit 57,4 Prozent klar gegen Rhein durch, der auf 42,6 Prozent kam. Die Frankfurter Grünen-Spitze hat durch ihr taktisches Agieren gegen Feldmann die Wahl zur Richtungswahl gemacht, bei der ihr der größte Teil ihrer eigenen Wählerschaft die Gefolgschaft

[131] Zit nach: Christian Albrecht: Führende Grüne wollen CDU-OB. Auf: hr-online vom 12. März 2016

verweigerte. »Ich habe mich, ehrlich gesagt, gefreut, weil so einen Rechten wie den Boris Rhein kann man einfach nicht wählen«, hieß es dazu auf der grünen Mitgliederversammlung.[132]

Die SPD hatte mit Feldmann einen Kandidaten aufgestellt, der sich mit einem ausgesprochenen linken Profil in den Wahlkampf begeben hatte. Medial wurde ihm eine »konsequent linke Sozialpolitik in Hessens größter Stadt zugesprochen. Themen wie Wohnungsnot oder die Kinderarmut stehen oben auf der Agenda.« Feldmann wollte mit dieser Politik auch enttäuschte Wähler, die zur LINKEN gewechselt waren, zurückgewinnen: »Es gibt nicht nur Hartz IV und Schröder, sondern da, wo die SPD ist, ist sozialpolitisch links die Wand.«[133]

In den Kommunalwahlen am 6. März 2016 konnte sich diese Hoffnung jedoch nicht bestätigen, da DIE LINKE deutlich zulegte. Dagegen stand infolge der erdrutschartigen Verluste der Grünen die seit zehn Jahren bestehende Koalition mit den Christdemokraten nicht mehr in Aussicht. Mit 15,2 Prozent verloren die Grünen 10,6 Prozent gegenüber der letzten Kommunalwahl. Die CDU blieb mit 24,6 Prozent zwar noch stärkste Kraft, büßte aber ebenfalls 5,9 Prozent ein. Die SPD stieg gegen den Trend um 2,1 Prozent und bekam insgesamt 23,5 Prozent. DIE LINKE gewann 2,5 Prozent hinzu und lief mit 8 Prozent knapp vor der FDP ins Ziel, die auf 7,8 Prozent kam. Die AfD konnte auch in Frankfurt aus dem Stand mit 10,3 Prozent ein zweistelliges Ergebnis erreichen.

Hervorzuheben ist, dass sich die Erklärungsmuster sowohl christdemokratischer als auch grüner Politiker nach der verlorenen Kommunalwahl in wesentlichen Punkten decken. Beide machten das schlechte Management der Bundesregierung in der Flüchtlingspolitik für ihre Niederlage verantwortlich. Frankfurts CDU-Vorsitzender Uwe Becker lässt dafür »Frankfurter Themen wie die Unzufriedenheit vieler Eltern mit der Schulsituation oder die hohen Mieten ebenso wenig gelten wie den Einwand, dass die CDU schon bei der Kommunalwahl 2011 fast sechs Prozentpunkte im Vergleich zu 2006 verlor.« Ebenso sind sich die »Frankfurter Grünen … keiner eigenen Versäumnisse bewusst.« Fraktionsvorsitzender Manuel Stock und Bürgermeister Olaf Cunitz sprechen sogar von einem soliden Ergebnis. (…) Lokalspezifische Themen wie Schulen oder Wohnungsnot hätten keine Rolle gespielt, findet auch Martin Ried, der für die Grünen im Ortsbeirat 4 (Bornheim, Ostend) sitzt. »Umfragen zeigen, dass die Bürger hier zufrieden sind. Wir ersticken fast an unserem Erfolg: Wir haben so oft gesagt, dass die Lebensqualität in Frankfurt hoch ist, dass die Leute jetzt sogar massenhaft hierher ziehen.«[134]

---

[132] Zit. nach Tobias Lübben: Wundenlecken bei Frankfurts Grünen. Auf: hr-info vom 16. März 2016

[133] Zit. nach: Feldmann bei der SPD-Fraktion. »Links von mir ist die Wand«. Auf: hr-online vom 27. März 2016

[134] Zit. nach: Stephan Loichinger: Frankfurt und Darmstadt. CDU und Grüne zwischen Hoffnung und Schuldzuweisung. Auf: Hessenschau.de vom 8. März 2016

SPD und LINKE haben dagegen die Wohnungs-, Mieten- und Stadtentwicklungspolitik zum sozialen Konfliktthema mit Schwarz-Grün gemacht und sind damit durch die Wähler bestätigt worden. Hinzu kommt, dass der SPD-Oberbürgermeister Peter Feldmann die politische Brisanz des Ausbaus des Frankfurter Rhein-Main-Flughafens für Schwarz-Grün erkannt hatte und sich bereits im Wahlkampf 2012 »als Anwalt der Flughafen-Opfer« präsentierte. »Er übernachtete in verlärmten Vierteln der Stadt und brachte die Anrainer-Kommunen des Flughafens dazu, gemeinsam gegen die Folgen des Ausbaus Front zu machen. [...] Das hat wenig genutzt. Der Popularität des Oberbürgermeisters aber hat die Sache aufgeholfen.«[135] Inzwischen hatten der schwarz-grüne Magistrat und der hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) die nötigen Genehmigungen gegeben. Zugleich konnte sich DIE LINKE wirksam als parlamentarischer Kooperationspartner der Bürgerinitiativen und Fluglärmgegner profilieren.

Die Analyse der Wählerwanderungen, die vom Institut für Wahl-, Sozial- und Methodenforschung im Auftrag der Frankfurter Neuen Presse vorgenommen wurde, zeigt, dass die Grünen in einer typischen Denkzettelwahl abgestraft wurden, bei der ca. 7.700 Wähler bewusst nach links zu SPD und LINKEN wechselten, ein nahezu gleich großer Anteil (7.680) zu Hause blieb. Fast jeder zehnte der über 21.000 Wähler, die sich 2016 von den Frankfurter Grünen abgewandt hatten, kam bei der LINKEN wieder an. Mehr als jeder vierte bei der SPD. Mit mehr als einem Drittel macht die Gruppe der Nichtwähler jedoch den größten Anteil an den grünen Verlusten aus. Die Grünen haben in alle politischen Richtungen verloren, ca. 3000 Wähler wechselten zur AfD. Der Koalitionspartner CDU verlor insgesamt ca. 15.000 Stimmen, davon ca. 5000 nach links, an SPD und LINKE, und über 8000 nach rechts, an AfD und FDP, ca.3700 ihrer Wähler gingen diesmal nicht an die Urne.[136] CDU und Grüne haben also als politisches Lager, das sie als Koalition bildeten, massive Verluste nach Links (ca. 12.700 Stimmen), über 11.000 Wähler blieben zu Hause. Schwarz-Grün in Frankfurt am Main ist also nicht primär durch den Wahlerfolg der AfD verhindert worden, für den der bundespolitischen Rahmen und das Thema Flüchtlingspolitik maßgeblich sind, sondern durch eine massive, kommunalpolitisch bedingte Abwanderung insbesondere grüner Wähler nach links.

Anfang Mai 2016 haben die Vorstände von CDU und SPD in Frankfurt einstimmig beschlossen, über eine Koalition mit den Grünen zu verhandeln. Wie beide Parteien mitteilten, votierten sowohl der CDU-Kreisvorstand als auch der SPD-Unterbezirksvorstand dafür. Die Koalition hätte 59 von 93 Sitzen in der Stadtverordnetenversammlung,[137]

[135] Zit. nach Claus-Jürgen Göpfert: Schwarz-Grün droht in Frankfurt das Ende. In: Frankfurter Rundschau vom 29. Februar 2016

[136] Kommunalwahl 2016: Wähler in Frankfurt: Woher sie kamen, wohin sie gingen. In: Frankfurter Neue Presse vom 11. März 2016

[137] Tobias Rösmann: Kenia-Koalition rückt näher. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5. Mai 2016

Teil IV

8. Schwarz-Grüne Perspektiven auf Bundesebene

Nach den Landtagswahlen vom März 2016 nannte Grünen-Parteichef Cem Özdemir drei Voraussetzungen für Schwarz-Grün im Bund. »Drei Punkte sind für mich die entscheidenden Maßstäbe, ob Koalitionen zustande kommen.« Es geht erstens um den Ausstieg aus der Kohleenergie; zweitens darum, dass sich »eine Bundesregierung, an der sich die Grünen beteiligen, »für einen europäischen Marshallplan für Nordafrika« einsetzt; drittens dürfe im Bildungssystem die »Frage der Herkunft und des Geldbeutels nicht mehr die entscheidende Rolle spielen.«[138] Dieser Forderungskatalog enthält außerhalb des Reizthemas Kohle nur noch Symbolpolitik. Zur Bildungspolitik kann im Bund viel erklärt werden, sie ist im Wesentlichen Ländersache. Auf dem kleinen Parteitag der Grünen spielten die Vorschläge Özdemirs keine Rolle, der Parteivorsitzende betonte in einem TV-Interview die Bedeutung der »Eigenständigkeit« der Grünen bei künftigen Wahlkämpfen, während Wahlsieger Winfried Kretschmann die Konkurrenz zur CDU im Werben um neue Wählerschichten betonte. Beschlossen wurde, dass die Satzung der Partei geändert werden soll, damit ein Parteitag 2017 ohne vorherige Mitgliederbefragung die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen beschließen kann.

Bei den Grünen ist das Thema Schwarz-Grün trotz der neuen Koalitionsrolle in Baden-Württemberg vor allem ein Vehikel der innerparteilichen Kräfteverschiebung zwischen Linken und Realos. Darüber hinaus bietet der mit unverminderte Härte weitergehende Richtungskonflikt zwischen Merkel und Seehofer für die Grünen auch die Chance, in einem neuen Maße bürgerliche Wähler anzuziehen.

Die CDU befindet es derzeit nicht für nötig, auf gleicher Ebene wie Özdemir zu reagieren. Lediglich der ehemalige Bürgermeister von Hamburg, Ole von Beust, wollte dem grünen Parteivorsitzenden Özdemir einen guten Rat geben »Für Überlegungen zu schwarz-grünen Bündnissen im Bund sei momentan der falsche Zeitpunkt«, sagte von Beust. »Wegen der derzeit starken rechtskonservativen AfD wäre es für die CDU nicht klug, jetzt öffentlich laut über Schwarz-Grün im Bund nachzudenken.« Das könnte jene Wähler der Union, die instinktiv noch Vorbehalte gegen die Grünen haben, in die Arme der AfD treiben. «Da würde ich sagen: Wiedervorlage in etwa einem Jahr.»[139] Damit sieht auch von Beust das Thema für das Wahljahr 2017 als für die CDU gesetzt an.

Während die CDU gute Gründe hat, Koalitionsverhandlungen mit den dazu entschlossenen Teilen der Grünen nicht über die Presse zu betreiben, hat das

[138] Zit. nach: Özdemir nennt drei Bedingungen für Schwarz-Grün. In: Die Welt vom 18. März 2016

[139] Zit. nach: von Beust zu Grün-Schwarz: CDU muss Junior-Rolle annehmen. In: Hamburger Abendblatt vom 11. April 2016

Thema medial Konjunktur. Eine konservative Sicht auf die Perspektive der Grünen legt der Kommentator Johannes Leithäuser in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung dar, die sich problemlos in die ideologische Kontinuität der schwarz-grünen Strategiedebatte einbeziehen lässt. Er sieht die Grünen als »neue linke Volkspartei«, für die, ganz im Sinne der bereits analysierten Debatte von 2004, das Thema soziale Gerechtigkeit nicht mehr zentral ist. »Je weniger es der SPD gelingt, ihren sozialen Gleichheitsanspruch mit Zukunftsthemen zu verbinden, desto besser stehen die Chancen der Grünen. Sie haben mit Klimawandel, Umweltschutz und Menschenrechten noch immer attraktive, in die Zukunft gerichtete Markenzeichen [...].« Wegen des »Niedergangs der SPD« sollten sie sich auch fragen, »ob und wie sie es anstellen könnten, die Sozialdemokraten als linke Volkspartei abzulösen.« Allerdings ginge das nicht ohne weitere programmatische Korrekturen, »beispielsweise der wirtschaftspolitischen Forderungen der Partei.«[140]

Für das ohnehin angespannte Verhältnis der Schwesterparteien CDU und CSU ist das Thema Schwarz-Grün ein weiterer Konfliktpunkt. Während Bayerns Finanzminister Markus Söder (CSU) in der Bild am Sonntag vor Koalitionen mit den Grünen warnt, hält CDU-Generalsekretär Peter Tauber in der Berliner Zeitung die Tür dafür offen. Söder beschwört dabei den alten Dualismus zwischen Grünen und CDU, der zwar für die konservative Kernwählerschaft noch identitätsprägend ist, aber für die bürgerliche Wählerschaft der Union insgesamt keine ausreichende Mobilisierungswirkung mehr hat. Die Grünen sind für ihn »der künftige politische Hauptgegner«, die »geistige Auseinandersetzung mit den Grünen«, sei die »zukünftige Herausforderung«, ein Bündnis mit ihnen eine bedrohliche Sache. »Alle, die von Schwarz-Grün träumen, müssen wissen, dass die Grünen in Bündnissen schon die SPD schleichend entkernt haben.«[141] Für Tauber ist die Frage nach einem Bündnis mit den Grünen einen Verweis auf die Abnutzungstendenzen in der Koalition mit der SPD wert: »Mit der SPD haben wir in schwierigen Zeiten in den vergangenen zwei Jahren viel erreicht, auch wenn man die Sozis, wie etwa beim Integrationsgesetz oder den beiden Asylpaketen, immer zum Jagen tragen musste. Die SPD ist aber nur ein Lebensabschnittsgefährte, es ist keine unauflösliche Ehe nach katholischem Glauben.« Allerdings sind die »Unterschiede zu den Grünen, etwa beim Thema Energiewende, riesig.«[142]

Diese Differenz illustriert den Gegensatz zwischen CDU und CSU in Frage des Umgangs mit dem rechtskonservativen Teil ihrer Wählerschaft und der gesellschaftspolitischen Ausrichtung der inneren Balance der Union. Dieser Konflikt wird durch die Inkompatibilität der Strategien von CDU und CSU verschärft.

---

[140] Zit. nach Johannes Leithäuser: Nach Wahlerfolgen: Die Grünen als neue linke Volkspartei? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. April 2016

[141] Schwarz-Grün ist kein Modell für Deutschland. In: Bild am Sontag vom 17. April 2016

[142] Interview: Berliner Zeitung vom 15. April 2016

Die rechtspopulistische Profilierung der CSU in der Flüchtlingspolitik hat ihr zwar in Bayern die absolute Mehrheit sichern können, bundesweit jedoch der ideologischen Mobilisierung der AfD die legitimierenden Stichworte geliefert. Für die CDU ist der Hauptzweck der Union jedoch nicht, die absolute Mehrheit in der bayerischen Provinz zu sichern, sondern die Kanzlermehrheit im Bund zu sichern. Das geht auch mit 30 Prozent, solange die Union anschlussfähig an die bürgerliche Mitte in den bevölkerungsstarken Metropolregionen Deutschlands bleibt und sich nicht auf die konservativen Ränder zurückdrängen lässt. Dieses ungelöste unionsinterne Strategieproblem ist nicht erst mit der Flüchtlingskrise in einen offenen Machtkampf zwischen den beiden ungleichen Schwesterparteien umgeschlagen, wenn man sich z. B. an den von der CSU im Jahre 2013 bis an den Rand des Koalitionsbruches eskalierten Konflikt um das Betreuungsgeld erinnert. Die CSU hat sich nun dafür entschieden, das Verhältnis zu den Grünen in den Konflikt um die Führungsrolle in der Union einzubeziehen.

Dennoch bleibt Schwarz-Grün für die Union in taktischer Hinsicht ein willkommenes Instrument, um der SPD zu signalisieren, dass es auch ohne sie geht. So lange die SPD eine so einflussreiche Stellung im Bundesrat hat wie jetzt, kann die Union ohne sie schlechter regieren, als mit ihnen. Ein derartiges Gewicht haben die Grünen nicht zu bieten. Das politische Gewicht der SPD im Bundesrat ist daher auch ein Argument für die Fortsetzung der Großen Koalition.

9. Die politischen Konstellationen im Bundesrat

Die rot-grün, rot-rot und rot-rot-grün regierten Länder haben ihre Mehrheit in der Länderkammer mit den Landtagswahlen im März in Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Sachsen-Anhalt verloren. Verfügten sie davor über 40 von 69 Mandaten, sind es jetzt noch 30. Die verbliebenen Großen Koalitionen in vier Bundesländern und die CSU-Regierung in Bayern kommen auf zusammen 20 Mandate. Die neuen Drei-Parteien-Koalitionen in Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt mit jeweils vier Mandaten fallen zwar aus dem gängigen Lagermuster heraus, dürften in wichtigen Abstimmungen jedoch eher nach der Parteifarbe des Ministerpräsidenten abstimmen, also im ersten Fall nach SPD-Gusto, im zweiten im Sinne der CDU. Die schwarz-grünen Koalitionen in Hessen und Baden-Württemberg verfügen über elf Stimmen. Das macht sie in strittigen Fragen zum Zünglein an der Waage.

Tabelle 1 Bundesratszusammensetzung vor den Landtagswahlen im März 2016

Gesamtzahl der Stimmen 69, absolute Mehrheit 35, Zweidrittelmehrheit 46

Gr. Koal.		**Schwarz-Grün**		**Rot-Rot/Rotgrün-Grün-Rot/R2G**		**Schwarz**	
Land	**Mandate**	**Land**	**Mandate**	**Land**	**Mandate**	**Land**	**Mandate**
MVP	3	HE	5	Bawü	6	BAY	6
				RLP	4		
BLN	4			BRB	4		
SAH	4						
				NRW	6		
Saar	3			HB	3		
SAC	4			SWH	4		
				NDS	6		
				TH	4		
				HH	3		
Zus.	**18**	**Zus.**	**5**	**Zus.**	**40**	**Zus.**	**6**

10. Föderale Machtbilanzen im Ergebnis der Landtagswahlen

Machtbilanz SPD: Die SPD hat Einfluss auf 52 Bundesratsmandate in 13 Landesregierungen.

Machtbilanz Grüne: Mit der neuen Regierungsbeteiligung in Sachsen-Anhalt würde ihr Einfluss auf insgesamt 45 Mandate und zehn Regierungsbeteiligungen steigen.

Machtbilanz CDU/CSU: Die CDU regierte bislang in sieben Bundesländern, davon in fünf großen Koalitionen, die CSU in einem. Mit der Regierungsbeteiligung in Baden-Württemberg würde die Union Einfluss auf acht Landesregierungen auf 35 Bundesratsmandate (+ 6) erhalten.

Machtbilanz LINKE: DIE LINKE hat derzeit Einfluss auf acht Bundesratsmandate in zwei Regierungsbeteiligungen.

Machtbilanz FDP: Die FDP verfügt nach ihrer Regierungsbeteiligung in Rheinland-Pfalz über Einfluss auf vier Bundesratsmandate.

Tabelle 2 Bundesratszusammensetzung nach den LTW März 2016

Gesamtzahl der Stimmen 69, absolute Mehrheit 35, Zweidrittelmehrheit 46

Gr. Koal. + Kenia Koal.		**Schwarz-Grün**		**Rot-Rot/Rotgrün Grün-Rot/R2G**		**Schwarz**		**Ampel**
Land	**Mandate**	**Land**	**Mandate**	**Land**	**Mandate**	**Land**	**Mandate**	
MVP	3	HE	5			BAY	6	RLP 4
		BaWü	6					
BLN	4			BRB	4			
SAH	4							
				NRW	6			
Saar	3			HB	3			
SAC	4			SWH	4			
				NDS	6			
				TH	4			
				HH	3			
Zus.	**18**	**Zus.**	**11**	**Zus.**	**30**	**Zus.**	**6**	**Zus. 4**

Mit Hilfe der Grünen verfügt die CDU/CSU jetzt wieder über Einfluss auf 35 Stimmen. Da bei Uneinigkeit einer Koalition, sich die Landesregierung im Bundesrat enthält, ist die Union nun in der Lage, effektiv jede Initiative der rot-grünen, roten-roten und rot-rot-grünen Länder zu blockieren.

Mit Blick auf die föderale Machtbilanz muss jedoch festgestellt werden, dass die dominierende Kraft im Bundesrat nach wie vor die SPD bleibt. Im Vergleich zur vorangegangenen Legislaturperiode gibt es kaum noch Konflikte, die Bund und SPD nicht unter Vermeidung langwieriger Vermittlungsverfahren ausdealen. Eine im Bund auf die Oppositionsbänke verwiesene SPD könnte ihre Stärke in der Länderkammer ganz anders ausspielen. Da jedes zustimmungspflichtige Gesetz auf 35 Ja-Stimmen angewiesen ist, würde es völlig ausreichen, wenn die SPD ihr Stimmgewicht im Bundesrat für Enthaltungen einsetzen würde, um den Bund zu Zugeständnissen zu veranlassen.

Bislang konnte sich Kanzlerin Angela Merkel darauf stützen, dass die neun SPD-Ministerpräsidenten in ihre Politik eingebunden sind. Deswegen sind der Kanzlerin Konflikte mit dem Bundesrat, die noch in der zurückliegenden Legislaturperiode zu zahlreichen Vermittlungsverfahren geführt haben, erspart geblieben.

Dazu waren allerdings erhebliche finanzielle Konzessionen erforderlich, insbesondere im Hinblick auf die Kostenbeteiligungen des Bundes an Aufgaben der Länder. Unter dem Druck der Flüchtlingskrise schmilzt der materielle Vorteil, den die Länder aus diesem Arrangement gezogen haben, jedoch dahin. Deswegen machen sie Druck, dass ihnen der Bund stärker finanziell bei der Integration der Flüchtlinge unter die Arme greift. Doch die Kanzlerin hat es im Wechselspiel mit ihrem Finanzminister Wolfgang Schäuble ganz gut verstanden, die Länder von einer Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) zur nächsten hinzuhalten.

Einige Kommentatoren meinen, dass der Bundesrat ohnehin an Einfluss verliert, weil Merkel und die Länderchefs nun alles hinter verschlossen Türen der MPK verhandeln. Dies mag oberflächlich zutreffen, ist jedoch vor allem der mangelnden Konfliktbereitschaft der SPD, ihren Einfluss in der Länderkammer auszuspielen, geschuldet. Angesichts von rund hundert Gesetzen, Verordnungen und EU-Vorlagen, die allein in diesem Jahr durch die Länderkammer müssen, kann die Republik ohne den Bundesrat nicht regiert werden.

11. Der linke Flügel der Grünen und die Annäherung an die CDU

Für viele Parteilinke der Grünen ist Schwarz-Grün nur ein Hebel, der zur Verschiebung des Koordinatensystems der Partei eingesetzt wird. In einem offenen Brief linker Grüner vom Februar 2015 wird vor einem Rechtstrend der Grünen gewarnt und eine stärkere sozialpolitische Profilierung gefordert:

> Die Grünen würden nur noch als »künftige Koalitionäre der CDU im Wartestand« wahrgenommen. »Das Profil unserer Partei wird von einigen bei uns immer konservativer definiert und bewegt sich in der öffentlichen Wahrnehmung daher … immer weiter nach rechts.« Die Grünen trügen zwar nicht »die Verantwortung dafür, was die Folgeregierungen aus … den Hartz-Gesetzen gemacht haben, aber wir haben diese Dinge mit beschlossen … Die Bezeichnung dieses autoritär ausgestalteten Sozialsystems ist zu einem Stigma, einer Androhung und einem Schimpfwort in Teilen unserer Gesellschaft geworden – und dies darf nicht sein in einem Sozialstaat! Wir werden spätestens in 15 bis 20 Jahren eine Welle von RentnerInnen bekommen, die auf Grundsicherung angewiesen sein werden. Diese Armut per Gesetz hat wesentliche Auswirkungen, und auch der positive Effekt, die Erwerbsfähigen aus der Sozialhilfe geholt zu haben, wiegt die vorhandene und kommende Armut nicht auf. (…) Die soziale Frage muss deswegen unbedingt wieder stärker in den Fokus grüner Politik gestellt werden, und Visionen sind es, die einen guten Dreiklang aus Ökologie, Ökonomie und guter Sozialpolitik verwirklichen könnten. Stattdessen wurde die Sozialpolitik bei uns – zumindest in den öffentlichen Kampagnen, aber auch auf der letzten BDK – weitgehend ignoriert.«[143]

Zwei Monate später griff Ulrich Schulte, Leiter der Parlamentsredaktion der taz, das Thema des offenen Briefes auf und verschärfte die Kritik noch. Wir zitieren im Folgenden ausführlich aus diesem Essay, weil hier u. E. ein Schlüsseltext zur Kritik von Schwarz-Grün vorliegt. Im Gegensatz zu anderen Kommentatoren, die eine Koalition von CDU und Grünen häufig als gesellschaftliches Aufbruchsprojekt promoten, ist für Schulte Schwarz-Grün nicht Aufbruch, sondern die Rolle rückwärts:

> »Sozialpolitik? Geschenkt. Kriegseinsätze? Immer her damit. Reichensteuer? Beerdigt. Die Grünen umarmen die CDU […] In der Außenpolitik sind die Grünen für jede Idee zu haben, solange sie zwei Bedingungen erfüllt: Sie muss Schlagzeilen produzieren und die Regierung rechts überholen. […] In der Sozial-, Steuer- oder Familienpolitik, […] rücken die Grünen so beflissen in die Mitte, dass sich selbst gestandene CDU-Politiker wundern. Die Hartz-IV-Empfängerin mit zwei Kindern sollte sich auf die neuen Grünen besser nicht verlassen, der

[143] Offener Brief an die Bundesvorsitzenden und die Vorsitzenden der Bundestagsfraktion vom 22. September 2015. Mit Unterzeichnern URL http://www.gruene-linke.de/wp-content/uploads/2015/04/2015-02-22_Schreiben-Parteispitze-Unterschriften.pdf

gut verdienende Rechtsanwalt, der Solarzellen auf dem Dach hat und dessen Gattin ehegattengesplittet die Kinder hütet, umso mehr. [...] Bis zur verlorenen Bundestagswahl dachten die Grünen die Interessen marginalisierter Menschen ... mit. Sie warben für die Bekämpfung der Altersarmut, für eine leichte Erhöhung der Hartz-IV-Sätze, für die Besserstellung von Alleinerziehenden. [...] Deutschlands Reiche mehr belasten, um bessere Schulen und eine ehrgeizige Energiewende zu finanzieren? Die Grünen tun so, als hätten sie diese Frage nie gestellt. [...] Teile einer ehemals linken Partei loben die Reform eines konservativen Finanzministers, während andere Teile versuchen, sie zu torpedieren, weil ihnen die Reform zu links ist. [...] Die Partei widmet sich stattdessen anderen Aufgaben. (...) Essen und Zeit. [...] Beide Themen haben aber etwas gemeinsam. Sie sprechen die Bedürfnisse der Mittel- und Oberschicht an. [...] Hatten die Grünen bisher die ganze Gesellschaft im Blick, Arme, Abgehängte, Randgruppen inklusive, zoomen sie jetzt heran an die Interessen und Ängste des wohlsituierten Bürgertums. Eine Kulturwissenschaftlerin, die sich von Vertrag zu Vertrag und Richtung Altersarmut hangelt, sollte besser nicht auf diese Grünen bauen. Die alleinerziehende Friseurin, die ihr Gemüse bei der Tafel besorgt, auch nicht. Und der schwule Romajunge, der in seiner Heimat diskriminiert wird, erst recht nicht. Dafür hat Kretschmann gesorgt, als er im Bundesrat dafür gestimmt hat, dass Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsländer gelten.«[144]

Schultes Fazit: »Alle sperrigen Inhalte, die eine Koalition mit der Union im Bund verhindern könnten, werden abgeschliffen.« Dieser »vorauseilende Gehorsam gegenüber Merkel, diese Unterwerfungsgesten« werfen für ihn die Frage auf, wofür es Schwarz-Grün braucht, wenn es zwischen CDU und Grünen keine Unterschiede mehr bestehen.

In der Öffentlichkeit hält auch DIE LINKE Co-Vorsitzende der Grünen, Simone Peter, ein Plädoyer für ein rot-rot-grünes Reformbündnis:

»Eine linke Regierungskoalition hätte die Chance, die politische Stagnation der vergangenen Jahre in Deutschland aufzubrechen und eine sozial-ökologische Transformation im Schulterschluss mit den Bürgerinnen und Bürgern anzustoßen. Dieser Wandel muss eingebettet sein in eine Strategie für Europa, die der Wertegemeinschaft hilft, ihre schweren sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Krisen zu überwinden und Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte offensiv zu verteidigen.« Sie betont die Notwendigkeit einer gemeinsamen außerparlamentarischen Mobilisierung von »Gewerkschaften, Umwelt- und Sozialverbände, Bürgerinitiativen und Kunstschaffende, aber auch Grüne, Linke und kritische SozialdemokratInnen«, die

[144] Ulrich Schulte: Der rechte Weg zur Macht. In: tageszeitung vom 25. April 2015

erfolgreich den »Protest von 250 000 Menschen gegen die Handelsabkommen TTIP und CETA »auf die Straße gebracht hat. [...] Zunehmend mehr Menschen stellen unser nicht zukunftsfähiges Wirtschaftsmodell und eine unsolidarische Lebensweise offen in Frage.« Im Gegensatz zu den Autoren des offenen Briefes zieht Peter jedoch nicht die Konsequenz, das Thema soziale Gerechtigkeit und Umverteilung in den Mittelpunkt zu stellen. »Soziale Ungleichheit ist zu einem Großteil unseren Einflussmöglichkeiten entzogen. Das zu ändern heißt, Chancengleichheit sowie soziale Mobilität zu erhöhen.«[145]

Verglichen mit den Positionen Peters halten jedoch Teile des linken Flügels an einer Agenda der sozialen Umverteilung fest. In dem nach den Landtagswahlen vom März 2016 gemeinsam mit Politikern der LINKEN und der SPD veröffentlichten Positionspapier »Neue Solidarität und mehr Investitionen in die Zukunft« wird dies vor allem in den Bereichen Steuern, Renten, Gesundheit und öffentliche Investitionen deutlich.

»Die Verteilungsfrage ist dabei der Kern [...]. Die Einkommens- und Vermögensschere darf sich nicht weiter öffnen. Steuern müssen darauf entsprechende Antworten geben. Die Kapitalbesteuerung ist zu gering, beim Spitzensteuersatz besteht Luft nach oben. Dieses Geld wollen wir investieren in Bildung, Erziehung, Familie und öffentliche Infrastruktur [...]. Das Rentenniveau müsse angehoben werden, um Altersarmut zu verhindern. Dem muss sich eine große Rentenreform stellen, die auch eine vollständige Ost-West-Angleichung einschließt.« Sie plädieren für eine »solidarische Krankenversicherung«, in die auch Selbständige und Beamte einzahlen.

Eine solche Agenda könnte in der Tat die politische Substanz eines Bündnisses mit der LINKEN ausmachen. Die Verteilungsfrage ist der Kern politischer Gemeinsamkeiten zwischen der LINKEN und einem Teil des linken Flügels der Grünen, jedoch nicht der politisch-programmatische Kern dieser Partei. Während sie für DIE LINKE im Zentrum koalitionspolitische Überlegungen steht, spielt sie für die Grünen als Ganzes nur eine Nebenrolle. Vor diesem Hintergrund gibt es auch keine unüberwindliche soziale Leitplanke in der Programmatik, die einen Weg in eine schwarz-grüne Koalition blockieren könnte. Für die innerparteiliche Machtbalance der Grünen ist die Aufrechterhaltung einer strategischen Differenz zur CDU/CSU in sozioökonomische Fragen jedoch von einflussbestimmender Bedeutung. Özdemir und Kretschmann lassen keine Zweifel daran, dass sie genau hier die Auseinandersetzung mit der Parteilinken suchen werden. In dem im Mai 2016 erneut zwischen den Parteiflügeln offen aufgeflammten Streit um die Vermögenssteuer geht es auch um eine der wichtigsten Richtungsentscheidungen in der programmatischen Entwicklung der Partei.

[145] Simone Peter: Progressive Kräfte bündeln. In: Frankfurter Rundschau vom 4. Januar 2016

Während der rechte Parteiflügel immer wieder mit der Unverträglichkeit weitgehender steuerpolitischer Umverteilungsforderungen argumentiert, zeigt eine aktuelle Erhebung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, nach der 90 Prozent der Grünen-Anhänger meinen, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland zu groß sei. »77 Prozent derjenigen, die 2013 die Partei gewählt hatten, sagten zudem, ›das Ausmaß der sozialen Ungleichheit schadet langfristig der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland‹«. Für höhere Steuern für Privatpersonen mit hohem Einkommen oder großem Vermögen sprachen sich in der Studie insgesamt 76 Prozent aus – unter den Grünen-Anhängern votierten sogar 91 Prozent dafür.«[146]

[146] Steffen Mau/Jan-Ocko Heuer: Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum. Wie die Bevölkerung über soziale Unterschiede denkt. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, 2016, S. 5

Über die Autoren

Helge Meves, 1961, Schriftsetzer, Soziologe und Philosoph, seit 2007 Referent Strategie & Grundsatzfragen Bundesgeschäftsstelle und Bund-Länder-Koordination Bundestagsfraktion DIE LINKE. Zuletzt: Ein Gespenst kehrt zurück. Die Entstehung der WASG aus der Standortdebatte der 1990er Jahre und dem Protestjahr 2004. In: Axel Troost/Thomas Händel (Hrsg.): Von der Sozialstaatspartei zur neuen LINKEN.. VSA, Hamburg, 2016, S. 22-55; Daniel Defoe: Libertalia – die utopische Piratenrepublik. Herausgegeben mit Kommentar und Nachwort, Matthes & Seitz, Berlin, 2015; www.helgemeves.de

Marian Krüger, 1964, Politologe, 1999 bis 2006 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, seit 2007 Referent für Bund-Länder-Koordination in der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Ausgewählte Publikationen: Die Finanzierung der Hauptstadt Berlin im europäischen Vergleich (mit Benjamin Immanuel Hoff), in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, Jahrbuch des Föderalismus Tübingen (Baden-Baden 2004); Der öffentliche Sektor ausgewählter europäischer Hauptstädte im Vergleich. Eine Bestandsaufnahme in Berlin, London, Paris, Wien und Rom. RLS-Studie, (Berlin 2006), Die neue Berlinfrage. Hauptstadtfinanzierung im Kontext der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Studie im Auftrag der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag (Berlin 2007)

www.linksfraktion.de